

INTERNATIONALE
WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ
ZUR GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin
beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin
und in Verbindung mit dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
herausgegeben von Henryk Skrzypczak

NEUE LITERATUR
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
und angrenzender Gebiete

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ

zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin
beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin
und in Verbindung mit dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Sonderheft 1

April 1969

INHALT

VORBEMERKUNG S. I

REZENSIONEN

Bibliographien und andere Hilfsmittel S. 1

Quelleneditionen und Dokumentensammlungen S. 2

Klassiker des Sozialismus und andere Neuausgaben S. 17

Biographien S. 31

Beiträge zur Ideengeschichte S. 40

Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiter-
bewegung

Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg S. 50

Revolution 1918/19 S. 52

Weimarer Republik S. 56

1933 - 1945 S. 57

Nach dem Zweiten Weltkrieg S. 58

Geschichte der Arbeiterbewegung anderer Gebiete S. 61

Geschichte der Internationale S. 63

KURZANZEIGEN S. 66

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels.
Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin und
dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgegeben.
Redaktion: Peter Lösche unter Mitarbeit von Rita Klunkert.

Anschrift: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79. - Tel.: 73 03 61.

VORBEMERKUNG

Herausgeber und Redaktion der IWK freuen sich, ihren Lesern das in Heft 6 angekündigte Rezensionen-Sonderheft vorlegen zu können. Es ist wiederum mit freundlicher Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden. Alle jene Besprechungen, die wegen der Materialfülle im Berichtsteil der beiden letzten Nummern nicht veröffentlicht wurden, sind hier zusammengefaßt. Wir hoffen, daß zukünftig wieder jedes Heft einen umfangreichen Rezensionsteil enthalten wird. Die ständig wachsende Zahl der Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete macht es allerdings erforderlich, bei einigen Titeln auf ausführliche Rezensionen zugunsten kurzer bibliographischer Anzeigen zu verzichten. Wir haben daher eine Rubrik "Kurzanzeigen" eingerichtet, in der sich regelmäßig solche Literaturhinweise finden werden, die wegen des akuten Platzmangels nicht in den allgemeinen Literaturteil aufgenommen werden konnten (im vorliegenden Heft S. 66).

Die Arbeiten für ein weiteres Sonderheft der IWK, das noch im Laufe des Sommers erscheinen wird, sind so gut wie abgeschlossen. In dieser Nummer wollen wir dann versuchen, unseren Lesern einen Überblick über die zum Marx-Jubiläumsjahr erschienene Literatur zu bieten. Auch hier würde die große Zahl der zu berücksichtigenden Titel den Umfang einer normalen Ausgabe gesprengt haben. Das Heft wird einen Bericht von den Marx-Feiern in Trier, eine Bibliographie der 1967/68 über Marx und den Marxismus erschienenen Literatur sowie Rezensionen der wichtigsten Neuerscheinungen enthalten.

Berlin-Lichterfelde
im April 1969

Herausgeber und Redaktion

STEINER, Herbert: Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918-1933.
Bibliographische Bemerkungen. - Wien, Meisenheim am Glan: Europa Verl.
u. Verl. A. Hain 1968. VI, 96 S. = Marburger Abhandlungen zur politischen
Wissenschaft, Bd 11. DM 9,80.

Es ist eine ausgezeichnete Idee Steiners, die Geschichte der KPÖ so darzustellen, daß sie zugleich eine gute Bibliographie ergibt. Nachdem in der Einleitung die wenigen bisher vorliegenden Veröffentlichungen zu dieser Materie referiert werden, gibt Steiner im Hauptteil einen gestrafften Überblick über die Geschichte der KPÖ von der Gründung Ende November 1918 bis zur Auflösung im Mai 1933. Dabei gliedert er den Stoff vorbildlich, indem er jedem Parteitag ein Kapitel widmet. Über die einzelnen Parteikongresse wird ausführlich berichtet. Der Leser erhält Kenntnis von den vorangegangenen Diskussionen, den Punkten der Tagesordnung, den vorgetragenen Berichten und Referaten und den anschließenden Diskussionen. Auch Mitgliederzahlen (soweit vorhanden), Ergebnisse der Wahlen in den Parteivorstand u.ä. werden aufgeführt. Nachdem im Jahre 1919 nicht weniger als drei Parteitage abgehalten wurden, fanden sie in der Zeit von 1921 - 1925 alljährlich statt. Es folgten noch drei Kongresse in den Jahren 1927, 1929 und 1931. In der Zwischenzeit spielte sich eine Reihe anderer wichtiger Vorgänge ab, die von Steiner aufgezeichnet werden, insbesondere die Kongresse der III. Internationale und eine fast unübersehbare Zahl von Versammlungen, Demonstrationen, Komiteesitzungen und Aktionsprogrammen. Da Steiner seine Ausführungen reichlich durch Quellenhinweise in Protokollen, Zeitschriften (besonders in der kommunistischen Tageszeitung "Rote Fahne") und Broschüren (auch sozialdemokratischen) belegt, erreicht er auf 88 Seiten die stattliche Zahl von 550 Fußnoten, denen sich nach manchen Kapiteln noch zusätzliche Literaturhinweise anschließen. Auf die Gewerkschaftstätigkeit der österreichischen Kommunisten eingehend stellt der Vf. fest, daß sie bestrebt waren, die Einheit der Gewerkschaften nicht zu zerstören, und sie sich mit der Bildung eines "revolutionären Blockes" begnügten.

Der Autor ist um Objektivität und Sachlichkeit bemüht, persönliche Meinungen wie etwa die: "In ihrer Kritik an der sozialdemokratischen Politik übersahen die Kommunisten die Bedeutung der Sozialgesetze" (S. 13) sind selten. Auch scheint dem Vf. der von den Kommunisten geprägte Ausdruck "Sozialfaschismus" Unbehagen zu bereiten. Er referiert ohne eigene Stellungnahme die zahlreichen inneren Zwistigkeiten (Fraktionsbildungen) sowie die Haltung der KPÖ gegenüber der Sozialdemokratie. Bei der Aufzählung der verschiedenen Aktivitäten der KPÖ, etwa des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit, gegen Faschismus usw., wird jedoch leider außer acht gelassen, daß die Kommunisten nicht die einzigen waren, die dagegen ankämpften.

Nicht ganz ersichtlich ist, an welche Leser sich das Büchlein wendet. Vermutlich ist es für die kommunistischen Parteifunktionäre geschrieben worden, worauf u.a. die in reichem Maße verwendeten Abkürzungen schließen lassen. Dem Leser werden zwar auf der ersten Seite die Auflösungen von Bezeichnungen wie EKKI, KI, RGI etc. gegeben, doch hätte man sich eine ganze Reihe von Abkürzungen (wie "NRW" für Nationalratswahlen) schenken können, zumal einige nicht nur sinnlos, sondern auch sprachlich unschön sind (Orgberichte, Antifakomitee u.ä.).

Den vom Autor oft und auch hier zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einer ausführlichen Geschichte der KPÖ kann man nicht ganz teilen. Dazu war die KPÖ zu unbedeutend. (Ein Beispiel anhand von Mitgliederzahlen: Für

1919 gibt Steiner 10.000, für 1922 4.500 Mitglieder an. Die sozialdemokratische Partei hatte in denselben Jahren 332.000 und 491.000 Mitglieder.) Bei einer Neuauflage wäre es wünschenswert, daß Steiner sein Buch durch eine stärkere Berücksichtigung des historischen Hintergrundes erweiterte. Wenn er außerdem etwas mehr Sorgfalt auf die Sprache verwenden würde, so wäre ein allseitig brauchbares Handbuch geschaffen, das über einen Zweig der österreichischen Arbeiterbewegung informiert.

Wanda Lanzer

Catalogue des brochures communistes. 1ère partie: des origines à septembre 1944. - Brüssel 1967. Hektograph. 11 S.

Die Bibliothek der Stiftung Joseph Jacquemotte in Brüssel kann eine stattliche Sammlung kommunistischer Broschüren aus den letzten 50 Jahren vorweisen. Das vorliegende Verzeichnis, dessen 2. und 3. Teil noch ausstehen, gibt eine chronologische Übersicht über diese Bestände. Für die Jahre 1919 bis September 1944 werden 107 Titel nachgewiesen. Vor dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Belgiens im September 1921 waren für ihre Herausgabe im wesentlichen die Zeitung "L'Exploité" und die damit verbundene Vereinigung der "Amis de l'Exploité" verantwortlich, in den Folgejahren dann die verschiedenen Organisationen der PCB sowie die belgischen Sektionen der Internationalen Arbeiterhilfe und der Internationalen Roten Hilfe. Neben Parteistatuten, Kongreßprotokollen und Resolutionen finden sich in größerer Zahl Reden und Anfragen kommunistischer Parlamentsmitglieder sowie Artikel und Aufrufe der führenden belgischen und sowjetischen Kommunisten. Der "Fonds Résistance" (Mai 1940 - Sept. 1944) enthält 5 Titel. Die 2. Folge des Verzeichnisses wird den Zeitraum von September 1944 bis Dezember 1954 umfassen, der 3. Teil den Abschluß bis zum Dezember 1968 bilden, ergänzt durch einen Sach- und Namensindex für das Gesamtverzeichnis. Bestellungen sind direkt an die Bibliothèque der Fondation Joseph Jacquemotte (18-20, avenue Stalingrad, Bruxelles 1) zu richten.

Rita Klunkert

Die frühen Sozialisten. Hrsg. von Frits Kool und Werner Krause. Eingel. von Peter Stadler. - Olten u. Freiburg/Br.: Walter-Verl. 1967. 686 S.
= Dokumente der Weltrevolution, Bd 1. DM 29,-.

Die Publikationsreihe des "Komitee Edition Dokumente der Weltrevolution" will anhand von Veröffentlichungen zur Entwicklung der sozialrevolutionären Lehren Quellenmaterial bereitstellen, das dem interessierten Leser die historischen Voraussetzungen dafür bieten soll, den Werdegang und den Aufbau der kommunistischen Weltanschauung bis zu ihren heutigen Abspaltungen zu erkennen und zu erfassen. Die Hrsg. haben sich daher die Aufgabe gestellt, eine breitangelegte, editorisch einwandfreie Auswahl des wichtigsten

Schrifttums zur Entwicklung der kommunistischen Bewegung vorzulegen, die durch den Abdruck von zum Teil verschollenen Texten sowohl für den Nichtfachmann als auch für den Spezialisten von großem Wert ist.

Der vorliegende erste Bd der Reihe ist den gesellschaftskritischen und revolutionären Schriften und Programmen des "Frühsozialismus" gewidmet. Es sind englische, französische und deutsche Quellen aufgenommen worden. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Texte nicht auszugsweise, sondern meistens im vollen Wortlaut wiedergegeben wurden. Die Zusammenstellung umfaßt den für die Herausbildung sozialistischer Ideen entscheidenden Zeitabschnitt zwischen 1789 und 1848. In einer ausführlichen Einleitung behandelt Peter Stadler die Bedeutung der französischen Revolution für die Entstehung des modernen Kommunismus und die Methoden der Machteroberung und Diktatur. Gleichzeitig werden die einzelnen Dokumente ideengeschichtlich eingeordnet. Der Einführung schließen sich 37 ausgewählte Texte an. Zunächst werden die Vertreter des Babouvismus vorgestellt: Gracchus Babeuf, Filippo Buonarrotti und Sylvain Maréchal. Es folgen Saint-Simon und seine Schule sowie Charles Fourier und Victor Considerant. Weitere Abschnitte sind den französischen religiösen Sozialisten Félicité de Lamennais, Pierre Leroux, Jean Reynaud und den Reformern Richard Lahautière, Étienne Cabet, Théodore Dezamy und Louis Blanc gewidmet. England ist durch Robert Owen, John Gray und William Thompson vertreten. Deutschland kommt zu Wort mit Wilhelm Weitling und August Becker, aber auch mit weniger bekannten Persönlichkeiten wie Christoph Friedrich Grieb und Franz Strohmeyer. Schließlich erscheinen noch die von Marx so verachteten und verketzerten "Wahren Sozialisten" Karl Grün, Moses Hess, Hermann Püttmann und Friedrich Hermann Semmig.

Den einzelnen Gruppen der Frühsozialisten werden Einführungen vorangestellt, die den Lebenslauf und die geistige Entwicklung der durch ihre eigenen Aussagen charakterisierten Persönlichkeiten umreißen. Der Wert dieser hervorragenden, sorgfältig ausgewählten Sammlung liegt vor allem darin, daß die fremdsprachigen Texte zum größten Teil neu übersetzt und schon vorliegende, teilweise unzuverlässige Übertragungen sorgfältig überprüft und überarbeitet wurden. Zahlreiche Verweise auf Fundstellen, ein ausführlicher Anmerkungsapparat und eine Bibliographie, die den modernsten Stand berücksichtigt, erleichtern die Benutzung des Werkes. Es bleibt nur zu beanstanden, daß Auguste Blanqui und Pierre Joseph Proudhon nicht durch einige prägnante Texte vertreten sind. Der Hinweis der Hrsg., das hauptsächliche Wirken dieser Männer falle in die Zeit nach 1848 und rechtfertige daher die Auslassung, kann nicht überzeugen. Der gleiche Einwand gilt auch für die Außerachtlassung des englischen Chartismus. Ansonsten muß dieser erste Titel in der Reihe "Dokumente der Weltrevolution" als ein guter Querschnitt durch die Fülle der Schriften und Programme des Frühsozialismus betrachtet werden. Mit großem Interesse wird man daher den weiteren Bden dieser Serie entgegensetzen.¹

Ernst Schraepler

¹ Die Besprechung des 2. Bdes der Reihe, "Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur", folgt auf S.15 f. des vorliegenden Heftes.

Die Deutsche Arbeiterbewegung 1848 - 1919 in Augenzeugenberichten. Hrsg. von Ursula Schulz. Mit e. Einleitung von Willy Dehnkamp. - Düsseldorf: Karl Rauch Verl. 1968. 440 S. m. Zeittafel, Erläuterungen, Quellenverzeichnis, Personenregister u. 37 Abb. DM 24,80.

Die vorliegende Sammlung von Berichten, Briefen, Protokollauszügen, Proklamationen, Pressenotizen und Ausschnitten aus politischen Reden steht in einer größeren Publikationsreihe des Karl Rauch Verlages, die unter dem Sammelthema "In Augenzeugenberichten" eine Vielzahl historischer Themen von den Kreuzzügen bis zum ungarischen Volksaufstand einem breiteren Publikum nahebringt. Die Einleitung von Willy Dehnkamp unterscheidet sich von den sonst leider üblichen repräsentativen "Vorworten" durch profunde Sachkenntnis. Sie gibt den historisch-theoretischen Hintergrund der Textsammlung. Zu bedauern ist, daß Dehnkamp dort abbricht, wo die Geschichte umstritten und problematisch wird: bei den Augustereignissen des Jahres 1914. Die folgende Textsammlung gliedert sich in große Blöcke unter Titeln wie "Geburt des Proletariats", "Jahre der Stille" oder "Der Komet Lassalle". Die Sammlung endet mit einem Kapitel über "Jahre der Entscheidung", in dem auf nur 15 Seiten die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1914 bis zur Weimarer Nationalversammlung von 1919 behandelt wird.

Wer eine Sammlung kurzer Texte aus den ersten siebzig Jahren der deutschen Arbeiterbewegung sucht, für den kann das vorliegende Werk eine Fundgrube sein. Durch die zuverlässigen Quellennachweise wird er obendrein verhältnismäßig leicht den Zeugenwert der Texte abschätzen und notfalls zu den Originaltexten finden können. Wer als Wissenschaftler zu der Sammlung greift, wird einiges über Zeitkolorit und soziales Milieu der Arbeiterbewegung erfahren. Wirkliche "Augenzeugenberichte" wird er freilich selten aufspüren. Was ihm geboten wird, sind vielmehr "Selbstzeugnisse" und das, was eine ähnlich angelegte ältere Reihe als "Lebensdokumente" bezeichnet hat. Die Texte sind fast ausschließlich gedruckten Quellen entnommen. Sie entstammen Parteitageprotokollen, gesammelten Werken und zahlreichen Lebenserinnerungen und Memoiren. Bisweilen wurden entlegene Texte berücksichtigt. Die Möglichkeit, ungedrucktes Archivmaterial bei dieser Gelegenheit an den Tag zu bringen, wurde leider nicht genutzt, obwohl gerade in den älteren Polizeiakten mancher echte "Augenzeugenbericht" zu finden gewesen wäre. Dieses Fehlen ist um so bedauerlicher, als die gedruckten Texte von der Hrsg. in mit philologischer Akribie behandelt worden sind, wie sie mancher Erstveröffentlichung gut zu Gesicht stünde.

Gerhard Beier

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. - [Ost-] Berlin: Dietz 1966/67. Bd IV: März 1898 - Juli 1914. 535 S. DM 11,50. Bd VII/1: Februar 1919 - Dezember 1921. 652 S. DM 12,80. Bd VII/2: Januar 1922 - Dezember 1923. 523 S. DM 12,80.

Die Geschichtsschreibung der DDR hat sich im letzten Jahrzehnt von Grund auf gewandelt: An die Stelle der stalinistischen Agitation und Propa-

ganda, die auch vor der Fälschung von Quellen, der Weglassung von Ereignissen und dem Verschweigen von historischen Persönlichkeiten nicht zurückschreckte, ist die quellenkritische, wenn auch immer noch "parteiliche" Geschichtsforschung getreten. Damit ist es endlich möglich geworden, auch mit dem kommunistischen Historiker die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wissenschaftlich zu diskutieren. Die hier anzuzeigenden Bde, die nach längerer Pause die Quellenveröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung fortführen, legen beredt Zeugnis von dem inzwischen erreichten Niveau ab. Gleichwohl bleibt ein grundlegender methodologischer Einwand bestehen: Wegen der von der Führung leninistischer Parteien dem Historiker abverlangten "Parteilichkeit" reduziert sich die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung letztlich auf die Vorgeschichte und Geschichte der KPD und SED. Dadurch werden z.B. die christliche Arbeiterbewegung und die Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Parteien als irrelevant auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Dies hat natürlich - wie im folgenden am Beispiel der hier zu besprechenden Bde noch gezeigt werden wird - Konsequenzen für die Auswahl der Dokumente in einer Quellenedition.

Ein weiterer allgemeiner Einwand muß erhoben werden. Es sollte heute weder für den Politikwissenschaftler noch für den Historiker möglich sein, Parteigeschichte und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auf der Basis vorwiegend geistesgeschichtlicher Quellen zu schreiben. Wir werden erst dann von der reinen Deskription historischer Abläufe zur Strukturanalyse von Wirtschaft und Gesellschaft vordringen, wenn wir bisher nicht benutzte Dokumente heranziehen. Parteiprogramme und Grundsatzserklärungen, Resolutionen von Parteiversammlungen und -kundgebungen, Reden auf Parteitagen und bei Festveranstaltungen, Aufrufe und Flugblätter erhellen zumeist nur Vorgänge im "ideologischen Überbau". Gerade hier liegt aber der Schwerpunkt der vorliegenden Quellensammlung. Erst Wirtschafts- und Sozialstatistiken, Zahlenmaterial über Wähler und Mitglieder, Finanzaufkommen und Ausgaben der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen könnten die sozialen und wirtschaftlichen Interessen bloßlegen, die sich hinter den öffentlichen Deklamationen von Partei- und Verbandsführern, Arbeiter- und Angestelltengruppen verbergen. Gerade diese Unterlagen fehlen in den "Dokumenten und Materialien". Ebenso vermißt der Leser jene Quellen - Auszüge aus Memoiren, interne Briefwechsel etc. - , die Aufschluß über den Willensbildungsprozeß in Parteien und Verbänden geben könnten. Dies hängt natürlich ursächlich mit der bereits erwähnten "Parteilichkeit" des Historikers zusammen und mit dem strikt zentralistischen Aufbau einer leninistischen Partei, in der Fraktionskämpfe bestenfalls als Sündenfall registriert werden dürfen.

Die vorliegende Sammlung stützt sich auf gedruckte Protokolle, auf die zeitgenössische Presse, auf die Bestände des Parteiarchivs im Institut für Marxismus-Leninismus und der Staatsarchive im anderen Teil Deutschlands. Viele Dokumente werden dabei zum ersten Mal veröffentlicht. Sie sind im vollen Wortlaut wiedergegeben. Jeweils am Ende eines Textes wird seine Herkunft angegeben. Die Hrsg. haben jedes Dokument mit einem Regest versehen, was das Auffinden von Unterlagen zu bestimmten Problemkreisen erleichtert. Als Anhang wurde jedem Bd ein Personenverzeichnis, ein Verzeichnis der geographischen Namen und der zitierten und erwähnten Zeitungen und Zeitschriften beigegeben. Die Dokumente sind chronologisch geordnet.

Der IV. Bd der "Dokumente und Materialien" enthält Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung "in der Zeit vom Beginn des Imperialismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bis zur Entfesselung des ersten Weltkrieges im August 1914". Dabei liegt der Akzent der Sammlung, wie die Hrsg. in einer Vorbemerkung betonen, auf dem "Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus". Proklamationen der Linken in der SPD, "die am konsequentesten gegen die imperialistische Kriegspolitik, den Militarismus und den Opportunismus auftraten", erhalten daher zahlenmäßig einen bevorzugten Platz, der der Bedeutung dieser Gruppe in der Vorkriegs-Sozialdemokratie keineswegs angemessen ist, wegen ihrer späteren Relevanz für die KPD aber gerechtfertigt wird. So werden etwa fast ausschließlich Reden und Resolutionen gegen Eduard Bernstein abgedruckt (Parteitag Hannover 1899, Parteitag Lübeck 1901), so daß ein einseitiges Bild von der Revisionismusdebatte in der SPD entsteht. Allerdings muß anerkannt werden, daß die Position Bernsteins durch seine Erklärung an den Stuttgarter Parteitag dokumentiert wird, was in der stalinistischen Phase der DDR-Historiographie undenkbar gewesen wäre. Ähnlich verfahren die Hrsg. im VII. Bd, der die ersten Jahre der Weimarer Republik umfaßt. Hier werden zum Beispiel jene Tendenzen, die eine einheitliche deutsche Arbeiterpartei oder wenigstens die Aktionseinheit aller sozialistischen Parteien intendierten, überinterpretiert (etwa Dokumente 13 - 20). Der linke Flügel der MSPD kommt viel häufiger zu Wort, als es seiner wirklichen Stärke entsprach (etwa Dokumente 42 - 51). Erstaunlich ist, daß die parteioffiziellen Erklärungen der KPD und der USPD und verschiedener Unterorganisationen dieser Parteien zum Räteregime zwar dokumentiert werden, daß die Hrsg. es aber offensichtlich nicht wagten, die Räte selbst in größerem Umfang durch die von ihnen abgegebenen Erklärungen und Programme sprechen zu lassen. Immerhin werden in einer parteioffiziellen Veröffentlichung auch einige Dokumente gegen oppositionelle KP-Gruppen ebenso abgedruckt wie der Aufruf der KPD zum Kapp-Putsch mit der Warnung vor der Beteiligung am Generalstreik. Im VII. Bd fehlen mehrere Dokumente, die nicht nur die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern gerade die der KPD betreffen: Unterlagen über die Rolle der III. Internationale beim Mitteldeutschen Aufstand und über den nationalbolschewistischen Schlageterkurs 1923. Um so mehr sind dafür im 2. Halbband die Einheitsfrontbestrebungen, etwa nach der Ermordung Rathenaus, die Beschlüsse und Proklamationen des linken SPD-Flügels, besonders der sächsischen Organisation, und der antifaschistische Kampf der KPD dokumentiert.

Peter Lösche

Die deutsche Revolution 1918-1919. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller. - Frankfurt/M.: Fischer Bücherei 1968, 381 S. = Bücher des Wissens, Bd 879, DM 2,80.

Dokumente zur deutschen Revolution 1918/19 sind in verschiedenen Sammelwerken veröffentlicht worden. So unterschiedlich diese nach Umfang, Inhalt und Textauswahl sein mögen, eine Eigenschaft haben sie gemeinsam: Sie sind lückenhaft und ergänzungsbedürftig. Es ist - fünfzig Jahre nach der

Revolution - noch nicht gelungen, eine umfassende Sammlung unter Berücksichtigung aller bedeutsamen Materialien herauszugeben. Die Gründe mögen an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben. Um so größer ist das Interesse, das man der hier anzudeutenden Dokumentensammlung entgegenbringt, zumal sie zu einem Zeitpunkt vorgelegt wird, da allerorten vielversprechende Diskussionen um die Revolution von 1918/19 anheben. Zweifellos enthält das Buch interessantes Material, darunter Dokumente, die erst in jüngster Zeit der allgemeinen Forschung zugänglich gemacht wurden (Protokolle des Vollzugsrats der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Protokolle des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik, Protokolle des Rats der Volksbeauftragten, Nachlässe Paul Giebel, Emil Barth, Rudolf Wissell u. a.). Dennoch kann die Lücke, die die Veröffentlichungen älteren Datums hinterlassen haben, durch diese Neuzusammenstellung wichtiger Dokumente natürlich nur zu einem Teil ausgefüllt werden.

Die Dokumentensammlung ist in drei Kapitel eingeteilt: A. Die Entstehung der Republik (mit den Abschnitten: Militärischer Zusammenbruch und Waffenstillstand; der Sturz der Monarchien; die Bildung des Rats der Volksbeauftragten); B. Stadien der Revolution (Regierung, Räte und Militär; Vertrauenskrisen; der Rätekongreß stellt die Weichen; der Bruch im Rat der Volksbeauftragten; die Januarunruhen und ihre Folgen; das Ende der Revolutionsregierung); C. Der Grundriß der Republik (Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber; die Frage der Sozialisierung; Staat, Kirche, Schule; Sowjetrußland und die deutsche Revolution; die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie; Kontinuität und Umformung des Regierungssystems; um die Einheit und die Grenzen des Reiches). Bei der Auswahl der Texte konzentrierten sich die Hrsg. auf den Zeitraum zwischen dem 9. November 1918 und dem 6. Februar 1919, dem Tag des Zusammentritts der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung. Sie berücksichtigten aber auch die politische Entwicklung in den Wochen vor dem 9. November (im Abschnitt über den militärischen Zusammenbruch und den Waffenstillstand) und die Entwicklung nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung (im Abschnitt über die Sozialisierung). Jedem Abschnitt ist eine kurze Einführung zu den nachfolgenden Dokumenten vorangestellt.

In der Einleitung diskutieren die Hrsg. den Charakter der Revolution und stellen die Frage nach ihren Erfolgen. Diese Revolution habe, so erklären sie, von vornherein einen konservativen Zug erhalten, da die Kräfte, "die sich mit ihren Vorstellungen über die äußere Gestalt der so unvorbereitet entstandenen Republik durchsetzten", nach Synthesen "zwischen Tradition und Umwälzung, pragmatischen Übergangslösungen" suchten und dabei an Ideen und Forderungen anknüpften, "die von der Arbeiterbewegung und auch vom liberalen Bürgertum in jahrzehntelangem, kontinuierlichem Ringen entwickelt worden waren". Dieser konservative Zug sei durch die Notwendigkeit verstärkt worden, "den Ansturm eines weitgehend führerlosen Radikalismus abzuwehren, der zunächst von links her einsetzte und größtenteils vom Beispiel des revolutionären Rußland inspiriert war". Diese These bietet einen interessanten - an dieser Stelle aber nicht auszuführenden - Anknüpfungspunkt an die Thesen, die Kolb, von Oertzen und Rürup zum Problem der Rätebewegung in der deutschen Revolution und zum Verhältnis des revolutionären Regimes in Berlin zu den Repräsentanten der zivilen und mili-

tärischen Rätebewegung aufgestellt haben. Schließlich weisen die Hrsg. darauf hin, daß auch die bürgerlichen Parteien, die nach dem 9. November zunächst im Hintergrund agierten, aber dennoch als willensbildende Faktoren erheblichen Einfluß besaßen, sich als ein "der Tradition verhaftetes Element" erwiesen, dabei weitgehend "Kontinuität in Programm und Politik, aber auch im Personal der Führungsgruppen" erkennen ließen. Die Hrsg. gehen auf die "bleibenden innenpolitischen Verdienste der Revolution" ein und sind der Ansicht, daß "in der Sozialpolitik, im Arbeitsrecht, in der Stellung der Gewerkschaften und vor allem in der demokratischen Gleichstellung aller Staatsbürger und -bürgerinnen" die Forderungen "mit einem Schlag" erfüllt worden seien, um die jahrzehntelang gekämpft worden war. Die staatspolitische Leistung der Revolution sei die Abwehr des drohenden Reichszerfalls gewesen.

Den zentralen Gegenstand der Dokumentation bildet das "Wirken der Volksbeauftragten in der Kräftekonstellation der Übergangsphase, die Behauptung ihrer Position gegenüber den ihnen widerstrebenden gesellschaftlichen Mächten". Leider konnten die Hrsg., wie sie selbst schreiben, nicht auf die Ereignisse in den deutschen Einzelstaaten eingehen. Es ist jedoch nicht möglich, die politische Entwicklung zwischen dem 9. November 1918 und dem 6. Februar 1919 und ihre Folgen allein von Berlin her zu erfassen und zu begreifen. Daher bleibt die Dokumentensammlung, so interessant und wertvoll sie auch ist, lückenhaft. Unberücksichtigt bleiben ferner der Waffenstillstand und seine Konsequenzen, die Ansätze einer neuen deutschen Außenpolitik, die Dokumente über die Veränderung und Kontinuität des Parteiwesens, "vor allem aber eine geschlossene Präsentation von Aussagen, die die Stimmungen und Reflexionen derer widerspiegeln, denen die Revolution zum Erlebnis - ermutigend oder erschütternd - wurde".

Die Kommentierung der einzelnen Texte in einem Vorspann könnte ausführlicher sein. Auch wäre es nützlich gewesen, dem Studierenden einen Anmerkungsapparat in den Texten zu bieten, der über biographische Notizen und Daten hinausgeht. Die Auswahlbibliographie schließlich läßt einige wichtige Titel vermissen. Angesichts der Fülle an bedeutsamen Quellen zur Geschichte der deutschen Revolution von 1918/19 und des Umfangs des vorliegenden Buches, der zu stark von verlegerisch-kommerziellen Überlegungen beeinflusst ist, taucht unwillkürlich die Frage auf, ob nicht endlich die Zeit dafür reif ist, eine umfassende Revolutionssammlung zusammenzustellen, deren Umfang sich allein aus wissenschaftlichen Erwägungen ergibt.

Ulrich Kluge

BADIA, Gilbert: Allemagne, Novembre 1918: Kurt Eisner devant le Comité exécutif des conseils berlinois, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* XV (1968), S. 340-361.

Die Protokolle des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, die im Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin aufbewahrt werden, sind erst in jüngster Zeit der allgemeinen Forschung zugänglich gemacht worden. Gilbert Badia publiziert mit der vorliegenden französischen Übersetzung wohl erstmalig das Protokoll der Sitzung vom 25. November 1918, deren Haupt-

redner der anlässlich der Reichskonferenz in Berlin weilende Kurt Eisner war. Im Mittelpunkt der Debatte stehen die Fragen des Friedensabschlusses und der Nationalversammlung; auch die ganze Problematik des Verhältnisses zwischen Reichshauptstadt und Reichsländern wird deutlich. Eisners Lösungsvorschlag zielt auf eine konsequent revolutionär bestimmte Politik in Berlin nach dem Vorbild Bayerns und mit "neuen Männern", wovon er sich sowohl die Überwindung der separatistischen Tendenzen im Innern als auch die Bereitschaft der Entente zu einem günstigeren Frieden mit dem ganzen Reiche verspricht. Hier, wie auch an anderen Stellen des Textes, erscheinen Eisners Vorstellungen und Argumente nicht frei von irrationalen Zügen: Seine Überzeugung entspringt nicht zuletzt einer persönlichen Vorliebe "für den alten Clemenceau", den er einem sozialistischen Deutschland wohlgesonnen glaubt. Von diesem Standpunkt aus richtet er scharfe Angriffe gegen die von ihm vermuteten geheimen Bemühungen der Regierung Ebert, zur Stärkung ihrer Position die Amerikaner zu Exklusiv-Vertrauenserklärungen zu bewegen. Es gelingt Badia in diesem Zusammenhang, über eine bereits von Kolb geschilderte Demarche der deutschen Regierung beim amerikanischen Beauftragten in Kopenhagen weitere Feststellungen zu treffen.

Rita Klunkert

Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens. Hrsg. von Elisabeth Hannover-Drück und Heinrich Hannover. - Frankfurt/M.: Suhrkamp 1967. 185 S. = edition suhrkamp 233. DM 3,-.

Die Hrsg. haben sich "nicht die Aufgabe gestellt, einen Kriminalfall aufzuklären", sondern sie wollen das Verbrechen an den beiden Spartakusführern als "ein typisches Ereignis, nämlich [als] Teil des Klassenkampfes zwischen antagonistischen Gruppierungen" (S. 7) herausstellen. Die damit verbundene Absicht der "Dokumentation eines politischen Verbrechens", wie es im Untertitel heißt, wird erst in zweiter Linie erreicht. Hingegen belegt die vorliegende Veröffentlichung eindrucksvoll die Einstellung und das Vorgehen einer eindeutig politisch rechts orientierten und entsprechend untersuchenden und urteilenden Justiz (hier Militärjustiz), ein Gebiet, auf dem die Hrsg. bereits mit einer Veröffentlichung hervorgetreten sind.¹

Das wichtigste Quellenmaterial ist das hier erstmals in Auszügen veröffentlichte Protokoll der Verhandlung vor dem Feldkriegsgericht im Mai 1919 in Berlin gegen die des Mordes angeklagten Angehörigen des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps. Dieser Teil der Dokumentation stellt - seiner Bedeutung gemäß - den umfangreichsten Abschnitt des Buches dar. Deutlich ist zu erkennen, wie der die Verhandlung leitende Kriegsgerichtsrat den

¹ Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918-1933, Frankfurt/M. 1966. Vgl. die Rezension von Dieter Weber in IWK, Heft 5, S. 95 ff.

Angeklagten und Zeugen entlastende Aussagen in den Mund legt (S. 62, 64, 68, 72, 76, 94), während die Haltung des Anklagevertreters, des Kriegsgerichtsrats Jorns, in den einleitenden Worten seines Plädoyers zutage tritt, wenn er ohne Kommentar und Distanzierung die Meinung eines Teils der Bevölkerung wiedergibt, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hätten wegen Anstiftung zum Bürgerkrieg "eigentlich ihren Tod verdient..." (S. 111).

Von Bedeutung sind fernerhin die zu dem von 1929 bis 1931 laufenden Prozeß gegen den "Tagebuch"-Redakteur Bornstein zusammengetragenen Materialien, die über die Untersuchungsführung Jorns' im o.a. Prozeß von 1919 zugunsten der Mörder der Spartakusführer Aufklärung verschaffen. Stellte doch das Gericht in der ersten Instanz fest, Jorns habe den Tätern "Vorschub geleistet" (S. 161).

Auf Interesse dürfte ein offensichtlich erstmals veröffentlichter Schriftwechsel aus den Jahren 1933/34 stoßen, der Briefe der nationalsozialistischen Ministerien wegen einer "Entschädigung" für Vogel, den wahrscheinlichen Mörder Rosa Luxemburgs, und für Runge, der die beiden Spartakusführer mit dem Gewehrkolben mißhandelt hatte, enthält. Zeitungsberichte und -kommentare hauptsächlich der linken Presse verbinden, ergänzen und vervollständigen die Materialien. Bedauerlich und unerklärlich ist dagegen die Kürzung - praktisch eine Verstümmelung - der letzten Artikel der beiden KPD-Führer um wesentliche und für diese beiden Linksradikalen typische Abschnitte, obwohl jeweils auf den anschließenden Seiten ausreichend Platz vorhanden ist.

Die Bemerkung im abschließenden politischen Kommentar der Hrsg., "... sich zu ihnen [R. Luxemburg und K. Liebknecht] zu bekennen, ein Buch über sie zu schreiben, ist [in der Bundesrepublik] fast ein Wagnis" (S. 185), hätte vermieden werden müssen, da sie sachlich unhaltbar ist, wie ein Blick auf das in den letzten Jahren erschienene Schrifttum zeigt.

Ottokar Luban

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bearb. und hrsg. von Ossip K. Flechtheim. - Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. H. Wendler & Co. 1962/63/65/66/68. Bd 1: Neubildung der deutschen Parteien nach 1945 - Die Stellung der Parteien in der Verfassung und im Recht - Satzungen der deutschen Parteien. 576 S. DM 35,-. Bd 2: Programmatik der deutschen Parteien, 1. Teil. 511 S. DM 35,-. Bd 3: Programmatik der deutschen Parteien, 2. Teil. 500 S. DM 35,-. Bd 4: Aufbau und Arbeitsweise der deutschen Parteien, 1. Teil. 632 S. DM 38,-. Bd 5: Aufbau und Arbeitsweise der deutschen Parteien, 2. Teil. 606 S. DM 38,-. Bd 6: Innerparteiliche Auseinandersetzungen, 1. Teil. 562 S. DM 38,-.

Bisher liegen uns sechs der auf acht Bde geplanten monumentalen Dokumentation zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945 vor, die der Berliner Politologe und Historiker der Arbeiterbewegung, Ossip K. Flechtheim, besorgt hat. Die Parteiforschung in Deutschland hat sich lange Zeit auf die programmatischen Äußerungen der Parteien und auf ihre ideologische Tradition beschränkt, so daß die soziologische und politologische Analyse der Organisation der Parteien, ihrer Sozialstruktur und ihres Verhaltens in der politischen Praxis weitgehend vernachlässigt worden ist.

Der Hrsg. ist bemüht, diese Einseitigkeit dadurch zu überwinden, daß er mit den publizierten Dokumenten den historischen, juristischen, ideologischen und soziologischen Aspekt des Parteilebens gleichermaßen zu belegen sucht. Dieser Versuch, neben der programmatischen auch die wichtigsten anderen Seiten der Parteien in beiden Teilen Deutschlands zu beleuchten, ist durchaus gelungen. Die deutsche Sozialforschung ist aufgefordert, auf diesem ins Neuland vorstoßenden Pfad zu folgen und ihn zum allgemein gangbaren Weg auszubauen. Die breite Skala der durch Statuten, Programme, Flugblätter, Rundschreiben und Presseerklärungen vorgestellten Parteien reicht von der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und Nationaldemokratischen Partei (NPD) auf der Rechten bis zur KPD und SED auf der Linken. Den Leser dieser Zeitschrift werden besonders die aus den Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung entstandenen Parteien interessieren.

Hier jedoch muß der Rezensent bereits einhalten: In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus schien jede "bürgerliche" und "konservative", also "rechte" Position in der deutschen Politik von vornherein diskreditiert. Die "klassischen Lizenzparteien" - KPD, SPD, CDU/CSU und LDP/FDP - sprachen sich nicht nur für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aus, sondern Christentum, Demokratie, Sozialismus, Pazifismus und Internationalismus erschienen als einzige Alternative zur bisherigen deutschen Geschichte. Allein die Liberalen lehnten damals eine sozialistische Neuordnung der Wirtschaft grundsätzlich ab. Zwischen westlichem Kapitalismus und sowjetischem Bolschewismus wurde ein Dritter Weg angestrebt. Die KPD vermied, anders als SPD und selbst CDU, ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus, proklamierte aber durch Anton Ackermann den besonderen deutschen Weg zum Kommunismus. Nachdem hochfliegende, im Inferno der Konzentrationslager geschmiedete Pläne zur Bildung einer deutschen "Partei der Arbeit - Labour-Party", die vom ehemaligen kommunistischen Funktionär bis zum christlichen Gewerkschafter reichen sollte, gescheitert waren, gehörten zu den Gründern der CDU ebenso Gewerkschafter wie Linkskatholiken. Zentren der CDU-Gründung waren Berlin, Frankfurt/M. und Köln. Der Berliner Gründungsauftrag enthielt ein Bekenntnis zu "straffer Planung", "ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien", die Kölner Leitsätze vom Juni 1945 verkündeten "einen wahren christlichen Sozialismus". Die Forderungen des Ahlener Wirtschaftsprogramms für Nordrhein-Westfalen sind heute bereits zur Legende geworden: Sie verlangten die Beteiligung des Staates, der Gemeinden und der im Betrieb tätigen Arbeiter an den Entscheidungen monopolartiger Großbetriebe, die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie und die rationale Planung und Lenkung der Wirtschaft. Es ist das Verdienst Flechtheims, auf diese nach 1945 auch im deutschen Bürgertum vorhandenen Ansätze, die auf eine Veränderung der Gesellschaft und die Beteiligung bisher unterprivilegierter Schichten an den Entscheidungen in Politik und Wirtschaft hinzielten, erneut hingewiesen zu haben und die bisher abgelegenen Quellen dem Historiker und Politologen leicht zugänglich zu machen.

Ebenso dokumentiert der Hrsg. die Wiederbegründung der SPD nach dem Kriege mit Quellen aus dem Berliner Zentralausschuß, dem Büro Schumacher in Hannover und dem alten Restpartei Vorstand in London. Auch hier war der Tenor einhellig: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialis-

mus in Wirtschaft und Gesellschaft. Schumacher formulierte im Oktober 1945 vor dem ersten Treffen deutscher Sozialdemokraten nach dem Kriege: "Der Klassenkampf war und ist die große gesellschaftliche Tatsache. Diese Tatsache ist unabhängig von unserer Anerkennung oder Negierung." Der Ruf nach der "organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse" erscholl zunächst ziemlich einmütig aus den Grundorganisationen der Sozialdemokraten und jener Kommunisten, die das Dritte Reich in Deutschland durchlitten hatten. Der Berliner Zentralausschuß unter Max Fechner und Otto Grotewohl sandte ein Verhandlungsangebot an die KPD. Doch die Kommunisten veröffentlichten - offensichtlich durch direkte Intervention der aus Moskau nach Berlin eingeflogenen "Gruppe Ulbricht" - ein Aktionsprogramm, das den Grund zu einem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien legen sollte, sich in seiner Grundtendenz eher bürgerlich-evolutionär als sozialistisch-revolutionär gebärdete und so eine einheitliche Arbeiterpartei zunächst ausschloß. Diese Grundtatsachen sind heute allgemein bekannt, doch gibt die vorliegende Dokumentation die Möglichkeit, noch einmal quellenkritisch zu überprüfen, was sonst zu eilfertig zum Geschichtsmythos zu erstarren droht.

Enthalten die ersten drei Bde des Werkes Material, das zum großen Teil zwar verstreut, aber doch bekannt ist, so betritt der Hrsg. mit dem vierten und fünften Bd endgültig Neuland. Hier wird das tägliche Leben der Parteien dem Zeitgenossen vor Augen geführt. Position, Operation und Funktion der Parteien sind so dokumentiert, daß "das innere Parteileben, die organisatorische Praxis" im Mittelpunkt der Veröffentlichung steht. Hierzu gehören Quellen, die Auskunft geben über die Arbeitsweise der Parteiführung, über die "Parteimaschine" mit ihren Büros, Unternehmungen, Ausschüssen, Archiven und Schulen, über die regionalen Parteigruppen mit den einfachen Mitgliedern, Funktionären und Sekretären und über den Aufbau der Bundes- und Landtagsfraktionen. Flechtheim meint, aus den von ihm durchforsteten Bergen an Dokumenten eine wachsende Bürokratisierung und Zentralisierung der Parteien festzustellen. Die in beiden Bden veröffentlichten Quellen sind von unterschiedlichster Qualität: So sind aus dem Jahrbuch der SPD jene Abschnitte veröffentlicht, die die Arbeitsweise der SPD-Bundestagsfraktion erhellen. Sie werden ergänzt durch Rundschreiben einiger Ortsvereine an ihre Mitglieder, in denen zu Veranstaltungen eingeladen wird oder durch die die Parteimitglieder zur Mitarbeit im Wahlkampf oder in der Organisation ermuntert werden. Der Leser lernt das Organisationsschema der KPD vor und nach ihrem Verbot in der Bundesrepublik kennen.

Der sechste Bd der Dokumentation - der Leser wird leider durch die große Zahl von Druckfehlern immer wieder irritiert - enthält Materialien über die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU, CSU, FDP, DP und NPD. Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Sie betreffen im allgemeinen jene spektakulären Ereignisse, die sich auch in der Presse oder in Pamphleten niedergeschlagen haben. So wird etwa der Kampf zwischen Thielen und Adolf von Thadden um die Führung der NPD ausführlich belegt. Auch bei diesem Bd stand der Hrsg. vor einer Überfülle an Material und wußte doch zur gleichen Zeit, daß ihm wichtige Quellen nicht zugänglich waren, die für die innerparteiliche Willensbildung von Bedeutung sind, von den Parteien aber in Stahlschränken verschlossen bleiben, um ihr "image" in der Öffentlichkeit nicht zu gefährden. So lernt der Leser nur jene Auseinan-

dersetzungen in den Parteien kennen, die sich auf Bundesebene und - in Einzelfällen - auf der Ebene der Landesverbände abgespielt haben. Entscheidend für die Problematik innerparteilicher Demokratie sind jedoch gerade die Willensbildungsprozesse an der Basis der Parteien, also in den Ortsvereinen und Kreisverbänden. Hier hätte der Hrsg. versuchen müssen, trotz der Ängstlichkeit der Parteien den Schleier ihrer angeblichen "Intimsphäre" zu lüften und wenigstens exemplarisch an zwei oder drei Fällen für jede Partei die Kämpfe in Ortsvereinen darzustellen.

Damit jedoch gelangen wir zu einer grundsätzlichen Frage, die an jede Dokumentation zu stellen ist: Nach welchen Kriterien wurden aus der Überfülle des vorliegenden Materials die zum Abdruck kommenden Dokumente ausgewählt? Die Auswahl der Quellen mag bei den Abschnitten über Programme, Statuten oder die Entstehungsgeschichte der Parteien noch relativ einfach sein. Dort, wo die Arbeitsweise der Parteien dokumentiert wird, hätte der Hrsg. jedoch seine Editionsprinzipien schärfer umreißen müssen. Er schreibt lediglich, daß er exemplarisch vorgehen mußte und "hier und da wichtige und interessante Dokumente" herausgegriffen hat, "die je nachdem einmal etwas zur Thematik dieser Partei, dann wieder etwas zur Problematik jener Partei aussagen". Hier hätten die einzelnen Dokumente kommentiert und qualifiziert werden müssen, etwa dadurch, daß die Umgebung der Quelle, Häufigkeit dieser Quellenart, Autor und Adressat, Verbreitung und Datum angegeben werden. Der Herkunftsort der Quelle wird jeweils lediglich in einer Fußnote bezeichnet. Die Arbeit mit diesem umfangreichen Dokumentenwerk würde jedoch erleichtert, wenn systematisch Herkunftsort, Autor der Quelle und Inhaltsangabe in Regestenform aufgeführt würden. Vielleicht wird es möglich sein, durch ein Register im letzten Bd der Dokumentation das ganze Werk handlicher aufzubereiten. Hervorzuheben ist jedoch, daß der Hrsg. ausdrücklich darauf hinweist, daß wichtige Tatsachen, Sachverhalte und Entscheidungen häufig keinen dokumentarischen Niederschlag finden, da bestimmte Vorgänge nicht schriftlich fixiert, sondern mündlich und telefonisch abgehandelt werden. Selbst bei ausführlichster Dokumentation bliebe so ein Rest, der nur durch Interviews oder Memoiren an das Licht der Historie gezogen werden kann.

Noch in den nächsten Monaten werden die abschließenden Bde des Dokumentenwerkes erscheinen. Sie werden sich mit der Parteifinanzierung, der Statistik und den Beziehungen zwischen den Parteien und ihren Nebenorganisationen befassen. Auch für den Historiker der Arbeiterbewegung enthält die vorliegende Dokumentation bedeutende Quellen. Wir dürfen mit Recht auf die noch ausstehenden Bde gespannt sein.

Peter Lösche

STROBEL, Georg W.: Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878-1918. Programme und Statuten. Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. - Köln: Verl. Wissenschaft u. Politik 1968. 342 S. = Dokumente zum Studium des Kommunismus, Bd 5. DM 48,-.

Strobel stellt seiner Veröffentlichung von Dokumenten zur Geschichte des polnischen Kommunismus eine Einführung voran, die etwa ein Drittel des Buches einnimmt. Darin schildert er in übersichtlicher, gut geglieder-

ter Form die Entwicklung der sozialistischen Parteien im russischen Teil Polens, die sich zur kommunistischen Partei zusammenschlossen. Wie in anderen Ländern haben auch hier Utopismus und Anarchismus die ersten losen Parteibildungen geprägt. Die im Verhältnis zu Westeuropa geringere wirtschaftliche Entwicklung Polens bewirkte ein späteres Entstehen von Massenorganisationen der Arbeiterbewegung. Ein besonderes Gepräge gaben der Entwicklung der sozialistischen Bewegung die speziell polnischen Verhältnisse: Polen war ein Land ohne Eigenstaatlichkeit, aufgeteilt zwischen Deutschland, Österreich und Rußland. Die polnischen Sozialisten wurden von den Machthabern sowohl als Polen wie auch als Sozialisten unterdrückt, dies besonders im russischen Teil. Die Illegalität der sozialistischen Partei (legal wurde sie erst unter der deutschen Besetzung während des Ersten Weltkrieges) führte dazu, daß viele Sozialisten schon Ende des vorigen Jahrhunderts ins Ausland flüchteten, von wo aus sie versuchten, die Geschicke ihrer heimatlichen Partei durch das Einschmuggeln selbstverfaßter Zeitungen und die Entsendung von Emissären zu lenken.

Das grundlegende Problem - die Unabhängigkeit Polens als ein Kampfziel der polnischen Sozialisten - ließ bereits in den Anfängen fast gleichzeitig zwei sozialistische Parteien entstehen: die Polnische Sozialistische Partei PPS (1892) und die Sozialdemokratie des Königreiches Polen (und Litauens) SDKPiL (1893), deren Namen schon ihre Einstellung zu dieser Frage zeigen. Für die PPS galt es, Polen zu vereinen und unabhängig zu machen und in diesem neuen Polen für den Sozialismus weiterzukämpfen. Die SDKPiL hingegen versuchte der nationalen Frage auszuweichen, was sich aber nicht ganz verwirklichen ließ, so daß sie für ein zukünftiges Russisch-Polen die Autonomie anstrebte. Hierbei wurde sogar die von Lenin proklamierte Selbstbestimmung der Völker abgelehnt und nur eine Diskussion über die mehr oder minder große Autonomie zugelassen. Diese Haltung entsprang dem überragenden Einfluß Rosa Luxemburgs und Jogiches', die befürchteten, daß nationale Fragen von den eigentlichen sozialistischen Problemen ablenken und in die Nähe bürgerlicher Freiheitskämpfer führen könnten.

Außer der nationalen gab es noch eine Reihe anderer Fragen, die zu neuen sozialistischen Vereinigungen oder zur Spaltung von bestehenden Parteien führten. Die schwere Last der politischen Verfolgungen brachte die Idee hervor, politische Arbeit überhaupt aufzugeben und nur mehr wirtschaftliche Ziele anzustreben. Auch Probleme wie: Massen- oder Kaderpartei, das Ausmaß der Unterwerfung unter die im Ausland befindliche Parteileitung, die Anwendung von Terror oder anderen Kampfmitteln, der Aufbau der Organisationen, das Verhältnis zu den nationalen Minderheiten sowie zur russischen sozialdemokratischen Partei wurden diskutiert. Nicht zuletzt aber führten persönliche Differenzen dazu, daß sich sowohl im In- und Ausland neue sozialistische Gruppen bildeten als auch gleichzeitig die beiden obengenannten Parteien frühzeitig zerfielen. Die PPS spaltete sich schon 1906, wobei jeder Teil den Namen sowohl der Partei als auch des Publikationsorgans beibehielt und die Numerierung der Kongresse weiterführte, so daß es neben zwei "Robotnik" von gleichem Aussehen auch zwei an verschiedenen Orten tagende PPS-Kongresse (8. - 12. Parteikongreß) gab. 1910 zerfiel auch die SDKPiL. Doch ging die Spaltung nicht so tief und wurde schon im Ersten Weltkrieg durch gleiche Stellungnahme zu den Kriegsproblemen und zur Zimmerwalder Konferenz überwunden. Unter dem Einfluß der russischen Oktoberrevolution

vereinigten sich die SDKPiL und die Linke der PPS Ende 1918 zur Kommunistischen Partei Polens, die stolz darauf hinweisen kann, einen älteren Stammbaum als die russische zu haben.

Die eigentliche Dokumentensammlung wird vom Autor mit einer "Vorbemerkung" versehen, in der er eine sehr kenntnisreiche Analyse der einschlägigen Veröffentlichungen der letzten zwanzig Jahre gibt, ihre Verlässlichkeit prüft und einige Beispiele dafür anführt, wie durch Auslassungen, die als solche nicht gekennzeichnet sind, unbequeme Äußerungen in einigen Publikationen verschwiegen werden. Es schließen sich etwa 40 Kurzbiographien von in der Einführung erwähnten Persönlichkeiten an. Diese Biographien, für die keine Quellenangaben gemacht werden, dürften wahrscheinlich mehr Mühe als die historische Einleitung gekostet haben, da die betreffenden Personen sich oft hinter den verschiedensten Pseudonymen verbargen. So werden für Kunicki nicht weniger als 15, für Rosa Luxemburg 9 Decknamen aufgezählt. Den Biographien folgt eine Zusammenstellung der Kongresse der SDKPiL und der PPS-Linke, eine Übersicht über die personelle Zusammensetzung der Führungsorgane der einzelnen Parteien sowie sehr reichhaltige Quellen- und Literaturangaben von vorwiegend in polnischer Sprache erschienenen Schriften. Diese werden auch in den zahlreichen Fußnoten der Einleitung genannt, was mit Rücksicht auf den deutschsprachigen Leser hätte unterbleiben können.

Die 170 Seiten umfassende Dokumentensammlung enthält verschiedene Programme, Statuten, Aufrufe, zwischenparteiliche Verträge, Resolutionen und diverse öffentliche Schreiben (darunter einen "Offenen Brief" August Behels "An die Deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen Russisch-Polens und Litauens" aus dem Jahre 1905). Ein Personen- und Ortsverzeichnis, ein Verzeichnis der Institutionen und Organisationen sowie ein Abkürzungsverzeichnis schließen den Bd ab. Zusammenfassend kann man sagen, daß Strobel mit dieser Veröffentlichung ein sehr sorgfältig, fleißig und kenntnisreich gearbeitetes Buch vorgelegt hat.

Wanda Lanzer

Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer. Eingel. von Oskar Anweiler. - Olten u. Freiburg/Br.: Walter-Verl. 1967. 536 S. = Dokumente der Weltrevolution, Bd 2. DM 29,-.

Der zweite Bd der Reihe "Dokumente der Weltrevolution" enthält Materialien zum Thema "Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur" aus dem Rußland der Jahre 1918 bis 1923. Während im ersten Teil des Buches die innerparteiliche Opposition dieser Jahre dokumentiert wird, besteht der zweite Teil aus einer vollständigen Wiedergabe des 1921 in Prag veröffentlichten Textes "Die Wahrheit über Kronstadt".

Die Dokumentation der Opposition innerhalb der Partei ist auf die von der Parteintelligenz getragene "Wirtschaftsopposition" und die von den Gewerkschaften angeführte "Arbeiteropposition" konzentriert. Sie wird ergänzt durch einen Aufruf der Gruppe "Arbeiterwahrheit" aus dem Jahre 1922 und den berühmt gewordenen "Aufruf der 46" von 1923. Die Kritik der "Wirtschaftsopposition" (Osinskij, Jurenev, Mjasnikov u. a.) am Leninschen Konzept

des Aufbaus des Sozialismus und am herrschenden Prinzip des Zentralismus wirkt über weite Strecken auch heute noch frisch. Noch aktueller freilich mutet die von der "Arbeiteropposition" (Kollontaj, Šljapnikov u.a.) vorgetragene Kritik an, da hier weniger Verfahren der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft als vielmehr Fragen der Herrschaft im Zentrum der Überlegungen stehen. Die "Arbeiteropposition" agitierte gegen eine Verwandlung der Gewerkschaften in Staatsorgane, forderte vielmehr für die Gewerkschaften die Leitung der Volkswirtschaft. Sie begriff sich und die Gewerkschaften als gesellschaftliche Kontrolle von Staat und Partei. Die Thesen der "Arbeiteropposition" zum X. Parteitag der RKP(B) sowie die Thesen über "Die nächsten Aufgaben der Partei" lassen überdies erkennen, wie lebendig die Forderungen des Oktober zu dieser Zeit waren.

Kurz vor Eröffnung des X. Parteitages am 8. März 1921 ereignete sich der Aufstand von Kronstadt, dessen Forderungen sich auf die Einlösung der ursprünglichen Ziele der Revolution richteten. In dieser Situation war die Niederlage der Oppositionellen unausweichlich. Die Furcht vor einer Spaltung der Partei wußte Lenin zu nutzen. Statt gewerkschaftlicher Leitung der Wirtschaft, statt Presse- und Diskussionsfreiheit, statt des Rechtes auf Fraktionsbildung innerhalb der Partei brachte der X. Parteitag die Vollendung der Parteidiktatur: das Verbot zur Bildung von Fraktionen und die generelle Absage an jeden "Syndikalismus". Was danach blieb, war die "Einmannopposition" Mjasnikovs, waren Aufrufe wie die oben zitierten. Dabei fällt auf, daß der "vertrauliche" Aufruf der "46" trotz aller Kritik, die in ihm geltend gemacht wird, das Leninsche Prinzip des demokratischen Zentralismus nicht mehr in Frage stellt. Zwar ist von unbefriedigender Führung der Wirtschaft und der innerparteilichen Beziehungen durch die Partei die Rede, zwar wird ausgeführt, daß eine "an die Auffassungen und Sympathien eines kleinen Kreises" angepaßte "Auslese von Menschen" eine "Teilung der Partei" in eine "Hierarchie von Sekretären und Laien", in "von oben ausgewählte berufsmäßige Parteifunktionäre und in die übrige Parteimasse" bewirkt, jedoch richtet sich diese Kritik wohl eher gegen die sich unter dem Generalsekretär Stalin herausbildende Kaderpolitik als gegen das erwähnte Prinzip des Zentralismus. Nicht zufällig sympathisierte Trotzki mit den Auffassungen der "46".

Kronstadt bleibt im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen in mehrfacher Hinsicht ein Zeichen. Deutlich ist - gemessen an den Forderungen der Kronstädter - der Weg abgesteckt, den die Bolschewiki seit dem Oktober zurückgelegt hatten, und ebenso die Unmöglichkeit einer Umkehr. So gesehen ist die "Wahrheit" von Kronstadt immer nur die Wahrheit der Aufständischen. Was diese "Wahrheit" nicht vermitteln kann, ist die Antwort auf die Frage, ob es zu dieser Zeit für Lenin, für die Bolschewiki eine Möglichkeit gab, im Sinne der Kronstädter Forderungen zu verfahren. Auf diese und andere Fragen wird in den Einführungen zu den beiden Teilen und vor allem in der Einleitung von Oskar Anweiler Antwort gesucht. Dabei wird eine wohlthuende Zurückhaltung geübt. Es werden Mitteilungen gemacht, aber sie werden dem Leser nicht suggeriert, es wird informiert, aber keine Meinung vorgeformt. Alles in allem ist dieser Band wohl ausbalanciert und nicht perspektivisch verzerrt. Die deutlich werdende Idee der Hrsg., unerledigte Geschichte präsent zu machen, steht hierzu nicht in Widerspruch.

Hellmuth Bütow

BLANQUI, Auguste: Instruktionen für den Aufstand. Aufsätze, Reden, Aufrufe. Hrsg. u. eingel. von Frank Deppe. - Frankfurt/M., Wien: Europ. Verlagsanstalt u. Europa Verl. 1968. 191 S. = Politische Texte. Kart. DM 12,-, Ln. DM 18,-.

Blanqui ist bei uns kein Unbekannter, aber eigentlich auch nicht mehr als ein Schlagwort, das für eine Art Revolutionsfanatismus, geheime Verschwörungen, blutige Aufstände und dergleichen steht. Wer immer sich näher mit diesem bedeutenden französischen Theoretiker beschäftigen und hinter dem Zerrbild den Sozialisten erkennen wollte, sah sich bisher an seine französischen Originalschriften verwiesen. Denn mit Ausnahme der posthum veröffentlichten Aufsatz- und Artikelsammlung "Critique sociale" (1885), die bereits 1886 unter dem Titel "Kritik der Gesellschaft" auf deutsch erschien, dann aber nicht wiederaufgelegt wurde, sind seine Schriften in Deutschland nicht übersetzt worden. So besteht an sich aller Grund, dem Hrsg., der eine noch ungedruckte Dissertation über das Thema "Zum Verhältnis von politischer Theorie und politischer Praxis bei Louis Auguste Blanqui" schrieb, für die vorliegende Auswahlgabe zu danken. Sie stützt sich, was allerdings nirgendwo erwähnt wird, zum allergrößten Teil auf die 1956 in der Reihe "Les Classiques du Peuple" der Éditions Sociales (Paris) unter Mitarbeit von A. Soboul, P. Angrand und J. Dautry veröffentlichten und von V. P. Volgin eingeleiteten "Textes choisis", deren Anmerkungen sie z.T. wörtlich übernimmt. Warum diese Auswahl nicht komplett übernommen und übersetzt wurde, ist nicht recht einzusehen, zumal zwischen den Bearbeitern der französischen und dem Hrsg. der deutschen Ausgabe wohl keine größeren ideologischen Meinungsverschiedenheiten bestehen dürften. Offenbar wollte Deppe aus aktuellem Anlaß u.a. auf den Teil von Blanquis "Instruktionen für den Aufstand", der sich mit konkreten Anweisungen und Skizzen für den Barrikadenbau beschäftigt und in der französischen Ausgabe fehlt, nicht verzichten. Ansonsten gibt die vorliegende Auswahl, über deren Grundsätze und Absichten der Hrsg. sich nicht äußert, von der berühmten Verteidigungsrede Blanquis vor dem Schwurgericht 1832, dem Manifest vom 22.3.1848 an die demokratischen Clubs von Paris, dem langen Brief an Maillard vom 6.6.1852 bis hin zu dem bedeutenden Aufsatz über den "Kommunismus, die Zukunft der Gesellschaft" (1869/70) und den "Instruktionen für den Aufstand" (1868/69) einen eindrucksvollen Querschnitt durch das Gesamtwerk Blanquis.

Bedauerlicherweise entspricht die Ausgabe nicht wissenschaftlichen Gepflogenheiten. Quellenhinweise fehlen, Auslassungen (z.B. in dem Aufsatz über den Kommunismus, besonders S. 141 f.) sind nicht kenntlich gemacht, und die Übersetzung läßt auch sehr viel zu wünschen übrig, sofern sie nicht geradewegs falsch ist. So wird beispielsweise Blanquis Unterscheidung zwischen "communiste" und "communautaire" beseitigt (S. 126) und "dans l'ordre économique" mit "in sozialer Hinsicht" (S. 143) übersetzt. Der französische Text: "En juin, on a compté plus de six cents barricades. Une trentaine au plus ont fait à elles seules tous les frais de la bataille. Les autres, dix-neuf ou vingt, n'ont pas brûlé une amorce", liest sich in der Übersetzung so: "Im Juni hat man mehr als 600 Barrikaden gezählt, nicht mehr als 30 haben schon allein die Schlacht entschieden [!]. Der Rest, 19 von [!] 20, haben keinen einzigen Schuß abgegeben" (S. 158).

Die Einleitung (S. 5 - 46) des Hrsg.s, die einen guten biographischen Überblick gibt und die Entwicklung des Blanquismus bis 1905 berücksichtigt,

bringt sachlich nichts Neues, wenn man dazu nicht die Stelle rechnen will, wo Deppe von einer französischen "Revolution vom 4. September" 1870 spricht. Seine Beurteilung Blanquis spiegelt das für Marxisten typische Schwanken zwischen der Bewunderung des entschlossenen Revolutionärs und radikalen Arbeiterführers und der Ablehnung des unwissenschaftlichen, geistig im 18. Jahrhundert beheimateten Sozialisten wider, das sich in seiner ganzen Zwiespältigkeit so auch schon bei Marx und Engels findet und Blanqui zu einer Sonderstellung in der marxistischen Historiographie verholten hat. Deppe bemüht sich bei all seiner Bindung an Vokabular und Ideologie des Marxismus angelegentlich, Blanqui gerecht zu werden. Er will einen "strafenden Unterton" in der Kritik des Blanquismus vermeiden und ihn nicht als bloßen Vorläufer des "wissenschaftlichen Sozialismus" diffamieren. So zieht er Verbindungslinien zwischen Blanquis militärischen Aufstandsinstruktionen und den heutigen Theorien des Guerillakrieges von Mao Tse-tung bis Giap und Che Guevara. Letztlich kommt er aber doch nicht umhin, die Konfrontation gegenwärtiger revolutionärer Theorien mit denen Blanquis für unfruchtbar zu halten, weil die Erscheinungsformen und Methoden der heutigen Revolutionskriege nicht am Maßstab einer Theorie gemessen werden dürften, die unter den besonderen Bedingungen des französischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert entstanden sei. Immerhin lebt aber für den Hrsg. die revolutionäre Tradition des Blanquismus "in einzelnen Elementen der revolutionären Impulse unserer Epoche fort". Einschränkend fügt er hinzu: "Der Erfolg dieser Impulse wird sich jedoch nur in dem Maße herstellen lassen, wie jene Elemente zu einer Totalität der Erkenntnis und der Aktion vermittelt werden, die die objektiven Strukturen des gegenwärtigen Systems der internationalen Ausbeutung und Unterdrückung begriffen hat und damit auch die europäische Tradition der Revolution in sich zu entfalten vermag. Erst dann ist der Blanquismus im positiven Sinne aufgehoben" (S. 46).

Über das intellektuelle Niveau dieser Einleitung mögen noch zwei weitere Zitate Aufschluß geben: "Dabei ist allerdings die 'Primitivität' des Blanquischen Kapital- und Klassenbegriffes selbst ein Moment gesellschaftlicher Objektivität: er reflektiert die 'Unterentwicklung' des industriellen Kapitalismus in Frankreich ebenso wie die langwährende Vorherrschaft der französischen Finanzoligarchie gegenüber dem industriellen Großkapital" (S. 35 f.). Und: "So sehr Blanqui ..., so wenig vermag er jedoch die spezifischen Bedingungen der krisenhaften Reproduktion und Akkumulation im Kapitalismus zu erfassen, die ja nicht außerhalb von Tausch und Produktion fixiert sind, sondern die sich selbst durch Tausch und Produktion, d.h. durch die Verwertung der Ware Arbeitskraft im Produktionsprozeß vermitteln" (S. 35). Das ist spätmarxistischer Wortfetischismus, "Jargon der Eigentlichkeit" mit umgekehrtem Vorzeichen, der mit pseudophilosophischen und pseudodialektischen Floskeln mangelnde Sachkenntnis ersetzen will und glaubt, die Aufgabe einer Wesensbestimmung des Sozialismus mit nationalökonomischen Formeln lösen zu können. Es kann danach nicht überraschen, daß eine fruchtbare Auseinandersetzung mit Blanqui in dieser Einleitung fehlt und der nicht an 'Erfolgen revolutionärer Impulse' und 'Vermittlung von Impulselementen' interessierte Leser aus der Einleitung wenig Unterstützung erfährt bei seinem Bemühen, die konstruktiven Prinzipien des Blanquischen Sozialismus kennenzulernen.

Horst Stuke

Michail Bakunin, Philosophie der Tat. Auswahl aus seinem Werk. Hrsg. und eingel. von Rainer Beer. - Köln: Hegner 1968. 382 S. = Hegner Bücherei: Philosophische, politische, soziologische Texte. Kart. DM 9,80, Ln. DM 19,80.

Diese kleine Auswahl aus dem umfangreichen Werk Bakunins ist leider nicht dem berühmten und in Deutschland zu Unrecht fast unbekannten Anarchosozialisten gewidmet, sondern verfolgt primär den Zweck, "ein adäquates Bild von Bakunins Spätphilosophie" (!) zu vermitteln und darüber hinaus "treibende Momente sichtbar" zu machen, "die eine neue, bis zu Hegel nicht explizit gewordene philosophische Thematik freilegen". In einer an präntiösen Formulierungen reichen Einleitung scheut sich der Hrsg. nicht, Bakunin als Philosophen auf eine Stufe mit Hegel, Schelling, Kierkegaard und Nietzsche zu stellen und ihm eine führende Rolle bei jenem seit Löwith vielbeschriebenen "revolutionären Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts" zuzuschreiben. Damit überschätzt er nun aber ohne jeden Zweifel die tatsächliche philosophische Bedeutung und vor allem Originalität Bakunins. Nahezu alles, was Beer als seine originäre philosophische Leistung hervorhebt, ist bereits vor Bakunin von Marx, Feuerbach und den Junghegelianern vollbracht oder gedanklich konzipiert worden. Und es geht nicht an, all das, was in der philosophischen und auch theologischen Auseinandersetzung mit dem jungen Marx an Kategorien, Kriterien, Aspekten, Thesen und Problemen erarbeitet, umrissen und aufgeworfen worden ist, einschließlich der speziellen Terminologie unvermittelt und uneingeschränkt auf Bakunin zu übertragen, so sehr andererseits eine philosophische Analyse von Bakunins Spätwerk an sich zu begrüßen ist. Es kann desgleichen keine Rede davon sein, daß sein brilliant geschriebener Essay "Die Reaktion in Deutschland", der 1842 in Ruges "Deutschen Jahrbüchern" erschien, "nach übereinstimmender Auffassung [?] die bedeutendste Darstellung des geistesgeschichtlichen Selbstverständnisses der Junghegelianer" gewesen sei (S. 37).

Nicht weniger problematisch ist der Titel dieser Auswahl. Von den abgedruckten Texten steht allein der soeben erwähnte Essay (S. 61-96) im Umkreis der seit A. Cieszkowski und M. Hess in der Auseinandersetzung mit der Philosophie des deutschen Idealismus und speziell Hegels sich entfaltenden und durch das Problem der "Verwirklichung der Philosophie" bestimmten Philosophie der Tat. Das angebliche Hauptwerk Bakunins, "Gott und der Staat", das zu seinen bekanntesten und meistgelesenen Schriften zählt (wenngleich es erst nach seinem Tode von Carlo Cafiero und Elisée Reclus veröffentlicht wurde) und mehr als zwei Drittel des vorliegenden Bdes ausmacht (S. 97-315), berührt die eigentliche Thematik nur sporadisch, jedenfalls nicht auf symptomatische Weise. Es ist gewiß ein interessantes, aufschlußreiches und für das Verständnis der philosophischen Grundlagen des Bakuninschen Anarchismus oder überhaupt seiner spezifisch politischen Philosophie (im angloamerikanischen Wortsinn) unentbehrliches Werk. Seine philosophische Substanz ist jedoch vergleichsweise ziemlich dürftig und unterscheidet sich wenig von der jener populärphilosophischen Publizistik, die sich im 18. und 19. Jahrhundert im Gefolge der Aufklärung und der modernen materialistischen und naturwissenschaftlich-monistischen Strömungen entwickelte.

Bei aller Kritik an den philosophiegeschichtlichen Intentionen des Hrsg.s und dem Fehlen einer angemessenen Beachtung der genuin sozialphilosophischen Relevanz des Bakuninschen Anarchismus darf allerdings nicht ver-

gessen werden, daß Beer mit dieser Textauswahl, die zum erstenmal seit Jahrzehnten Bakuninsche Schriften wieder allgemein zugänglich macht, einen - so steht zu hoffen - außerordentlich verdienstvollen Anstoß zu einer intensiven Beschäftigung mit Bakunin und seinem libertären Sozialismus gegeben hat. Um diese zu einem wirklich fruchtbaren Ergebnis zu führen und für die gegenwärtig wieder einmal anstehende Besinnung auf Wesen und Auftrag des Sozialismus nutzbar zu machen, bedarf es freilich am dringendsten einer deutschen Ausgabe jenes Buches, das nun in der Tat von vielen Experten für Bakunins größtes und reifstes Werk gehalten wird: "Gosudarstvennost' i Anarchija" (1873). Es liegt bisher lediglich in einer neueren russischen (1919), einer spanischen (1929) und neuerdings in einer französischen Ausgabe ("Archives Bakounine", Leiden 1967) vor, obwohl sich Marx eingehend mit ihm auseinandergesetzt hat.

Nachzutragen ist noch, daß die Auswahl außer den bereits genannten Schriften ein von Bakunin 1865/66 entworfenes sozialrevolutionäres Programm (S. 316-359) und zwei Briefe aus Irkutsk (vom 8.12.1860) und San Francisco (vom 15.10.1861) enthält. Letztere sollen ein "persönliches Bild von Bakunins bewegtem Leben vermitteln". Alle Texte sind ungekürzt abgedruckt (bei "Gott und der Staat" fehlen allerdings aus dem Anhang die "Philosophischen Betrachtungen über das göttliche Phantom, über die wirkliche Welt und über den Menschen") und im wesentlichen (mit Ausnahme des deutsch geschriebenen Essays von 1842) nach der unvollständigen deutschen Ausgabe von 1921-24 wiedergegeben.

Horst Stuke

Friedrich Albert Lange. Über Politik und Philosophie. Briefe und Leitartikel 1862 bis 1875. Hrsg. und bearb. von Georg Eckert. - Duisburg: Walter Braun Verl. 1968. 707 S. = Duisburger Forschungen, Beiheft 10. Kart. DM 33,-, Ln. DM 39,-.

Friedrich Albert Lange (1828 - 1875) gehörte zu denjenigen deutschen Philosophen, die den Neukantianismus einleiteten und den Materialismus auf das Feld der naturwissenschaftlichen Methode beschränkten. Er wurde von seinen Zeitgenossen aber auch als angesehener Politiker und Publizist geschätzt, der frühzeitig die Bedeutung der sozialen Bewegung erkannte, über die er 1865 das vielbeachtete Werk "Die Arbeiterfrage" veröffentlichte, von dem noch zwei stark erweiterte Auflagen erschienen. Während den philosophischen Arbeiten Langes, besonders seiner "Geschichte des Materialismus" und den "Logischen Studien", noch längere Nachwirkung beschieden war, gerieten seine publizistischen Leistungen als Redakteur der "Rhein- und Ruhrzeitung" sowie als Herausgeber des "Boten vom Niederrhein" und des "Winterthurer Landboten" in Vergessenheit, ebenso wie sein politisches Wollen, das in den Jahren, die der Reichsgründung vorangingen, seinen Höhepunkt fand. Lange gehörte während des preußischen Verfassungskonflikts der Fortschrittspartei an und wirkte für die Einheit Deutschlands unter Führung eines reformierten Preußen in der Tradition des Freiherrn vom Stein und Wilhelm von Humboldts. Als Sekretär der Handelskammer in Duisburg verfolgte er mit Sympathie und persönlicher Anteilnahme die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung, für die er als Mitglied des ständigen Ausschusses des

Vereinstages Deutscher Arbeitervereine sowie als Vorkämpfer der Konsumvereine und als Publizist tätig war. Gedanke und Tat verbanden sich bei ihm zur Einheit. Es ging ihm nicht darum, ein philosophisches System aufzubauen, sondern an der Begründung einer neuen Gesellschaftsordnung, einer sozialen Demokratie freier Menschen, mitzuarbeiten.

Der Nachlaß Langes, der viele Jahre als verschollen galt, wurde 1928 wieder aufgefunden und von der Stadt Duisburg angekauft. Der Hrsg. hat aus der Fülle des vorhandenen Schriftwechsels kennzeichnende Stücke sorgfältig ausgewählt, die durch inzwischen aufgefundene Briefe aus anderen Nachlässen, Archiven und Bibliotheken ergänzt wurden. Zu den wichtigsten Korrespondenten Langes zählen u. a. August Bebel, Louis Büchner, Hermann Cohen, Friedrich Wilhelm Dörpfeld, Friedrich Engels, Adalbert Falk, Ernst Haeckel, Max Hirsch, Georg Jung, Carl Snell, Leopold Sonnemann, Hans Vaihinger, Jakob Venedey, Rudolf Virchow und Guido Weiß. Der größte Teil der hier zum ersten Male veröffentlichten Schriftstücke bietet nicht nur einen Einblick in die Tätigkeit Langes, sondern auch in den Ablauf und die Problematik der Zeitereignisse. Von besonderem Wert erweist sich der Abdruck von 65 bisher unbekannt gebliebenen Leitartikeln F. A. Langes aus dem "Wochenblatt für die Grafschaft Mark" und 58 weiteren Berichten aus der "Rhein- und Ruhrzeitung". Diese Artikel aus den Jahren 1862 bis 1865 geben Auskunft über die politischen Anschauungen des Verfassers. Darüber hinaus aber stellen sie eine wertvolle Quelle zur Geschichte der Demokratie in Preußen dar.

Das Werk erschien als 10. Beiheft der "Duisburger Forschungen", Schriftenreihe für Geschichte und Heimatkunde Duisburgs, und wurde sehr gut ausgestattet. Die einzelnen Briefe sind von Georg Eckert mit den notwendigen Anmerkungen und Kommentaren versehen worden. Ein ausführliches Register erleichtert die Benutzung des Bdes. Es wäre zu wünschen, daß der Hrsg. bald seine Absicht verwirklichen könnte, auch den Briefwechsel Langes mit Salomon Bleuler und anderen Schweizer Freunden sowie die Dokumente seiner publizistischen Tätigkeit als Redakteur des "Winterthurer Landboten" und die Zeugnisse als Sprecher der Züricher Demokratie und Mitglied des Verfassungsrats zu veröffentlichen.

Ernst Schraepler

August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften. Hrsg. von Helmut Hirsch. Mit e. Geleitwort von Willy Brandt. - Köln u. Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1968. 436 S. DM 28,-.

August Bebel, der Mitbegründer und maßgebende Politiker der deutschen Sozialdemokratie, wirkte während seiner über vierzigjährigen Tätigkeit als erfolgreicher Parlamentarier und Führer der stärksten sozialistischen Partei Europas für die soziale und demokratische Emanzipation nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Arbeiterschaft. Da bisher noch keine Biographie über den bedeutenden Organisator und Sozialisten erschienen ist, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen könnte, hat Helmut Hirsch eine übersichtliche Sammlung von Texten aus den Reden und Schriften Bebels zusammengestellt, diese ausführlich kommentiert und in den Rahmen der Zeit eingeordnet. Am Beispiel zahlreicher Urkunden, Briefe, Abhandlungen und

Äußerungen wird die Persönlichkeit und menschliche Grundhaltung des ehemaligen Handwerksmeisters deutlich, der nach einer harten Jugend- und Lehrzeit seine Energie und Leistungsfähigkeit in den Dienst der jungen deutschen Arbeiterbewegung stellte, diese zu einer starken Organisation ausbaute und zu großen Erfolgen führte. Ein Kapitel ist dem eindrucksvollen und überzeugenden Redner gewidmet, der im Parlament von seinen politischen Gegnern gefürchtet wurde und in Massenversammlungen seine Anhänger begeisterte. Es werden u.a. Auszüge geboten aus den Ansprachen über die Haltung der Sozialdemokratie zum Staat der Zukunft, zur Niederwerfung des Boxer- und des Hereroaufstandes, über die Auseinandersetzungen mit Jaurès und die Erklärung auf der deutsch-französischen Verständigungskonferenz.

In dem Abschnitt "Der Popularisator" kommt die weltanschauliche Einstellung Bebels zum Ausdruck, seine Haltung gegenüber kulturellen und religiösen Fragen der Zeit, seine Angriffe gegen die im christlichen Gewande auftauchenden Gegner der Sozialdemokratie, sein Eintreten für die Frauenemanzipation, seine Einstellung zu Wissenschaft, Kunst und Literatur. Schließlich wird der Organisator charakterisiert. Im Mittelpunkt stehen die Ausführungen über Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, die Kontroversen mit dem Freunde Wilhelm Liebknecht, die Einstellung Bebels zur Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften und zur Bezahlung von geistiger Arbeit, seine Ansichten über Doppelmandate und Fraktionsbildung.

Helmut Hirsch hat alle erreichbaren Quellen herangezogen: Neben den Erinnerungen Bebels finden sich zahlreiche Briefe, Reichstags- und Parteitageprotokolle, eine vielseitige Auswahl der Schriften, persönliche Urkunden, Urteile von Freunden und Gegnern über Bebel, aber auch die posthume Würdigung durch Persönlichkeiten, die Bebel nicht mehr gekannt hatten und sich nachträglich mit seinem Wirken auseinandersetzten. So entsteht ein eindrucksvolles Bild der Gesamtpersönlichkeit, deren sachliche Beurteilung in der bisherigen Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung zu kurz gekommen ist. Hirsch geht auch dem Werdegang Bebels nach, erklärt manche Eigenschaften aus der kleinbürgerlichen Herkunft und verweist auf die jeweiligen Situationen, in denen bestimmte Äußerungen gefallen sind. Es werden auch die Schattenseiten im Wesen und Charakter nicht verschwiegen: die Selbstherrlichkeit des Parteiführers, die schulmeisterliche Bevormundung bewährter Mitarbeiter, ein naiver Fortschrittsglaube, der bestimmten negativen politischen Entwicklungstendenzen mit chiliastischen Erwartungen entgegenzutreten zu können glaubte. Ein besonderes Interesse werden aber diejenigen Äußerungen Bebels finden, aus denen hervorgeht, daß manche Probleme der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg auch heute noch von aktuellem Interesse sind.

Ernst Schraepler

Franz Mehring. Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage. Gesammelte Schriften, Bd 8. Hrsg. von Thomas Höhle, Hans Koch und Josef Schleifstein. Mit e. Vorwort von Heinz Helmert. - [Ost-] Berlin: Dietz 1967. 502 S. DM 8,-.

In den vom Ost-Berliner Dietz Verlag herausgegebenen Werken Mehrings enthält der 1967 erschienene 8. Bd eine Reihe seiner militärpolitischen und kriegsgeschichtlichen Schriften. Die hier vereinigten Aufsätze lassen sich in

zwei große Gruppen einteilen. In der ersten finden wir einige "Berliner Briefe" aus der "Neuen Zeit", die Mehring vornehmlich in den 90er Jahren des vergangenen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts verfaßte, ergänzt durch Leitartikel und Aufsätze aus der "Leipziger Volkszeitung", die er zu- meist als ihr Chefredakteur zwischen 1902 und 1907 schrieb und häufig Jah- restagen und Säkularfeiern militärgeschichtlicher Ereignisse widmete (z. B. Jena, 13. Oktober 1906). Zur zweiten Gruppe gehören mehrere größere Ar- beiten, die Mehring zum Teil als Fortsetzungsartikel in der "Neuen Zeit" veröffentlichte. In ihnen untersuchte er prinzipielle Probleme der Kriegs- und Heeresgeschichte und setzte sich mit der zeitgenössischen Militärgeschichts- schreibung auseinander, vor allem mit Hans Delbrück. Am Ende dieser Ar- beiten stehen die von Mehring noch in den ersten Kriegsjahren 1914/15 aus- gearbeiteten Überblicke "Kriegsgeschichtliche Streifzüge" und "Kriegsge- schichtliche Probleme".

Franz Mehring gehörte bekanntlich zu den Theoretikern der deutschen Arbeiterbewegung, die sich ernsthaft mit militärischen Fragen beschäftigten. Dabei mußte er sich energisch gegen all jene behaupten, die - aus welchen Gründen auch immer - dies ausschließlich für eine Sache politisch neutraler Berufsmilitärs oder professioneller Militär-Schriftsteller hielten. Ebenso trat er dem Vorwurf entgegen, eine nüchterne Untersuchung des Krieges, seiner Entwicklung von der Vergangenheit bis in die Zukunft durch sozialisti- sche Schriftsteller bedeute schon, ihn als einen fortwährenden Bestandteil der menschlichen Gesellschaft anzuerkennen.

Anknüpfend vor allem an die Schriften von Friedrich Engels - wegen seines starken Interesses für militärische Dinge im Freundeskreis meist "General" genannt -, verfocht Mehring mit Nachdruck die Überzeugung, daß nur eine klare Einsicht in die Ursachen und Bedingungen des Krieges die Arbeiterklasse befähige, erfolgreich für den Frieden zu kämpfen. "Denn um gegen den Krieg einen siegreichen Krieg zu führen, muß man doch vor allen Dingen wissen, was der Krieg ist", schrieb er noch in den ersten Kriegs- monaten 1914. Für Mehring war der Krieg niemals ein "isolierter Akt", der aus dem normalen Verlauf der Dinge herausfiel, sondern eine unzertrennliche Begleiterscheinung "jeder auf Klassengegensätzen aufgebauten Gesellschaft", eine Entladung historischer Gegensätze. Wenn also der Krieg immer nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln darstellt - so meinte er, indem er sich auf Clausewitz bezog -, ergibt sich daraus, daß die politische Ent- wicklung während eines Krieges niemals stillsteht. Wenn auch auf Klassen- und Parteienkampf während des Krieges freiwillig oder gezwungenermaßen verzichtet werden müsse, so dauere er allein schon dadurch fort, daß sich unter den Einwirkungen des Krieges die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Klassen und Parteien in beträchtlicher Weise verschieben. Denn die einen würden an äußerer und innerer Kraft gewinnen, die anderen aber im gleichen Maße verlieren, was nach Kriegsende sofort in Erscheinung träte, wenn der Klassen- und Parteienkampf von neuem beginnt.

Mehring hielt es deshalb für eine Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, dank der historischen Schulung, die sie durch ihre großen Vorkämpfer erhal- ten habe, das Wesen des Krieges richtig zu erkennen und alles zu vermei- den, was über ihn als "eine unvermeidliche Erscheinung der heutigen Gesell- schafts- und Staatsordnung" hinausreicht. Mit dieser Bemerkung wandte er sich vor allem gegen die systematische Hetze der "national gesinnten" Presse

und das geradezu unverantwortliche Drauflosschwadronieren einiger Professoren gegen die mit Deutschland im Krieg befindlichen Staaten. Zwar war sich auch Mehring darüber klar, daß in einem die menschlichen Leidenschaften bis auf den Grund aufwühlenden Krieg diese Dinge gewiß nicht von einem zimperlichen Standpunkt aus betrachtet werden konnten, doch das "afterpatriotische Treiben" jener Schreier, die sich hinter dem Ofen so "trutziglich" gebärdeten, dieses Erwecken des "blutdürstigen Tigers" des Nationalitätenhaders (Lassalle) hielt er nicht nur für eine Dummheit, sondern schlichtweg für ein Verbrechen, weil es verhängnisvolle Auswirkungen auf das Bewußtsein der eigenen Nation, aber auch auf die Haltung der Neutralen haben mußte. Sätze wie: "Wir halten den Krieg nicht für beendet, ehe nicht England zerschmettert und vor allem in seinem innersten Bewußtsein gedemütigt uns zu Füßen liegt. Wollte man England einen ehrenvollen Frieden bewilligen, ich glaube fast, das könnte selbst das ruhige deutsche Volk zur Revolution treiben" (Werner Sombart) würden, so meint Mehring wohl nicht zu Unrecht, Männer wie Clausewitz und Bismarck veranlaßt haben, ihren Verfasser als reif für das Tollhaus zu erklären. Denn selbst inmitten des heftigsten Krieges müsse an die geistigen Führer der Nation die Forderung gestellt werden, die die zivilisierten Nationen miteinander verknüpfenden Bande nicht mehr zu lockern, als dies der Kriegszweck unbedingt erfordert.

Wie schon gesagt, versuchte Mehring mit seinen militärhistorischen Arbeiten das Verständnis innerhalb der Arbeiterbewegung für das Wesen und die Entwicklungsgesetze des Krieges zu erwecken. Meist schrieb er sie, um auf die sich aus dem Verhältnis des Sozialismus zum Krieg ergebenden Fragen eine Antwort unter historischen Gesichtspunkten zu finden. Dabei wußte er um die Fallstricke, die auf dem Weg einer gründlichen Untersuchung des Phänomens Krieg und der Würdigung seiner historisch-politischen Rolle lagen. So schrieb er einmal: "Die eigentümliche Schwierigkeit der Aufgabe, die hier zu lösen ist, besteht darin, daß sie die Dinge erkennen soll, wie sie sind, ohne daß die Erkenntnis der Dinge je die Grenze überschreitet, wo sie sich in eine Anerkennung verwandelt." Diese Maxime bestimmte seine Forschungen nach den Ursachen und Folgen des Krieges, die er als einer der Führer der Linken der deutschen Sozialdemokratie natürlich vom historisch-materialistischen Standpunkt aus betrieb. Selbst wenn man glaubt, in dieser oder jener Frage Franz Mehring nicht zustimmen zu können, bleibt es einfach ein Genuß, diese Schriften zu lesen, weil sie, in teilweise brillantem Stil, eine wahre Fülle von Anregungen bieten, manche historischen Ereignisse in anderem Licht zu sehen und seine Erkenntnisse jetzt, mehr als ein halbes Jahrhundert später, neu zu durchdenken.

Hans J. Reichhardt

Karl Kautsky. Texte zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie 1891-1925. Eingel. und hrsg. von Albrecht Langner. - Köln: Hegner 1968. 339 S. = Hegner-Bücherei: Philosophische, politische, soziologische Texte. Kart. DM 8,80, Ln. DM 15,80.

Über das Wesen eines Parteiprogramms schrieb Kautsky 1934: "Es ermöglicht den Aufbau einer machtvollen Partei aus zahlreichen Personen, ... und es bringt in das chaotische Durcheinander von Einzelwillen Einheitlich-

keit des Handelns." Die Doppelfunktion eines organisatorischen und ideologischen Integrationsfaktors erfüllte vor allem das Erfurter Programm, mit dem der Marxismus für die SPD seine über Jahrzehnte hinweg verbindliche Fixierung erhielt. Zwar vermied das Görlitzer Programm von 1921 die marxistische Terminologie weitgehend und begriff sich wesentlich als "Gegenwartsprogramm", doch blieb die SPD auch weiterhin auf dem "Boden der soziologischen Entwicklungslehre, wie Marx und Engels sie ausgearbeitet haben und die den Einleitungssätzen des Erfurter Programms zugrunde liegt" (Bernstein). Das Heidelberger Programm von 1925 lehnte sich dann nicht nur terminologisch, sondern auch in seiner ökonomischen Analyse wieder eng an Erfurt an.

Verständlicherweise hat der Erfurter Text die nach Umfang und Konzentration stärkste Kommentarliteratur hervorgerufen. Der bedeutsamste und bis 1933 in 14 Auflagen verbreitete Kommentar stammt von Kautsky, der sich damit gewissermaßen als der Marx-Exeget der Partei etablierte. Der Hrsg. des hier anzuzeigenden Textbändchens präsentiert den von Kautsky selbst gekürzten Kommentar zum Prinzipienteil des Erfurter Programms, der 1892 in der zusammen mit Schönkank veröffentlichten Broschüre "Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" erschien. Außerdem bietet Langner noch einige Kapitel aus dem 1891 in der "Neuen Zeit" veröffentlichten Programm-entwurf und eine Reflexion Kautskys hierzu aus dem Jahre 1931. Über die Notwendigkeit eines Neuabdrucks der Erfurter Texte läßt sich streiten, da Kautskys umfassender Kommentar seit 1964 in einer wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Neuauflage einem breiten Leserkreis zur Verfügung steht (Dietz, Hannover). Weniger bekannt und schwerer zugänglich sind Kautskys Kritik am Görlitzer Programm ("Die proletarische Revolution und ihr Programm", Berlin-Stuttgart 1922), von der L. den ersten Teil in seinem Bd abdruckt, sowie Kautskys Heidelberger Kommentar (in "Das Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen", Berlin 1925), der in Verbindung mit dem Programm trotz mancher über Erfurt hinausgehender theoretischer Neubewertungen insgesamt doch den Versuch darstellt, "die Erfurter Tradition zu restaurieren".

Dem Anspruch, mit dem Textbändchen wissenschaftlichen Zwecken sowie der politischen Bildungsarbeit zu dienen, dürfte der Hrsg. vorrangig im Hinblick auf letztere Zielsetzung genügt haben. Für diese praktische Aufgabe hätte es sich jedoch empfohlen, wenn den Programmkomentaren jeweils die entsprechenden Programmtexte beigelegt worden wären.

Ursula Ratz

Rosa Luxemburg. Politische Schriften. Hrsg. und eingel. von Ossip K. Flechtheim. Bd 3. - Frankfurt/M., Wien: Europ. Verlagsanstalt u. Europa Verl. 1968. 157 S. = Politische Texte. Kart. DM 12,-, Ln. DM 18,-.

Der 3. Bd der von Ossip K. Flechtheim herausgegebenen politischen Schriften Rosa Luxemburgs ist jetzt erschienen.¹ Er enthält die bekannte

¹ Vgl. die Besprechung der beiden ersten Bde in IWK, Heft 4, S. 82 f.

Auseinandersetzung Luxemburgs mit Lenins Parteitheorie, den Aufsatz "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie", der zuerst 1904 in der "Neuen Zeit" erschien, und die wohl scharfsinnigste und noch heute gültige Analyse und Kritik der bolschewistischen Revolution in dem nicht vollendeten Manuskript "Die russische Revolution", das Paul Levi nach einer fragmentarischen Abschrift 1922 veröffentlichte und das Felix Weil 1928 in Grünbergs "Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung" ergänzte. Beide Schriften sind bekannt und Gegenstand eingehender wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzung, so daß es sich erübrigt, hier näher auf sie einzugehen. Das "Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution", ebenfalls zuerst 1928 in Grünbergs Archiv publiziert, ergänzt einige der in den beiden vorhergenannten Arbeiten aufgeworfenen Fragen, ist im ganzen aber nicht sehr ergiebig.

Äußerst dankbar sind wir Flechtheim dafür, daß er uns den Artikel "Der Partei 'Proletariat' zum Gedächtnis", der ursprünglich Anfang 1903 in der polnischen Zeitschrift "Przegląd Socialdemokratyczny" erschien, in deutscher Sprache zugänglich macht. Der Aufsatz kann gerade in unseren Tagen, in denen fast jede politische Studentengruppe von sich behauptet, "marxistisch", "sozialistisch" und "revolutionär" zu sein, dazu beitragen, gesellschaftspolitische Positionen zu klären. Flechtheim empfiehlt diese "Kritik der revolutionären Ungeduld der von den Massen isolierten Führer" der Lektüre jener jungen Rebellen, die meinen, Reform und Konzession seien nur ein Alibi.

Wir sehen aus dem Artikel, der zur Erinnerung an die Hinrichtung von vier Führern der ersten polnischen sozialistischen Organisation "Proletariat" geschrieben wurde, daß Rosa Luxemburg ihre spätere Kritik an den Bolschewiki und an ihrer Revolutionspraxis spätestens 1902 vorgedacht und vorformuliert hatte. Immer wieder betont sie, daß die sozialistische Revolution nicht möglich sei, ohne daß die bürgerliche Gesellschaft bestimmte Entwicklungsphasen durchlaufen habe. Die bürgerliche Gesellschaft müsse einen ökonomischen und politischen Entwicklungsstand erreicht haben, der die Einführung sozialistischer Institutionen ermögliche. Zugleich werde das Proletariat sich seiner revolutionären Aufgabe bewußt, um sich klassenmäßig zu orientieren. Indem das Proletariat für demokratische Bedingungen im bürgerlichen Staat kämpfe, organisiere es sich selbst als Klasse und erlange Klassenbewußtsein. Demokratisierung des Staates, Kampf um die Hebung des geistigen und materiellen Niveaus der Arbeiterklasse und die Organisation der Arbeitermassen zu einer politischen Partei gingen so Hand in Hand. Der Terror lasse sich nicht mit dem Massenkampf verbinden, erschwere und gefährde ihn vielmehr. Außerhalb dieses konkreten Klassenkampfes sei der Sozialismus nicht realisierbar, auch nicht "durch die Propaganda des genialsten Schöpfers einer sozialistischen Utopie noch durch Bauernkriege oder revolutionäre Verschwörungen" (S. 561). Genau dies wirft Luxemburg aber der Partei "Proletariat" vor: daß sie durch ihre Verbindung mit den russischen terroristischen Narodniki zu einer blanquistischen Organisation geworden sei. Durch die Aufstellung kleiner Verschwörergruppen und die Anwendung von Terror habe sich die ursprünglich sozialdemokratische Gruppe von den Massen isoliert, habe sie die allein relevante ökonomische und gesellschaftliche Basis verlassen. Diese blanquistische Taktik habe den Grundsatz, "die Befreiung der Arbeiter soll das Werk der Arbeiter selbst sein", verwandelt in den Grundsatz, "die Befreiung der Arbeiter soll das Werk einer Handvoll Verschwörer sein" (S. 64). Der Blanquismus lieferte - so Luxemburg - "ein

Rezept zur Durchführung der Revolution unter beliebigen Bedingungen und zu jeder Zeit, d.h. er ignorierte alle konkreten historisch-sozialen Bedingungen" (S. 47).

Dem Bd ist wiederum eine Einleitung des Hrsg.s vorangestellt. Mit Sympathie vermerkt Flechtheim hier, daß man bei Rosa Luxemburg Ansätze zu einer Politik der Gewaltlosigkeit, etwa in ihrer Propagierung des Massenstreiks, entdecken könne. Den Abschluß des Buches bildet ein Namensregister für alle drei Bde der Ausgabe. Eine kurze, ausgewählte Bibliographie der Werke Luxemburgs und einiger weniger Titel der Sekundärliteratur ist angefügt, kann allerdings kaum befriedigen. So fehlt z.B. der ganz zentrale Briefwechsel Rosa Luxemburgs mit Jogiches, den Feliks Tych in hervorragender Weise ediert. Auch wird das Auswahlprinzip und die Zusammenstellung der in den drei Bden publizierten Schriften nicht ganz deutlich. Gleichwohl ist es das große Verdienst Flechtheims, endlich einem breiten Leserkreis die Schriften Rosa Luxemburgs zugänglich gemacht zu haben. Man kann über sie jetzt nicht mehr nur reden, sondern muß sie endlich lesen.

Peter Lösche

LUXEMBURG, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. - Frankfurt/M.: Verl. Neue Kritik 1966. 446 u. 120 S. = Archiv sozialistischer Literatur, Bd 1. DM 28,-.

LUXEMBURG, Rosa: L'accumulation du capital. Hrsg. u. übers. von Irène Petit. - Paris: F. Maspero 1967. 301 u. 238 S. = Bibliothèque Socialiste, 11. F 18,80 u. F 15,40.

Es kann hier nicht der Ort sein, jene Arbeit Rosa Luxemburgs, die man mit Recht als ihr wissenschaftliches Hauptwerk bezeichnet hat und in der sie sich mit den Problemen der imperialistischen Politik und ihren ökonomischen Wurzeln auseinandergesetzt hat, zu würdigen. Die Leser dieser Zeitschrift seien lediglich auf das verdienstvolle Unternehmen des Frankfurter Verlages "Neue Kritik" hingewiesen, dieses aus den Vorlesungen der sozialistischen Theoretikerin an der Berliner Parteischule hervorgegangene Werk im unveränderten Nachdruck der Erstausgabe von 1913 einem größeren Kreis Interessierter zu einem relativ niedrigen Preis zugänglich zu machen. Dankbar stellt der Leser fest, daß die Hrsg. die Kritik Rosa Luxemburgs an ihren austromarxistischen Kritikern - Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben -, die sie während ihres Aufenthaltes im Gefängnis abfaßte und die 1921 zum ersten Mal veröffentlicht wurde, ebenfalls in diesen handlichen Bd aufgenommen haben.

Zur gleichen Zeit sind diese beiden Schriften Rosa Luxemburgs zum ersten Mal vollständig in französischer Übersetzung erschienen. Bisher lag nur eine Zusammenfassung der "Akkumulation des Kapitals" und eine Übersetzung des ersten Abschnitts dieser Schrift auf französisch vor. In einer kurzen und klaren Einleitung weist die Hrsg.in auf die Aktualität der "Akkumulation" in der gegenwärtigen Kapitalismuskritik hin.

Peter Lösche

LANDAUER, Gustav: Aufruf zum Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Heinz-Joachim Heydorn. - Frankfurt/M., Wien: Europ. Verlagsanstalt u. Europa Verl. 1967. 195 S. = Politische Texte. Kart. DM 12,-, Ln. DM 18,-.

Der "Aufruf zum Sozialismus" (1911 in erster Auflage) entstand aus einer Vortragsreihe. Von Berlin aus entfaltete Gustav Landauer eine rege Agitationstätigkeit zur ideologischen Festigung des von ihm 1908 gegründeten "Sozialistischen Bundes", der sich schon bald eines schnellen organisatorischen Wachstums erfreute. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung (1911) existierten in den Zentren des Reiches (und in der Schweiz) neunzehn "ausdrücklich konstituierte" und "eine größere Anzahl ungenannte Gruppen". Die Versammlungen waren stark besucht, und hier fand Landauer ein interessiertes Publikum, das er mit seiner Marxismus-Kritik und der Kritik an der Sozialdemokratie konfrontierte.

Landauer vereinigte insgesamt sieben Vorträge und "Die 12 Artikel des Sozialistischen Bundes" (vom 14. Juni 1908) zum "Aufruf". Der Hrsg., Heinz-Joachim Heydorn, stellt der Schrift die Vorbemerkungen Landauers zur ersten und zur zweiten Auflage (1919) voran und leitet die Edition mit einem Vorwort ein, in dem er sich Landauers Biographie zuwendet, dessen Gedanken zum Judentum erläutert ("Weil das Judentum Landauers für sein Gesamtwerk eine entscheidende und gewußte Bedeutung hat, ist ohne diesen Ausgangspunkt keine Analyse seiner Auffassung möglich. Die kollektive Erfahrung des Geschlechts, die für sein Denken eine so große Rolle spielt, ist nicht zuletzt eine spezifisch jüdische Erfahrung." S. 28) und schließlich Landauers Gesamtwerk einer kritischen Würdigung unterzieht. In seinem Werk bleibe der Gedanke, "daß nur so viel Humanität in der Zukunft sein kann, wie heute bereits bezeugt wird, daß das Zukünftige in uns schon werden muß, bevor es ist" (S. 44); ferner bleibe der Räte-Gedanke "als Beispiel der Demokratie von unten" (S. 45); "entscheidend bleibt schließlich der Gedanke, daß sich der Geist permanent setzen, daß alles Erreichte dem radikalen Zweifel unterworfen werden muß" (S. 46).

Den ersten Vortrag leitet Landauer mit seiner Definition des Sozialismus ein ("ein Bestreben, mit Hilfe eines Ideals eine neue Wirklichkeit zu schaffen", die "Wirklichkeit des Neuen" werde anders sein als das Ideal war, "ihm ähnlich, aber nicht gleich". S. 58 f.). Der zweite Vortrag enthält Landauers Reflexionen über die Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung. (Wir seien "das Volk des Niederganges", das aber wieder aufwärts schreiten könne durch den einzigen "Geist der Gerechtigkeit in den irdischen Dingen des Gemeinschaftslebens", wir seien das Volk, das nur zur Kultur zu bringen ist durch den Sozialismus. S. 67 f.) Die Kennzeichnung unserer Zeit "zwischen den Zeiten" steht im Mittelpunkt des dritten Vortrags. (Ein verbindender Geist, der die Menschen "von innen her zum Zusammenarbeiten in den Dingen der Gemeinsamkeit, der Herstellung und Verteilung der gebrauchten Güter" treibt, existiere nicht, S. 68. - Die Menschen arbeiten auf eine Weise, "die sie freudlos und stumpf macht". S. 70. - Um in dieser "Geistlosigkeit, diesem Unsinn, diesem Wirrwarr, dieser Not und Verkommenheit Ordnung und Möglichkeit des Weiterlebens" zu schaffen, sei der Staat da, an die Stelle des "Geistes" ist der Staat getreten. Die Nation "als natürlicher Zwang der geborenen Gemeinschaft" in der Verquickung mit dem Staat sei eine "künstliche Roheit und boshafte Dummheit", ein "Ersatzmittel" für "Volks- und Gemeinschaftsgeist". S. 72 f.)

Der vierte Vortrag bildet das Kernstück des "Aufrufs" mit einer Kritik an der Marxschen Lehre. Die Wissenschaft des Marxismus behaupte, die Zukunft zu kennen, zu wissen, welchen Weg die Zustände, die Produktions- und Organisationsformen nehmen würden, aber die Geschichte und die Nationalökonomie seien keine Wissenschaft. ("Die in der Geschichte wirkenden Kräfte können nicht wissenschaftlich formuliert werden, ihre Beurteilung wird immer eine Schätzung sein". S. 80 u. S. 82.) Aus den großen Schriften der politischen Ökonomen habe der Marxismus "eine Karikatur, eine Fälschung" gemacht, er versuche, "den Strom, der vom Staat... wegführt, hin zu Bündeln der Freiwilligkeit und des gemeinsamen Geistes..., wieder zurückzubringen zum Staat und zum Ungeist all unserer Einrichtungen des Mit-lebens..." (S. 89). Die Marxsche "Fortschrittslaufbahn" der Völker vom Mittelalter über die Gegenwart in die Zukunft bezeichnet Landauer als "exemplarischen Unsinn". Der "wahren Lehre" von Marx, die besagt, daß mit dem völligen Sieg des Kapitalismus über die "Reste des Mittelalters" der Fortschritt besiegelt und der Sozialismus "so gut wie da" sei, diesem "Kapitalsozialismus" stellt Landauer seinen "Sozialismus" gegenüber, das Neue, das sich gegen den modernen Staat und den modernen Kapitalismus erhebe (S. 90 ff.), ein Sozialismus, der seiner Möglichkeit nach gar nicht von irgendeiner Form der Technik und der Bedürfnisbefriedigung abhängt und zu allen Zeiten möglich ist, "wenn eine genügende Zahl Menschen ihn will" (S. 108). Landauer übt nebenher Kritik am Proletarier, dem "geborenen Philister" (S. 102), und an der marxistischen Krisentheorie (S. 103 f.).

In seinem fünften Vortrag vertieft er diese Kritik an den Hauptthesen des Marxismus und leitet mit den Fragen "Wie also beginnen wir? Wie kommt der Sozialismus?" auf seine Sozialismus-Theorie über. Besonders im sechsten und siebenten Vortrag geht er auf die Lehre von Pierre Joseph Proudhon ein. ("Der Mann Proudhon, der wußte, was wir Sozialisten heute wieder wissen: der Sozialismus ist zu allen Zeiten möglich und ist zu allen Zeiten unmöglich. ... Statt auf Pierre Joseph Proudhon, den Mann der Synthese, hat man auf Karl Marx, den Mann der Analyse, gehört und hat damit die Auflösung, die Zersetzung, den Verfall weiter gewähren lassen". S. 146.) Was hier nicht zum Ausdruck kommt, hat Landauer an anderer Stelle über sein Verhältnis zur Lehre Proudhons gesagt: Mit dessen "Anschauungen und Tendenzen" habe er "nichts zu tun", er sei aber erfreut, "daß da so ein total anderer zu so ähnlichen Resultaten gekommen war". Proudhon, so bekannte Landauer, habe er erst kennengelernt, als er bereits "fertig" gewesen sei.

Landauers "Aufruf zum Sozialismus" in die "Politischen Texte" aufzunehmen, verpflichtet zu Dank an die Hrsg. der Reihe. Wer sich in Landauers Gedankenwelt einmal vertieft hat, der wird versuchen, sein Gesamtwerk kennenzulernen, zumal der "Aufruf" nur einen kleinen Ausschnitt aus der breiten Skala seiner Ideen zu bieten vermag. Eine Neuauflage seines Gesamtwerkes, vor allem die Sammlung seiner zahlreichen Artikel aus der Münchener Zeit 1918/19, bleibt zu wünschen übrig. - Heydorns Edition mangelt es an einem fundierten kritischen Anmerkungsapparat, der mehr zu bieten hat als nur ein Dutzend biographischer Hinweise und die Übersetzung einiger Fremdwörter. Dem Studierenden wäre hiermit ein großer Dienst erwiesen.

Ulrich Kluge

Walther Rathenau. Tagebuch 1907-1922. Hrsg. und komment. von Hartmut Pogge-v. Strandmann. Mit e. Beitrag von James Joll und e. Geleitwort von Fritz Fischer. - Düsseldorf; Droste 1967. 319 S. DM 26,-.

Die vorliegende Edition der Tagebücher Walther Rathenaus beruht auf einer 1930 in geringer Zahl gedruckten Ausgabe. Die Materialien dafür wurden - wie der Hrsg. vermutet - von der Schwester Rathenaus zusammengestellt. Da der schriftliche Nachlaß Rathenaus mit großer Wahrscheinlichkeit während des letzten Weltkriegs verloren ging, kommt der Neuausgabe dieser Tagebücher erhebliche Bedeutung zu. Sie umfassen die Notizen, die Rathenau auf einer Reise mit Dernburg, dem Staatssekretär des Reichskolonialamtes, durch deutsche Kolonien in Afrika für Gutachten an die Reichsregierung niederschrieb; Tagebuchnotizen aus den Jahren 1911-1914, in denen die ganze Breite gesellschaftlicher und politischer Kontakte Rathenaus deutlich wird; ausführliche Aufzeichnungen vor allem über politische Gespräche und Verhandlungen des Unternehmers und Politikers Rathenau aus den Jahren 1915 bis 1922. Die Tagebücher werden vom Hrsg. ausführlich kommentiert; zu zahlreichen Ereignissen wird weiterführende Literatur angegeben. Ein umfangreiches Personenregister vervollständigt diese sehr gut benutzbare und informative Edition.

Im Geleitwort Fritz Fischers, in der biographischen Skizze James Jolls und im Epilog des Hrsg.s werden aus unterschiedlichen Zugängen verschiedenartige Wertungen der politischen und wirtschaftlichen Ideen Rathenaus entwickelt. Fischer reißt mit den Mitteleuropaplänen Rathenaus und seiner Tätigkeit als Organisator der Kriegswirtschaft vor allem dessen Zugehörigkeit zum Wilhelminischen Imperialismus an. James Joll greift neben der Persönlichkeitsstruktur und der politischen Tätigkeit Rathenaus dessen staatskapitalistische Pläne auf. Für Joll spiegelt sich darin nicht nur die Interessenlage Rathenaus als Unternehmer - und damit als Gegner der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften - wider; er bemängelt auch den fehlenden politischen Realismus Rathenaus, seine Skepsis, wenn nicht Gegnerschaft gegenüber der Parlamentarischen Demokratie, seinen Hang zu Staatsideen des frühen 19. Jahrhunderts und gleichzeitig zur Konzeption des Volksstaats und der organischen Gemeinschaft, zur Konzeption seiner eigenen Mörder. Ohne diesen Aspekt zu unterschlagen, kommt Pogge-v. Strandmann zu einem positiveren Bild des Rathenauschen Staatskapitalismus. "Sozialistische Einfärbungen" scheint er vor allem dort zu sehen, wo Rathenau eine breitere Einkommensstreuung und größere Aufstiegsmobilität fordert. Auch die Haltung Rathenaus zur Parlamentarischen Demokratie dürfte aus der Sicht Pogge-v. Strandmanns deshalb offener erscheinen, weil er ihn weit mehr aus seiner eigenen Zeit heraus, als "Wilhelminist", interpretiert und damit die Kritik Rathenaus am Wilhelminischen Herrschaftssystem und an der Wilhelminischen Gesellschaftsstruktur weit stärker gewichtet.

Hartmut Kaelble

NA' AMAN, Shlomo: Ferdinand Lassalle - Deutscher und Jude. Eine sozialgeschichtliche Studie. - Hannover 1968. 151 S. = Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung "Deutsch-jüdisches Gespräch". Wird von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung (3 Hannover, Hohenzollernstr. 46) kostenlos abgegeben.

Herausgeberschaft und geringer Umfang dieser Studie legen die vordergründige Vermutung nahe, es handele sich um eines von vielen handlich abgekürzten Lebensbildern mit eher didaktischem als wissenschaftlichem Inhalt. Eine angenehme Überraschung wird den wissenschaftlich interessierten Leser treffen, wenn er dennoch zur Lektüre greift. Zwar geht Na'aman in den biographischen Details kaum über das hinaus, was seit Hermann Onckens klassisch gewordener Biographie (1. Auflage 1904) und Gustav Mayers Nachlaßausgabe (1925) über Lassalle bekannt ist. Dennoch gelingt es dem Vf., ein neues und offenbar treffendes Lassalle-Bild zu zeichnen, das die älteren Vorstellungen vom "Ephraim Gescheit" und vom "Arbeitermessias" mit den Aristokraten-Allüren nicht einfach beiseiteschiebt, sondern dialektisch aufhebt im Bilde des Juden in "Fechterstellung", im Bilde eines potentiellen deutschen "Trotzki" der Jahre vor der Reichsgründung. Na'aman schreckt nicht davor zurück, den Gründer der deutschen Sozialdemokratie einmal "asozial" zu nennen. Doch bei aller Kühle und Distanz gegenüber dem Lassalleschen Charakter bleiben Sympathie und Einfühlung in die Psychogenese des "exzeptionellen Zeitgenossen" deutlich spürbar, ja, sie werden sogar den negativen Helden der Lassalle-Tragödie, der Helene von Dönniges und dem Janko von Rackowitz, zuteil. Na'aman nennt seine Studie "sozialgeschichtlich". Das bleibt mißverständlich trotz einer ausführlichen einleitenden Definition. Die Studie ist vielmehr sozial- und individualpsychologisch angelegt. Damit läßt sie sich als kleines Parallelwerk zu Arnold Künzlis umstrittener Karl-Marx-Psychographie deuten. Freilich meidet Na'aman die Überzeichnungen Künzlis. Er verläßt sich auf das solide Werkzeug des Historikers und hält sich von weitreichenden Spekulationen fern, ohne umgekehrt in eine allzu detaillierte historische Kasuistik einzusteigen.

Hervorragend ist die reiche Verarbeitung der jüdischen und hebräischen Literatur über Lassalle, die eigens in einer Bibliographie aufgeführt wird. Die allgemeinere Literatur findet sich dagegen nur mit ihren wichtigsten Titeln in Fußnoten angemerkt. Darüber hinaus lebt der wohlformulierte Text von einem jahrelangen, tief verarbeiteten Studium zahlreicher Desiderata über Lassalles Leben, ohne daß darauf im einzelnen durch Belege verwiesen würde. Der wissenschaftliche Apparat konnte folglich übersichtlich bleiben und orientiert zuverlässig über die wichtigste Literatur. Den hundert Seiten klar gegliederten Textes folgt ein Anhang mit Auszügen aus dem Tagebuch des jungen Lassalle, Fundstellen aus dem Nachlaß und dem literarischen Werk vom "Sickingen" bis zur sogenannten "Solinger Heerschaurede".

Gerhard Beier

KALZ, Wolf: Gustav Landauer. Kultursozialist und Anarchist. - Meisenheim am Glan: Verl. A. Hain 1967. X, 161 S. = Schriften zur politischen Wissenschaft, Bd 6. DM 18,80.

Mit dieser Studie wird erstmals der Versuch unternommen, das politische Gesamtwerk Gustav Landauers umfassend darzustellen. Im ersten Abschnitt des Buches, "Die soziale Ordnung des Landauerschen Sozialismus", beschäftigt sich der Autor mit der Gemeindeverfassung und der sozialistischen Siedlung in der Theorie Landauers, mit Boden- und Eigentumstheorie, mit allgemeiner Wirtschaftstheorie und mit der Landauerschen Betrachtung zum Wirtschaftsprozeß. Der zweite Abschnitt, "Die Revolution", umfaßt Landauers Auseinandersetzungen mit den politischen Mächten seiner Zeit (Marxismus, Sozialdemokratie, Staat und Kapitalismus), ferner eine Darstellung des "Sozialistischen Bundes" als Wegbereiter der sozialen Revolution sowie Landauers Theorie der Revolution (mit einer Betrachtung der politischen Theorie des Franzosen Étienne de la Boétie, 1530 - 1563, den Landauer den "jugendlichen Präzeptor aller Revolutionäre" nannte). Weiterhin geht der Autor auf Landauers politische Theorie unter dem Einfluß der Revolution 1918/19 und auf seine Rolle als Politiker während der Münchener Revolution (gemeint ist die Zeit der "zweiten Revolution" 1919) ein. Den dritten Abschnitt widmet Kalz dem "Selbstverständnis des Landauerschen Sozialismus" und seinen Auseinandersetzungen mit dem Anarchismus. Er macht einige Bemerkungen über das Fehlen einer anarchistischen Partei und über die anarchistische Theorie im Sozialismus Landauers, charakterisiert den Begriff und das Ziel dieses Sozialismus und den Weg zu seiner Verwirklichung und betrachtet abschließend Individuum und Gemeinschaft in diesem Sozialismus. Der vierte und letzte Abschnitt faßt die Ergebnisse, zu welchen der Autor gelangt ist, zusammen; er fragt nach der Originalität der Landauerschen Lehre und analysiert Landauers Verhältnis zu Proudhon, Kropotkin, Bakunin, Tolstoj, Fichte und Goethe. Abschließend erörtert Kalz folgende Fragen: die allgemeine Einordnung Landauers, Landauer als Politiker und politischer Theoretiker, seine Utopie, seine Anthropologie sowie die Realisierbarkeit seines Sozialismus.

Zum politischen Praktiker wurde Landauer erst wenige Monate vor seinem gewaltsamen Tode (Anfang Mai 1919), als er auf Bitten Eisners nach München kam (November 1918), um durch "rednerische Betätigung an der Umbildung der Seelen mitzuarbeiten" (S. 71). Der Sturz der Monarchie in Bayern bot Landauer möglicherweise die Chance, unter der Protektion Eisners zumindest einen Teil seiner Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. So dürfte im Buch von Kalz das fünfte Kapitel des zweiten Abschnitts über Landauer "als Politiker während der Münchener Revolution" das meiste Interesse finden. Welche Taktik schlug Landauer ein? Mit welchen Mitteln und mit Hilfe welcher politischen Gruppen versuchte er, seine Ideen zu realisieren? Welchen Widerhall fanden seine Ideen?

Es sollte sich sehr bald herausstellen, daß Landauer keine einflußreiche Gruppe im politischen Leben der bayerischen Hauptstadt repräsentierte, daß ihn Unabhängige und Spartakisten nicht akzeptierten. Mit Eisner entzweite er sich bald, als dieser sich für die Einberufung des bayerischen Landtags - und damit gegen die Einführung des Räteregimes - entschied. (Daß Eisner

diese Einberufung aus realpolitischen Gründen betreiben mußte, entgeht Kalz allerdings.) In den Gegensatz zu den Spartakisten geriet Landauer, als er für die Abschaffung des Proletariats durch tiefgreifende soziale Reformen plädierte. Die Feindschaft zwischen ihm und den Sozialdemokraten sowie den Repräsentanten der bürgerlichen Parteien wuchs bedenklich, bald war er den bürgerlichen Zeitungen "ein so verhaßtes Angriffsobjekt wie Eisner". Landauer resignierte angesichts des Sieges der bürgerlichen Parteien in Bayern, indem er feststellte, die Revolution sei auf allen Gebieten "total in den Sumpf gekommen". Er sei wieder fast so einsam wie vor der Revolution, "am Werk sehe ich nur hilflose Verkehrtheit und Gemeinheit", alle sehen sie "vor Marxismus keine Wirklichkeiten" mehr (S. 77). Wesentlich zu seiner Isolierung trug die Tatsache bei, daß er mit Mühsam und Toller, den Mitgliedern der Münchener Gruppe des "Sozialistischen Bundes", keine gemeinsame politische Plattform fand. (Landauer stimmte schließlich gegen Mühsams Antrag vom 28. Februar 1919, Bayern sofort zur sozialistischen Räterepublik auszurufen. S. 80.) Der Plan Otto Neuraths, den Kommunisten ein abgegrenztes Gebiet in Bayern zum Zwecke der "Vollsozialisierung" zu überlassen, in dem sie - im vollkommenen Besitz der Wirtschaftsgewalt - ihre propagierten Sozialisierungspläne realisieren können, verschaffte Landauer noch einmal Auftrieb, sah er doch in den geplanten Siedlungen die Möglichkeit, daß sich dort "revolutionäre Keimzellen" bilden könnten (S. 82). Die Ereignisse überstürzten sich, die Räterepublik wurde ausgerufen, Landauer erhielt den Posten eines Volksbeauftragten für Volksaufklärung. In seiner Rolle als verantwortlich handelnder Politiker nahm er eine Haltung ein, "die der Wirklichkeit, wie sie damals vorgefunden wurde, nicht Rechnung tragen will" (S. 84). Was Landauer als seine "Räterepublik" in kategorischen Wendungen aufzeichnet, ist zwar "ein wahres Idyll, eine friedliche Gemeinsamkeit des Geistes", der Autor stellt sich aber hierbei die Frage, "ob ihn nicht in der Zukunft das Streben nach Verwirklichung seiner Idee geradezu in den Terror hineingeführt hätte" (S. 85).

Mag man in formaler Hinsicht an diesem Buch von Kalz aussetzen, daß sich erstaunlich viele Schreibfehler in den Text eingeschlichen haben, mag man in wissenschaftlicher Hinsicht sich an verschiedenen Stellen des Buches, so bei der Marxismus-Kritik, eine mehr in die Tiefe gehende Betrachtung wünschen, so hinterläßt das Werk doch einen positiven Gesamteindruck.

Ulrich Kluge

BRAUN-VOGELSTEIN, Julie: Heinrich Braun. Ein Leben für den Sozialismus. - Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1967. 383 S. DM 34,-.

Die 1932 veröffentlichte Biographie Heinrich Brauns aus der Feder seiner vierten Frau liegt nunmehr in einer um einen Dokumentenanhang erweiterten zweiten Auflage vor. Der Freund Paul Natorps und Verfasser einer Dissertation über F. A. Lange sah im Sozialismus "nicht nur eine ökonomische, sondern zugleich eine große sittliche und geistige Bewegung, die, nur wenn sie Denken und Fühlen des Menschen im Innersten ergreife, nur wenn sie eine Rebellion des Höchstmenschlichen gegen Versklavung jeder Art sei, zu einer Weltrevolution, das heißt zu einer auf neuen Grundlagen ruhenden geschichtlichen Epoche die Kraft habe" (S. 189). Obwohl Braun - Sohn eines österreichischen Eisenbahnunternehmers - von seiner Übersiedlung nach Deutschland

bis zu seinem Tode (1927) der SPD angehörte, verfiel er nie in den Fehler mancher seiner Parteifreunde, den Sozialismus mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie gleichzusetzen. Diese war für ihn wohl "Körper", nicht aber die "Verkörperung des Sozialismus" (S. 181).

Als Kenner antiker und deutscher Klassik, als Mann von weitgespannten Interessen und hohen wissenschaftlichen Intentionen haßte Braun jede dogmatische Enge und geistige Abkapselung. Um eine Brücke zwischen der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen, vor allem der akademischen Welt seiner Zeit zu schlagen, gründete er mehrere sozialpolitische Zeitschriften (u. a. das "Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik", das "Sozialpolitische Centralblatt", die "Annalen für Sozialpolitik und Gesetzgebung"), für die er fähige Mitarbeiter aus allen politischen Parteien und widerstreitenden Schulen gewann. Vor allem dem "Archiv" - nach Schulze-Gävernitz ein "Sprechsaal für demokratische Sozialpolitik" (S. 324) - hatte Braun die Aufgabe zugedacht, die in der Partei vorherrschende Geringschätzung der bürgerlichen Wissenschaft, die problemlose Gläubigkeit in die naturnotwendige Entwicklung abzubauen, andererseits bei den bürgerlichen Professoren der Gesamtablehnung oder Unkenntnis der marxistischen Theorien und einer gegenwartsfernen Betrachtungsweise zu begegnen (S. 73). Weder durch finanzielle Schwierigkeiten noch persönliche Anfeindungen ließ er sich in seiner Rolle als geistiger Mittler beirren. Seine Zeitschriften fanden im gebildeten Bürgertum starken Widerhall. Selbst Kautsky, der Brauns Bemühungen als Versuch tadelte, "das akademische, arbeiterfreundlich tuende Strebertum ... mit Sozialdemokraten zusammenzukuppeln" (S. 131), mußte einräumen, daß Braun mit seiner sozialpolitischen Publizistik das Interesse für die Arbeiterverhältnisse in den bürgerlichen Kreisen verbreitert habe.

Brauns ambivalentes Verhältnis zur Partei entsprach seiner besonderen Wesensart. Weil "seine Natur die Einsamkeit, das Alleinstehen brauchte und suchte" (W. Heine, S. 333), hat er nie in der SPD Fuß fassen können. Einen offenen Zusammenstoß zwischen Braun und den Vertretern der Marx-Orthodoxie brachte der Dresdener Parteitag 1903, wo Braun sich wegen der Mitarbeit seiner Frau, Lily Braun, an bürgerlichen Blättern verantworten mußte und seine Verteidigung zu einem vernichtenden Angriff gegen Franz Mehring umgestaltete. Braun liebte rücksichtslose Offenheit. Als Mensch wie als Schriftsteller wählte er stets den Weg ins Unbedingte. Maßlose Selbstkritik hemmte den Hochbegabten in seinem eigenschöpferischen Wirken so sehr, daß er nie ein eigenes größeres Werk hervorbrachte.

Die geistreiche und lebendig geschriebene Biographie vermittelt ein zutreffendes Bild dieser faszinierenden Persönlichkeit. Man gewinnt allerdings den Eindruck, daß die Autorin, die sich Brauns Ansichten größtenteils zu eigen macht, zu stark unter dem Bann der persönlichen Leidenschaften ihres Helden und vor allem seiner Vorurteile gegen die Partei steht. Trotzdem bietet der mitunter etwas gefühlsbetonte Lebensbericht einen akzeptablen Ersatz für die noch fehlende wissenschaftliche Biographie.

Ursula Ratz

PISTORIUS, Peter: Rudolf Breitscheid 1874-1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte. - Diss. phil. Köln 1968. Masch. schriftl. 436 S.

Ohne die grundsätzliche Frage nach der Berechtigung einer historisch-kritischen Biographie beim gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Methodik zu stellen, versucht die vorliegende Arbeit - ganz unter dem Zwang der prekären Quellenlage (ein Nachlaß Breitscheid existiert nicht) - weniger eine Geschichte des großen Einzelnen, der Breitscheid eben nicht war, zu schreiben, als vielmehr am Beispiel des Mannes, der insgesamt fünfmal seine Parteizugehörigkeit im Bereich der deutschen Linken gewechselt hat, einige ausgesuchte Probleme dieser Parteien im Gesamtzusammenhang deutscher Geschichte vom Beginn dieses Jahrhunderts an darzustellen.

Erster Teil: Der Demokrat (1903-1912). Nach einer einleitenden Schilderung von Breitscheids Herkunft aus kleinbürgerlichem, orthodox-protestantischem Milieu der Kölner Diaspora behandelt dieser Teil in drei Kapiteln den Beginn der politisch-journalistischen Laufbahn bei den Nationalsozialen, die liberale Politik in der Ära Bülow und das Experiment einer bürgerlich-demokratischen Splitterpartei links vom Freisinn. Naumann und Barth entwickelten die nach ihnen benannte Taktik, die darauf abzielte, die Freisinnige Vereinigung nach links hin - zu einer, wie man glaubte, sich zunehmend liberalisierenden Sozialdemokratie - zu orientieren. Das Arrangement, das erst bei der Reichstagswahl 1912 gelang, kam damals nicht zustande, da die SPD vorläufig in formal-radikaler Orthodoxie verharrte und an einem Bündnis mit der zahlenmäßig ohnehin unbedeutenden liberalen Flügelpartei nicht interessiert war. Während Naumann die Konsequenzen zog und nun gemeinsam mit den übrigen Liberalen den liberal-konservativen Regierungsblock bilden half, blieben Breitscheid und Barth bei dem ursprünglichen Konzept. Breitscheid wurde der Führer der 1908 gegründeten Demokratischen Vereinigung, die 1912 an der Illusion scheiterte, starke bürgerliche Kräfte in einer demokratischen Partei zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie konzentrieren zu können.

Zweiter Teil: Der Sozialist (1912-1922). Folgerichtig trat Breitscheid zur SPD über, wo man die schriftstellerische Arbeit des ehemaligen Bürgerlichen bei der Stampferschen Zeitungskorrespondenz, die einen großen Teil der Parteipresse belieferte, argwöhnisch beobachtete. Gleich zu Kriegsbeginn hatte sich der Parteiausschuß mit einem Fall Breitscheid zu beschäftigen, da dieser in einem englischen Blatt gegen die Kreditpolitik der deutschen Genossen polemisiert hatte. Bei der Parteispaltung stand er ganz auf der Seite von Haase, Bernstein und Kautsky, jener Kernmannschaft der USPD, der sowohl die Gegnerschaft der Mehrheitspartei als auch das Mißtrauen der Liebknecht-Luxemburg-Gruppe zu schaffen machten. Die theoretische Substanzlosigkeit seines Entschlusses von 1917 ließ den preußischen Volksbeauftragten im November 1918, als rasche und weittragende Entschlüsse gefordert waren, ohne durchdachte politische Alternative und Perspektive. Sein reformistischer Kollege Hirsch besaß damit in jener verhängnisvollen Doppelkonstruktion der Ämter die Prärogative. Die Besinnung auf den "dritten Weg" (neben Bolschewismus und kapitalistisch-liberaler Republik) kam nach der von USPD und KPD gleichermaßen verpaßten Chance der turbulenten

ten Januarereignisse 1919, für die er lediglich seine Mittlerdienste anzubieten hatte, zu spät. Eine Rückkehr zum 9. November war mit der Hinnahme "Weimars" unmöglich geworden, und auf die Entleerung des Rätebegriffs folgte anstelle der proletarischen Sammlung, die er noch eine Zeitlang anstrebte, die Fusion mit der SPD.

Dritter Teil: Der Republikaner (1920-1933). Die vielfachen Schwierigkeiten des Weimarer Staates drängten ihn aus der ursprünglichen Reserve in die Identifikation mit der bürgerlichen Republik, als deren prominenter Vertreter er bald auf der europäischen Bühne agierte. Wann immer die SPD von fern die Möglichkeit auf sich zukommen sah, eventuell das Amt des Außenministers zu besetzen, fiel der Name Breitscheid. Indessen verlegte er das Hauptfeld seiner politischen Arbeit in den Reichstag, dem er von 1920 bis 1933, zuletzt als Fraktionsführer, angehörte. Der in der Innenpolitik enttäuschte Sozialist wurde einer der vertrauenswürdigsten Mitarbeiter der Stresemannschen Europapolitik. Missionen nach Frankreich und Genf gehörten neben seinen rhetorischen Glanzleistungen zu den Höhepunkten einer sozialdemokratischen Karriere. Die sozialliberale "Staatspartei" - von Breitscheid entscheidend mitgeprägt - wußte aber der faschistischen Herausforderung ebensowenig entgegenzusetzen wie der liberale Staat insgesamt. Mit Breitscheids Formel "Bereit sein ist alles!" drückte sie sich um die realistische Einschätzung des Gegners. Sie sanktionierte die eigene Paralyse, an der sie 1933 zugrunde ging.

Vierter Teil: Der Antifaschist (1933-1944). Noch vor der endgültigen Auflösung der Partei verließ Breitscheid Deutschland, nachdem er schon an der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz nicht mehr teilgenommen hatte. Nach einigen Jahren erzwungener Untätigkeit in der Pariser Emigration sah er unter dem Einfluß Léon Blums, dem er auch persönlich nahestand, in der Gründung einer deutschen Volksfront Ansätze für einen politischen Neubeginn. Dem nun folgenden Bruch mit der Prager SPD-Zentrale war eine lange Phase gegenseitiger Entfremdung vorausgegangen. Der Prozeß der Selbstzerstörung der SPD, in der das auf Informations- und Kommunikationsschwierigkeiten beruhende Mißtrauen groteske Züge annehm, hatte sich fortgesetzt. Bei der Bearbeitung dieses Komplexes durch den Vf. ergaben sich auf der Grundlage des umfangreichen Briefwechsels zwischen Breitscheid und Paul Hertz interessante Einblicke. Breitscheids letzter Vorstoß zu einer Repolitisierung der Emigration zerbrach dann weniger an der Weigerung des Prager Vorstands, dem gegenüber er seine formale Loyalität bis an die Grenze der Selbstverleugnung aufrechterhielt, als vielmehr an der neuerlichen Kehrtwendung Ulbrichts, der als Pariser Unterhändler die Änderung der Moskauer Taktik gehorsam mitvollzog - ganz im Gegensatz zu Münzenberg übrigens, mit dem Breitscheid eng zusammenarbeitete.

Den Parolen der SED, die Breitscheid heute wieder als Vorkämpfer der "Aktionseinheit" für sich beansprucht, glaubt die umfassende Darstellung der politischen Arbeit dieses Mannes ebenso berechtigt entgegenzutreten zu können wie den Versuchen der SPD, ihn zum glanzvollen Parlamentarier zu stilisieren. Breitscheids Schicksal, das im KZ Buchenwald endete, gehört der Tragödie des deutschen Liberalismus und Sozialismus bis zum heutigen Tage an.

HAMMER, Franz: Theodor Neubauer. Aus seinem Leben. 2., überarb. u. erw. Aufl. - [Ost-/Berlin: Dietz 1967. 204 S. DM 6,80.

Unter den führenden Köpfen der KPD, die 1933 die Parteiarbeit fortzusetzen suchten, bald jedoch von der Gestapo verhaftet wurden und dann Jahre im KZ und Zuchthaus verbrachten, um nach ihrer Entlassung 1939, unter noch viel schwierigeren Bedingungen, erneut eine illegale Organisation aufzubauen, war Theodor Neubauer einer der bemerkenswertesten. 1890 als Sohn eines Gutsinspektors im Hessischen geboren, fand er früh zur Jugendbewegung und nahm auch am Hohen-Meißner-Treffen im Oktober 1913 teil. Als Kriegsfreiwilliger war er seit August 1914 an der Front und wurde ein Jahr später Reserveleutnant. 1917 schwer verwundet, kehrte er als kriegsuntauglich in die Heimat zurück. Noch während des Krieges unterrichtete Neubauer als Lehrer am Erfurter Königin-Luise-Gymnasium, das er schon als Schüler besucht hatte. Nach dem November 1918 schloß er sich zunächst der Demokratischen Partei an, trat aber bald der USPD und nach dem Parteitag von Halle im Oktober 1920 der KPD bei. Sein schulreformerischer Unterricht und sein politisches Engagement stießen bei den bürgerlichen Eltern seiner Schülerinnen auf wenig Gegenliebe, so daß Neubauer Ende Mai 1920 die Erfurter Schule verließ. Bald war er einer der aktivsten Funktionäre der KPD. Er wurde für seine Partei 1922 in den thüringischen Landtag und 1924 in den Reichstag gewählt, dem er ununterbrochen bis 1933 angehörte.

Es ist keine Frage, daß der Lebensweg eines solchen Mannes, der ursprünglich aus dem Bürgertum stammte, dann seine politische Heimat im radikalen Teil der Arbeiterbewegung fand und schließlich für seine Überzeugung vom Nazi-Regime hingerichtet wurde, ausreichenden und sicher auch interessanten Stoff für eine fundierte Biographie geboten hätte. Davon kann man beim vorliegenden Buch kaum sprechen. Vielleicht fehlte es dem Vf. an Material. Die Möglichkeit ist aber auch nicht auszuschließen, daß der Versuch zu einer solchen Arbeit erst gar nicht unternommen werden durfte. So finden wir nur eine kurze, überdies recht farblose Darstellung der einzelnen Stationen im Leben Theodor Neubauers ohne jede psychologische Vertiefung und Deutung seiner Persönlichkeit, meist noch durch ausführliche Zitate aus seinen zahlreichen Artikeln und Schriften unterbrochen. Gerade diese Zitatenauswahl hat aber einen fatalen Beigeschmack, soll doch damit augenscheinlich dem unbefangenen Leser nur der Eindruck vermittelt werden, daß die Entwicklung in der DDR seit 1945 eine konsequente Verwirklichung der Gedanken Neubauers und der von ihm mitverfochtenen Generallinie der KPD darstellt - die nun doch so geradlinig weiß Gott nicht war. Welche Rolle die von den Nazis hingerichteten KPD-Führer wie Theodor Neubauer, Anton Saefkow u.a. in der DDR wirklich gespielt hätten, wie sich ihr Verhältnis zu der von den Emigranten aus Moskau mitgebrachten politischen Konzeption für das Nachkriegsdeutschland entwickelt hätte, muß natürlich reine Spekulation bleiben. Angesichts verschiedener Differenzen zwischen "Hiergebliebenen" und Emigranten in der Geschichte der SED wird man aber doch wohl Zweifel darüber hegen dürfen, ob sie sich so nahtlos in die Entwicklung der DDR eingefügt haben würden, wie es der Autor nachzuweisen versucht.

Hans J. Reichhardt

CONZE/KOSTHORST/NEBGEN: Jakob Kaiser. Bd 1: Der Arbeiterführer. Von Erich Kosthorst. Bd 2: Der Widerstandskämpfer. Von Elfriede Nebgen. - Stuttgart: Kohlhammer 1967. Bd 1: 286 S. DM 27,-. Bd 2: 245 S. DM 24,-.

Die beiden ersten der auf drei Bde geplanten Biographie Jakob Kaisers liegen heute vor; der dritte Bd von Werner Conze über das Wirken Kaisers nach 1945 wird in Kürze erscheinen. Leider unterscheiden sich die beiden hier anzuzeigenden Bücher in ihrem methodischen Zugang erheblich und sind für den Historiker der deutschen Arbeiterbewegung von fast entgegengesetzter Relevanz: Kosthorst versucht den Lebensweg Jakob Kaisers in der christlichen Arbeiterbewegung darzustellen und zu analysieren, während Elfriede Nebgen, die Lebensgefährtin Kaisers, aus eigenem Erleben und nicht mit der Sonde des kritischen Historikers berichtet. Analyse und Quelle werden so unvermittelt aneinandergesetzt, ohne daß der historische Laie, an den sich beide Bücher u. a. wenden, quellenkritisch über die Art beider Werke informiert würde. Dabei sind beide Bde von großem Wert, zumal der Nachlaß Kaisers intensiv ausgewertet wird.

Kosthorst sät und erntet auf einem Feld, das von den Historikern der deutschen Arbeiterbewegung bisher brach rechts liegengelassen wurde: der Geschichte der christlichen Gewerkschaften. "Die Untersuchung ihres Verhältnisses zu Politik und Staat im ausgehenden Wilhelminischen Reich, im Zusammenbruch der Monarchie und in den verschiedenen Phasen der Weimarer Republik" ist, so schreibt der Vf. im Vorwort, ein wesentliches Ziel der Arbeit. Kosthorst ruft die bedeutende Funktion des Gesellenvereins Adolf Kollpings und des Volksvereins für das katholische Deutschland, aus denen Kaiser hervorging, in die Erinnerung der Historiker zurück.

Kaiser verließ 1912 den Nürnberger Gesellenverein, in dem er sechs Jahre lang seine Heimat gefunden hatte, um Sekretär der christlichen Gewerkschaften zu werden. Wegen der 1899 proklamierten Interkonfessionalität der Gewerkvereine mißtrauten ihnen beide Kirchen, da sie fürchteten, daß die von der kirchlichen Führung emanzipierten Gewerkschaften sich eines Tages mit den sozialistischen verbünden könnten. Kaiser blieb stets gläubiger Katholik, setzte sich jedoch zugleich immer wieder dafür ein, daß die christlichen Gewerkschaften das Streikrecht ebenso zur Durchsetzung der Ziele der Arbeiterschaft ausübten wie die freien Gewerkschaften. Zusammen mit Stegerwald ging er noch einen Schritt weiter und versuchte seine sozialpolitische Praxis als Teil einer allgemeinen politischen Konzeption zu verstehen. Kosthorst meint, daß hier bereits die Wurzeln für die interkonfessionelle Christlich-Demokratische Union zu sehen sind. Solange die freien Gewerkschaften die Aufhebung des Klassenstaates anstrebten und solange bei ihnen eine anti-religiöse Haltung dominierte, verstand Kaiser die christliche Arbeiterbewegung als Gegenpol zur sozialistischen. Damit grenzte er die Grundlage für eine eventuell zu bildende deutsche Partei der Arbeit ein, wie er sie im Widerstand vorschlug: Sie durfte weder marxistisch noch antireligiös sein.

Der Leser lernt in dem Bd wichtige Details kennen: die Mitarbeit Kaisers im Arbeiter- und Soldatenrat Kölns und in der rheinischen Zentrums-
partei, die Funktion der christlichen Gewerkschaften und des Zentrums bei der Erhaltung der Reichseinheit in den ersten Jahren der Weimarer Republik etc. Noch einmal versucht der Historiker zu begreifen, warum vor 1933

die christlichen Gewerkschaften - wie die anderen Gewerkschaften und die meisten politischen Gruppen und Parteien - den Nationalsozialismus völlig falsch einschätzten und in Hitler nur das willfährige Instrument Papens und Hugenbergs sahen. Kaiser empfand das "Ja" des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz als moralisches Versagen und als Schuld, wenn er auch glaubte, daß die Partei nicht anders handeln konnte. Allmählich entwickelte sich aus diesem Schuldbewußtsein sein Wille zum Widerstand. Der kritische Historiker hat jedoch zu fragen, welche sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Bedingungen der deutschen Geschichte gerade dieses Unvermögen der demokratischen Verbände und Parteien produzierten. Die moralische Entrüstung Kaisers erhebt ihn über den deutschen Kleinbürger, doch erst die Analyse der Voraussetzungen des Nationalsozialismus hätte Antwort auf die Frage erbracht, wie der Nationalsozialismus zu beseitigen und in der Zukunft zu verhindern sei. Hier lagen wohl eindeutig die Grenzen Kaisers, und auch sein Biograph begnügt sich mit der Deskription der Ereignisse. Kosthorst analysiert allerdings an anderen Stellen seines Buches Entwicklungen und Tendenzen, doch gerade an dieser Stelle hätte man es sich gewünscht, wenn er seine Thesen ausführlicher untermauert und dafür die Nacherzählung von Bekanntem ausgelassen hätte.

"Not und Elend des deutschen Widerstandes" - so könnte der zweite Bd der Kaiser-Biographie, die Erinnerungen Elfriede Nebgens, überschrieben werden. Politiker wie Kaiser und Leuschner, Carl Friedrich Goerdeler und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband hatten sich zwar auf den gemeinsamen Nenner ihrer Feindschaft gegen Hitler geeinigt, doch war diese Basis einfach zu schmal, um ein gesellschaftspolitisches Konzept zu formulieren und dann auch durchzusetzen, das jene gesellschaftlichen und politischen Bedingungen aufhob, unter denen der Nationalsozialismus überhaupt erst möglich geworden war. Das Hitlerregime durch die Monarchie zu ersetzen, hätte letzten Endes wahrscheinlich nicht mehr bedeutet, als Satan durch Beelzebub zu vertreiben. Es ist daher kaum verwunderlich, daß etwa der Plan einer deutschen Labour-Party wohl nicht allein deswegen scheiterte, weil viele seiner Verfechter von den Nazis ermordet wurden, sondern daß er einfach auch am konzeptionellen Unvermögen des Widerstandes zerbrach: Religiöser Pluralismus und Anti-Marxismus bildeten schlechterdings nicht die Antithese zum Dritten Reich. Die Einheitsgewerkschaft war bereits vor 1933 konzipiert und ist keine Erfindung des Widerstandes. Elfriede Nebgen meint, daß "der Einfluß der fortschrittlichen Widerstandsgruppe auf Goerdeler weit bedeutsamer" gewesen sei, als in der Widerstandsliteratur bisher angenommen wurde. Die Autorin bleibt den Beleg für ihre These dem Leser allerdings schuldig: Der Hinweis auf Goerdelers Kabinettsliste ist zu dürftig. Nebgen greift die These Hans Mommsens an, daß der gewerkschaftliche Kreis der Widerstandsbewegung einem "demokratischen Ständestaat" zuneigte. Doch schon die Terminologie der Autorin läßt den Leser aufhorchen und sich fragen, ob sie nicht doch indirekt Mommsens Vermutungen bestätigt: Die christlichen Arbeiterführer hätten einem den übrigen Ständen gleichberechtigten Stand angehören wollen - im Gegensatz zu dem "gesellschaftsfeindlichen Begriff des Klassenkampfgedankens". Die Gewerkschaftsführer im Widerstand hatten sich für das Organisationsprinzip von Berufsverbänden in einer späteren Einheitsgewerkschaft entschieden: Auch dies könnte auf bestimmte ständestaatliche Vorstellungen hindeuten. Wie schon im Bd

von Kosthorst erfährt der Leser wichtige Einzelheiten aus der Geschichte der christlichen Gewerkschaften. Er lernt die unterschiedliche Beurteilung des Konkordats vom Juni 1933 etwa durch Kaiser und Stegerwald kennen; er verfolgt im Detail die Verbindungen zwischen Kaiser und Widerstandskämpfern wie Leuschner, Julius Leber, Habermann, Karl Arnold - der in Düsseldorf gewerkschaftlichen Widerstand organisierte -, Otto Müller und vielen anderen. Die Verbindungen Kaisers zum Goerdeler-Kreis werden offengelegt.

Die beiden ersten Bde der Kaiser-Biographie weisen auf eine Lücke in der bisherigen Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung hin: Allzu oft ist vergessen worden, daß nicht nur die theoretischen Auseinandersetzungen und praktischen Kämpfe der Sozialisten, sondern auch die christliche Arbeiterschaft Gegenstand sozialgeschichtlicher Analyse sind. Wir sind gespannt auf den dritten Bd der Biographie.

Peter Lösche

GUÉRIN, Daniel: Anarchismus. Begriff und Praxis. - Frankfurt/M.: Suhrkamp 1967. 136 S. = edition suhrkamp 240. DM 3,-.

Wissenschaftliche Arbeiten über den Anarchismus sind hierzulande eine Rarität. Das hat verschiedene, nicht zuletzt historische Gründe, die sich aus der strukturellen Schwäche und der prinzipiellen Bedeutungslosigkeit der deutschen anarchistischen Gruppen seit dem 19. Jahrhundert erklären lassen. Gleichwohl ist es nicht allein wegen der gewichtigen Rolle, die neuerdings anarchistische Gedankengänge im kritischen Prozeß der Linksoption in der Bundesrepublik spielen, für die deutsche Forschung unmöglich geworden, ihre Abstinenz auf diesem Gebiet noch länger aufrechtzuerhalten. Einstweilen sieht sich das deutsche Publikum jedoch selbst dann noch auf Übersetzungen angewiesen, wenn es bloß umfassendere Faktenkenntnisse erwerben will. Nachdem 1966 James Jolls "Die Anarchisten" (London 1964) in deutscher Übersetzung erschien,¹ liegt nun im Rahmen der edition suhrkamp das kleine Buch von Daniel Guérin über den Anarchismus (Paris 1965) vor. Es ist im besonderen Maße geeignet, einem breiteren Informationsbedürfnis zu entsprechen, während seine wissenschaftliche Brauchbarkeit schon allein dadurch erheblich eingeschränkt wird, daß der Vf. - von einigen wenigen, sachlich unbegründeten Ausnahmen abgesehen - keine Belege für seine überaus zahlreichen Zitate gibt und deren Kontext mithin nicht nachprüfbar ist.

Guérin gliedert seine mit deutlicher Sympathie verfaßte Schrift in zwei Hauptteile. Ohne auf die ideengeschichtlichen Voraussetzungen und die besonderen regionalen oder sozialökonomischen Bedingungen des Erfolgs oder Mißerfolgs des Anarchismus einzugehen, versucht er im ersten Teil die Grundideen knapp, aber übersichtlich darzustellen. Dabei legt er im wesentlichen die Auffassungen von Stirner, Proudhon, Bakunin und z.T. auch Kropotkin zugrunde. Er versteht als solche Grundideen einerseits die radikale Negation des Staates, der Bürokratie und jeder Autorität, die Ablehnung der "bürgerlichen" Demokratie, des Parlamentarismus und des politischen Parteienwesens sowie die entschiedene Absege an den autoritären Sozialismus (= Marxismus); andererseits erblickt er sie in dem Glauben an die schöpferische Kraft der

¹ Vgl. die Rezension von Peter C. Ludz in IWK, Heft 7, S. 92 f.

sozialen Revolution, das freie Individuum und die Spontaneität der Massen, vor allem aber in dem Programm einer Überwindung der politischen Herrschaft und des ihr entsprechenden autoritären Wirtschaftssystems durch die Arbeiterselbstverwaltung und den freiwilligen lokalen und regionalen Zusammenschluß der Arbeiterassoziationen in autonomen Kommunen und Föderationen (als den neuen Organisationsformen der libertären Gesellschaft), die sich ihrerseits zur nationalen Konföderation und zur internationalen Konföderation der Konföderationen vereinigen. Problematisch ist zweifellos die in diesem Zusammenhang vom Vf. vorgenommene völlige Gleichsetzung des Anarchismus mit dem Sozialismus, weil diese Identität in Gestalt des Anarchosozialismus erst am Ende des 19. Jahrhunderts faktisch selbstverständlich wird, ohne es damit auch im prinzipiellen Sinne zu sein, und gerade Max Stirner weder direkt noch indirekt ein Sozialist gewesen ist. Fraglich erscheint auch, ob es angeht, alle sozialistischen oder kollektivistischen Ideen Proudhons und Bakunins, insbesondere etwa Proudhons Vorstellungen über die Tauschbank als Instrument des Mutualismus, ohne weiteres für anarchistisch zu erklären. Der Gedanke der Arbeiterselbstverwaltung ist ebenfalls nicht, wie der Vf. meint, als solcher eine "spezifische Hervorbringung" des Anarchismus. Kritisch ist schließlich noch anzumerken, daß der Vf. auf die syndikalistischen Grundideen des Anarchismus nur beiläufig und somit recht unbefriedigend eingeht. Offenbar gehört der revolutionäre Syndikalismus für ihn weniger zur Theorie als zur Praxis des Anarchismus.

Im zweiten Teil gibt Guérin einen im ganzen sehr instruktiven Überblick über die wichtigsten Abschnitte der Geschichte des Anarchismus von 1880 bis zur Gegenwart als Beispiele seiner revolutionären Praxis. Hervorzuheben ist hier einmal die relativ eingehende Darstellung der Position und Rolle der Anarchisten in der russischen Revolution bis zum Kronstädter Aufstand 1921 und ihrer ebenso eindrucksvollen wie grundsätzlichen und weitblickenden Kritik an Lenins Staatskommunismus mit seinem bürokratischen System und seiner "antiproletarischen" Parteidiktatur. Außerdem ist hinzuweisen auf den nicht minder ausführlichen Abschnitt über die anarchistische Tradition in Spanien, die Entwicklung der beiden Hauptgruppen des spanischen Anarchismus (der kommunalistischen und der syndikalistischen) bis 1936 und schließlich die Beteiligung der Anarchisten an der Regierung sowie ihre anfänglich scheinbar erfolgreichen Versuche, während des Bürgerkrieges in Industrie und Landwirtschaft die anarchistischen Ideen der Sozialisierung und Selbstverwaltung zu verwirklichen. Guérin läßt es vor allem in diesem Abschnitt nicht an kritischen Bemerkungen fehlen. Im Grunde neigt er aber dazu, nicht nur die Anfangserfolge des spanischen, sondern die Erfolgchancen des Anarchismus schlechthin und die schöpferische Kraft der libertären Idee gewaltig zu überschätzen. Das drückt sich auch in seiner Konklusion aus, in der er etwas voreilig die jüngsten kritischen Argumente von Joll und Woodcock beiseiteschiebt. Wenn er auch mit Recht die weithin übliche Gleichsetzung des Anarchismus mit Zügellosigkeit, Desorganisation und Chaos zurückweist, so stimmt es doch einfach nicht, daß "der konstruktive Anarchismus, der in den Schriften von Bakunin seinen vollendeten Ausdruck gefunden hat, ... [sich] stützt auf die moderne Großindustrie, die moderne Technik, auf das moderne Proletariat ..." (S. 132). Im Unterschied zum marxistisch-leninistischen "Staatskommunismus", der sich bekanntlich auf die kritische Theorie der kapitalistischen Industriegesellschaft konzentrierte, es aber versäumte, eine

adäquate Theorie der sozialistischen Industriegesellschaft zu entwickeln, und sich dieses Versäumnis auch noch als Verdienst anrechnete, haben sich die Anarchisten in der Tat sehr viele grundsätzliche Gedanken darüber gemacht, wie die künftige sozialistische Gesellschaft auszusehen habe und was denn nun eigentlich das Sozialistische am Sozialismus sei. Indes haben auch sie die spezifische Problematik der modernen Großindustrie samt ihren sozialen und politischen Implikationen bis heute nicht einmal im Ansatz zureichend reflektiert, geschweige denn zukunfts mächtig analysiert, und bisher - nicht von ungefähr - Erfolge nur dort gehabt, wo die moderne Industriegesellschaft noch nicht ausgebildet war oder ist.

Unabhängig von solchen Einwänden gebührt dem Vf. Dank für die Beharrlichkeit, mit der er auf dem Gegensatz zwischen libertärem und autoritärem Sozialismus insistiert, insofern er damit nämlich auf dem Felde des Sozialismus selbst (und nicht allein gegenüber der "bürgerlichen" Gesellschaft und ihren Institutionen) das Verhältnis zur Autorität zum Kriterium erhebt und so im Blick auf die linkssozialistische Opposition in der Bundesrepublik und anderswo die zentrale Frage aufwirft, in welchem Maße sich marxistischer und libertärer Sozialismus miteinander verbinden lassen.

Der Verlag hätte der deutschen Ausgabe mehr Sorgfalt angedeihen lassen müssen und ohne große Mühe sowohl die empfindlichen Lücken und Fehler im Literaturverzeichnis als auch eine Reihe sinnentstellender Druckfehler vermeiden können (z. B. S. 65, 9. und 12. Zeile von unten: hier muß es Bakunin statt Proudhon heißen; die Jahreszahl 1880 auf der gleichen Seite - 8. Zeile von unten - ist falsch, da in diesem Jahr sowohl Proudhon wie Bakunin längst gestorben waren).

Horst Stuke

LUKÁCS, Georg: Schriften zur Literatursoziologie. Werkauswahl, Bd I. Ausgew. und eingel. von Peter Ludz. 3. Aufl. - Neuwied u. Spandau: Luchterhand 1968. 568 S. = Soziologische Texte, Bd 9. DM 28, -.

LUKÁCS, Georg: Schriften zur Ideologie und Politik. Werkauswahl, Bd II. Ausgew. und eingel. von Peter Ludz. - Neuwied u. Berlin: Luchterhand 1967. LV, 852 S. = Soziologische Texte, Bd 51. Kart. DM 39, -, Ln. DM 68, -.

Die jetzt vorliegende Auswahl von Lukács' Werk vermittelt einen der Breite und Tiefe nach gleichermaßen ausgezeichneten Überblick über das Schaffen dieses ungarischen Soziologen und Sozialisten von 1909 bis zur jüngsten Zeit. Peter Ludz kommt nicht nur das Verdienst zu, beide Ausgaben besorgt und damit für die moderne Marxismusforschung erschlossen sowie ausführlich - auch kritisch - eingeleitet zu haben, sondern auch die Sammlung bisher schwer zugänglicher oder dem deutschen Leser relativ unbekannter Texte nicht gescheut zu haben, ohne daß er es dabei vergaß, sich vorher der Übereinstimmung mit den Wünschen des Autors zu vergewissern. Den Bden wurden Bibliographie, Namens- und Sachverzeichnis beigegeben.

Der literatursoziologische Bd enthält 30 Texte, die in "Geschichtsphilosophische und theoretisch-methodologische Grundlegungen" (14 Texte) sowie "Historisch-soziologische Literatur-Interpretationen" (16 Texte) unterteilt

werden. Beginnend mit Auszügen des Vorworts zu "Entwicklungsgeschichte des modernen Dramas" von 1909, endet Teil I mit Lukács' Referat auf dem VI. Deutschen Schriftstellerkongreß 1956 über "Das Problem der Perspektive". Teil II wird angeführt durch "Soziologie des modernen Dramas" (1909) und schließt ab mit einer Besprechung von Scholochows "Neuland unter dem Pflug" (1951). Ludz skizziert in seinem Vorwort die fünf Phasen des Lebenswerkes von Lukács, deren je differenzierte Bedeutung sich in den Texten widerspiegelt: die Frühperiode von 1907 bis 1912, die Periode von 1914/15 bis 1926 ("Theorie des Romans" als Buch 1920 veröff.), die Periode bis zur Emigration in die Sowjetunion 1933 (Arbeiten in der Zeitschrift "Die Linkskurve"), dann die Periode der Emigration und des ersten Nachkriegsjahrzehnts ("Kunst und Literatur als Überbau" 1951) und schließlich die Periode ab 1956, einsetzend etwa mit der Rede in Budapest vom Oktober 1956 und fortgeführt durch das Buch "Wider den mißverstandenen Realismus" (deutsch: Hamburg 1958). Trotz aller Neuansätze und Brüche mit früheren Standpunkten kennzeichnet eine nicht zu übersehende Geschlossenheit der philosophischen Reflexion über politisch-gesellschaftliche Prozesse Lukács' Ringen im ästhetisch-literarischen Bereich. Ludz hebt hervor, wie dicht neben dem Bekenntnis zur Theorie der "demokratischen Revolution" Abweichungen stehen in Fragen der Tendenzliteratur, Parteilichkeit und Objektivität gegenüber den jeweiligen Parteibeschlüssen. Lukács' ganz persönlich interpretierter Revisionismus, ähnlich dem Ernst Blochs, machte ihn zu einem "Marx der Ästhetik", obwohl der Bruch seiner Entwicklung überwiegend objektiver und nicht so sehr, wie oft mißverstanden, subjektiver Natur ist. Seine Leistung ist der ewigen Norm des griechischen Ideals verpflichtet, die es in eine "wesentliche Gesetzmäßigkeit" ("Goethe und seine Zeit", Bern 1947) innerhalb des historischen Prozesses umzuschmelzen gilt, wodurch sich Lukács deutlich von Lenins maßgeblichem Aufsatz "Parteiorganisation und Parteiliteratur" von 1905 abgrenzt. Es ist vor allem der Typus-Begriff, mit dessen Hilfe er die Marxsche Theorie in seine eigene Konzeption von Epik transformiert. Lukács' Geschichtsphilosophie und von daher abgeleitet seine historisch-soziologische Literaturanalyse reflektieren eine spezifische Position des "Realismus", die den Versuch einer marxistischen Ästhetik nur als dialektische Geschichtsphilosophie der Kunst darstellt, nicht jedoch als marxistische Wissenschaft von der Literatur. Revisionismus mit dem Ziel einer schöpferischen Rebellion vor Augen ist das tiefste Motiv des Schaffens von Lukács.

Die Auswahl der "Schriften zur Ideologie und Politik" umfaßt ebenfalls 30 Texte, darunter 14 Arbeiten, die aus dem Ungarischen übersetzt erstmalig in deutscher Fassung vorliegen. Ein Anhang mit fünf Beiträgen zur kommunistischen Diskussion über Lukács zwischen 1924 und 1958 ist ihnen nachgeordnet. Ludz eröffnet den Bd mit "Taktik und Ethik" (Budapest 1919) und führt den Leser bis "Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion" (1963). Auf die frühe Zeit der ungarischen Räterediktatur folgen die Jahre in Deutschland mit der Herausgabe des Buches "Geschichte und Klassenbewußtsein" (Berlin 1923), das zu den ganz bedeutenden Arbeiten von Lukács gehört und seinen Rang bis heute behalten hat. Die "Selbstkritik" von 1949 muß unter dem Einfluß der Emigrationsperiode verstanden werden.

Einleitend analysiert Ludz unter mehreren Gesichtspunkten Lukács' Konzeption der "Demokratischen Diktatur", die eng mit seinen zentralen Be-

griffen von Revolution und Organisation als philosophischen Reflexionen über den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus zusammenhängt. Im Modell der Volksfrontbewegung erkennt Lukács einen Ansatz zum realisierbaren Übergang von der bürgerlichen Demokratie zu Revolution und Diktatur des Proletariats. Indem er weiter aus Neukantianismus und Syndikalismus die "Konkretisierung" der Form-Inhalt-Problematik zur Bestimmung der richtigen Lage des identischen Subjekt-Objekt, des Proletariats im typologischen Sinne, deduziert, schlägt er eigene erkenntnistheoretische Wege zur Umsetzung in die Praxis ein. Simmel, Lask, Natorp und Max Weber nehmen auf der Suche nach methodologischer Problemerkhellung einen hervorragenden Platz in Lukács' Denken ein. "Zurechnung" als methodischer Begriff vermag zwecks idealtypischer Akzentuierung den Dualismus von "Wesen" und "Erscheinung", Interesse und Endziel, in ein neues Blickfeld zu rücken. Damit wird die Abneigung von Lukács gegen das institutionelle Element jeder Parteibürokratie evident, welche "die Klasse verschlungen" habe. Nicht Lenins instrumentale Geschichtsauffassung, vielmehr die Rolle der Moral wirkt bestimmend auf die sozialistischen Geschichtspostulate zur Aufhebung der "Ewigen Einsamkeit" des Menschen in einem Leben von solidarischer Gesellschaftlichkeit ("Die Rolle der Moral in der kommunistischen Produktion" 1919, "Die moralische Sendung der kommunistischen Partei" 1920). Diese Verschiebung der Prioritäten des Denkortes kommt geradezu einer marxistischen Kritik der marxistischen Parteilichkeit und ihrer Partei gleich. Mehr noch charakterisiert die Betonung der Anthropologie im Sozialismus bei Lukács den neuen Stellenwert der Geschichtsphilosophie um der Einheit der Arbeiterbewegung in ihrer politischen "Gestalt" willen. Eine partikuläre Parteilichkeit der Bolschewiki steht gegen die Totalität einer klassischen Harmonie von "demokratischer Weltordnung". Indem Lukács das regulative Prinzip des Klassenbewußtseins allein dem ganzen Proletariat, nicht nur der avantgardistischen Partei zuordnet, setzt er ethischen Rigorismus und politische Taktik in eine neue Beziehung zueinander. Dementsprechend wird die Organisationsfrage, vor allem das Verhältnis von Partei und Klasse, neu gesehen. Partei als "Organisation" von Partei als "geschichtliche Gestalt und als handelnde Trägerin des Klassenbewußtseins" unterschieden. Lukács' Bürokratiekritik ist durchgehend eine Abrechnung mit Stalin. Die Konsequenz der Ablehnung jeder Art einer verfestigten politischen Herrschaft verdrängt die Vorstellung "Politische Parteilichkeit", um sie mit Hilfe des Typus-Begriffes "Partisan" als eines Schöpfers geistiger Eliten an der Spitze der Revolution neu zu formulieren. Rosa Luxemburgs "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" kann durchaus für die Gestalt des Volkstribuns als Vorbild gedient haben. So läßt sich die Theorie der demokratischen Diktatur, hauptsächlich in seinen "Blum-Thesen" (1928/29) vorgetragen, durch Lukács' ganzes Werk verfolgen; denn auch "Volksdemokratie" bedeutet letztlich nichts anderes als eine "dialektische Übergangsform" auf dem Wege des Gesellschaftswandels bis zur Erreichung der sozialistischen Weltordnung.

Wolfram Bauer

Die Organisation im Klassenkampf. Von Fritz Bieligk, Ernst Eckstein, Otto Jenssen, Kurt Laumann, Helmut Wagner. Mit dem Aufsatz von Georg Lukács: Methodisches zur Organisationsfrage. - Frankfurt/M.: Verl. Neue Kritik 1967. XLIX, 184 S. = Archiv sozialistischer Literatur, Bd 7. Kart. DM 18,50, Ln. DM 23,75.

"Das Problem der Organisationsfrage stand jeweils dann im Vordergrund der Diskussionen der Arbeiterparteien, wenn diese ihrer Aufgabe, Theorie und Praxis, oder genauer gesagt, sozialistisches Endziel und politischen Tageskampf der konkreten historischen Situation adäquat zu vermitteln, nicht mehr gerecht werden konnten." So heißt es in der Vorbemerkung des Verlages zu dem hier anzuzeigenden Buch.

In einem ähnlichen Maß, wie sich spätestens seit dem Beginn der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland eine wachsende Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung - vor allem der Jugend - mit der Politik der regierenden Parteien bemerkbar machte, entstand in Kreisen der deutschen Sozialdemokratie ein Unbehagen gegenüber der Politik der Parteispitze, das sich vor allem in einer Gruppe konkretisierte, die sich um die von Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz u.a. herausgegebene Zeitschrift "Der Klassenkampf" sammelte. Die Herausgeber dieser Zeitschrift begannen 1931 mit der Edition der "Roten Bücher der Marxistischen Bücher-gemeinde". Der erste Band behandelte "Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse", der zweite "Die Organisation im Klassenkampf". Der linke Flügel der SPD hatte die Erfahrung gemacht, daß seine Alternativen zur Politik der Parteiführung weder auf den Parteitag noch in der Parteipresse diskutiert wurden. Dies hatte zur Folge, daß sich die Linke zu einer Art Sonderorganisation innerhalb der SPD zusammenfand, was im Herbst 1931 zu ihrem Parteiausschluß und zur Gründung der SAP führte.

In dem 1922 geschriebenen Lukács-Aufsatz, den der Verlag dem Neudruck der "Organisation im Klassenkampf" vorangestellt hat, heißt es: Der "Theorie und Praxis vermittelnde Charakter der Organisation zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Organisation für voneinander abweichende Richtungen eine viel größere, feinere und sicherere Empfindlichkeit zeigt, als jedes andere Gebiet des politischen Denkens und Handelns. Während in der bloßen Theorie die verschiedenartigsten Anschauungen und Richtungen friedlich nebeneinander leben können, ihre Gegensätze nur die Form von Diskussionen annehmen, die sich ruhig im Rahmen einer und derselben Organisation abspielen können, ohne diese sprengen zu müssen, stellen sich dieselben Fragen, wenn sie organisatorisch gewendet sind, als schroffe, einander ausschließende Richtungen dar" (S. V). Diese Bedeutung der Organisationsfragen wurde von den Linken durchaus erkannt, weil es gerade die Grenzen der Organisation waren, an die sie mit ihren Reformversuchen stießen. Die fünf Autoren wollten Reformen innerhalb der SPD durchsetzen. Keiner von ihnen geht so weit wie Lukács, der den alten Typus der Partei, wie die SPD ihn verkörpert, ablehnt und für eine Kaderpartei von Berufsrevolutionären nach dem Vorbild der Bolschewiki eintritt.

Bieligks Untersuchung schildert die Entwicklung der SPD seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes. In der Bewilligung der Kriegskredite 1914 manifestiert sich für ihn die Wendung der Partei zum Revisionismus. Linke

Minderheiten wurden unterdrückt, zum Teil mit Hilfe bürgerlicher Kräfte, was am Beispiel des "Vorwärts" gezeigt wird. In der zweiten Hälfte seines Aufsatzes behandelt Bielligk die bestehende Organisationsform. Er kritisiert den Wandel der SPD von der Klassenkampfpartei zur Massenpartei, die mangelnde Integration der Jugend, die Überorganisation und Organisationszersplitterung, die allgemeine Entpolitisierung der Parteimitglieder, die Vorherrschaft des Parteivorstandes und der Parlamentsfraktionen. Einzelne Punkte, bei denen die Kritik der fünf Sozialdemokraten ansetzt, lassen sich auch bei Lukács finden, allerdings in einem anderen Kontext. Für Lukács sind diese Punkte keine "Entartungserscheinungen" der Partei der Arbeiterklasse, die man reformieren kann, sondern sie machen gerade das Wesen der Parteien des alten Typus aus. Er beschreibt die Verdinglichung innerhalb dieser Parteien: "Die Mitglieder hängen nur durch abstrakt erfaßte Teile ihrer Existenz mit der Organisation zusammen, und diese abstrakten Zusammenhänge objektivieren sich als getrennte Rechte und Pflichten" (S. XXVII). - Laumann führt in seinem Aufsatz eben diesen Zug der SPD an, wenn er die Arbeitsteilung innerhalb der Partei am Beispiel der unteren Funktionäre erläutert, die zum Flugblättern verurteilt sind, während die politischen Entscheidungen in den "Instanzen" gefällt werden. Die Funktionäre werden nach ihrer Fähigkeit, im Apparat zu funktionieren, ausgewählt. Laumann sieht eine Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern, in der "Verlegung der Aktivität der Gesamtbewegung vom organisatorischen Apparat in die proletarische Masse" (S. 146). Für ihn "hat das Wort Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung keinen Sinn, wenn es nur die Art des Zustandekommens der 'Regierung', aber nicht die ihres Funktionierens umschreibt" (S. 146). Er fordert freie Diskussionen in der Parteipresse, die Abberufbarkeit von gewählten Funktionären und die Möglichkeit, ihnen nach ihrer Wahl Weisungen zu erteilen. - Wagner sieht die Gefahr der Anpassung von Organisationen der Arbeiterklasse an kapitalistische Formen und empfiehlt dagegen den Ausbau der innerparteilichen Demokratie. - Ernst Eckstein kodifiziert die organisatorischen Forderungen der Linken in einem Gegenentwurf zum geltenden Organisationsstatut der SPD. Er hofft eine Politisierung der Parteimitglieder dadurch zu erreichen, daß er ihnen auf den unteren Ebenen ein effektives Mitspracherecht an politischen Entscheidungen zubilligt. Auf Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksebene sollen Ausschüsse eingerichtet werden, die die Organisationen politisch leiten und für eine Willensbildung von unten nach oben sorgen. Neben diesen Ausschüssen bestehen geschäftsführende Vorstände. Der Gegenentwurf enthält Vorschläge, die die Macht der Parteispitze und der besoldeten Funktionäre einschränken, so die Wahl der besoldeten Funktionäre auf Zeit durch die Körperschaften, für die sie tätig sind; Verbot für die Sekretäre, Mitglieder der Parteinstanz zu sein, die sie anzuweisen, zu überwachen und anzustellen hat; Trennung von Abgeordnetenmandaten und Parteisekretärstätigkeit; Kontrolle der Reichstagsfraktion durch die Parteiführung; imperatives Mandat für die Abgeordneten, das ihnen von den lokalen Organisationen erteilt wird, die sie ins Parlament gewählt haben; Beschränkung des Stimmrechts auf Parteitagern auf die in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten; Abschaffung des seit 1924 geltenden besonderen Ausschlußrechts des Vorstandes.

Die starke Betonung der innerparteilichen Demokratie in den in dem vorliegenden Bd. vereinigten Aufsätzen läßt den Verdacht aufkommen, dahinter

stecke die Theorie, daß, sowie das proletarische Klassenbewußtsein sich in der Partei erst frei entfalten könne, die Partei automatisch revolutionär gestaltet werde. Lukács' Einwand gegen diese "revolutionär-organische" Theorie der spontanen Massenkämpfe" (S. X ff.) - daß nämlich der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft früher erfolgen könne als die Festigung des revolutionären Klassenbewußtseins - scheint stichhaltig. Beispiele für dieses Argument liefert die Geschichte der Weimarer Republik - von 1928 bis 1933.

Gudrun Neufert und Ute Peters

GORZ, André: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. - Frankfurt/M.: Europ. Verlagsanstalt 1967. 244 S. = res novae, Bd 51. DM 16, 80.

In der Flut der heute so modischen "revolutionären" Literatur nimmt André Gorz einen besonderen Platz ein. Er verzichtet, o Wunder, nicht nur auf die pseudowissenschaftliche esoterische Terminologie, die vielen "linken" Schriften die Wirkung verbaut; er bemüht sich auch, nicht lediglich Bestehendes zu verurteilen, sondern Wege zur revolutionären Veränderung des Bestehenden zu zeigen. Seinem relativen Realismus liegt ein Bruch mit der immer noch nicht ausgestorbenen vulgär-marxistischen Theorie von der Zwangsläufigkeit des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zugrunde. Gorz schreibt, das Elend sei keine Triebkraft für eine revolutionäre Arbeiterbewegung mehr; aus wirtschaftlicher Not werde kein Arbeiter mehr auf die Barrikaden gehen, die Unerträglichkeit des kapitalistischen Systems sei nicht mehr "absolut", sondern "relativ": Gemessen an den Forderungen, die bei dem heutigen Stand der technischen Entwicklung an die Wirtschaft gestellt werden müßten, sei der Kapitalismus allerdings immer noch unerträglich. Er behindere die freie und vielseitige Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, weil er die Produktion nicht den wirklichen Bedürfnissen vernünftiger Menschen, sondern die Bedürfnisse einer nach den Interessen der Kapitaleigentümer gesteuerten Produktion unterwerfe. Eine Zentralthese der gegenwärtigen Kapitalismuskritik, die von der Verfälschung der wirklichen Bedürfnisse des Menschen durch Werbung, ist somit auch bei Gorz vorhanden, und ebensowenig wie die übrigen Kritiker macht er sich die Mühe zu überlegen, wie denn in einer besseren Wirtschaftsordnung die wahren Bedürfnisse festgestellt werden könnten. Doch immerhin: Gorz sieht, daß der Zustand der gegenwärtigen hochindustrialisierten "kapitalistischen" Gesellschaften keinesfalls so heillos ist, daß die Ausgebeuteten von allein protestieren würden. Aufgabe der Arbeiterbewegung müsse es daher sein, durch Agitation und Aktion die Unzulänglichkeit des Kapitalismus zu demonstrieren.

Für die Agitation gibt Gorz relativ wenig Anregungen. Folgt man seinen Prämissen, so wäre der Entwurf eines völlig neuen Konsummodells, das den wirklichen Bedürfnissen der Menschen entspräche, vordringlich; denn nur durch ein konkretes Gegenmodell zur kapitalistischen Produktionssteuerung könnte den Arbeitern der Sinn des Kampfes für den Sozialismus klargemacht werden. Gorz beschränkt sich jedoch darauf, dieses neue Konsummodell zu fordern; er gibt kaum Hinweise darauf, wie es konkret aussehen könnte.

Größeres Interesse können seine Thesen über die revolutionäre Aktion beanspruchen. Er unterscheidet "reformistische" Reformen, die der Erhaltung des bestehenden Systems dienen, und "revolutionäre" Reformen, die bereits im kapitalistischen System möglich sind, aber darüber hinaus zielen und zu seiner Schwächung beitragen. Revolutionäre Reformen stärken die Machtpositionen der Arbeiterbewegung. Diese Machtpositionen dürfen aber nicht "subaltern", sie müssen "autonom" sein: Subalterne Machtpositionen ermöglichen die Mitverantwortung für eine systemstabilisierende Politik, etwa eine staatliche Lohn- und Preiskontrolle; autonome Machtpositionen dagegen stellen die Grundlagen der Wirtschaftspolitik in Frage. Gorz glaubt, daß es möglich sei, solche autonomen Positionen bereits jetzt zu erkämpfen und auszubauen und so ein "dialektisches Fortschreiten des Kampfes auf eine immer höhere Ebene" (S. 16) zu sichern. Revolutionäre Reform ist für ihn also die realistische Alternative zu dem passiven Abwarten auf einen zwangsläufigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems oder zu dem aussichtslosen Versuch, die Macht mit einem Schlage zu erringen. Sehr ähnliche Thesen vertrat vor zwei Generationen Rosa Luxemburg; wie sie betont auch Gorz, daß nur in der Aktion die Erziehung und Schulung der Massen möglich sei, die den Sozialismus als Ziel der gegenwärtigen Praxis begreifen müßten.

Gorz glaubt, daß die Gewerkschaften für die Entwicklung des Klassenbewußtseins wichtiger seien als sozialistische Parteien. Die einzige Möglichkeit, die Klassenherrschaft der Arbeitgeber und des Staates anzugreifen, liege darin, jedem einzelnen Arbeitgeber ein Kernstück seiner Entscheidungsmacht zu entreißen (S. 58). Schrittweise Ausdehnung der Mitbestimmung, von Konflikt zu Konflikt, bis zur faktischen Kontrolle des Unternehmens durch die Arbeitnehmer ist sein Ziel. Hier zeigt sich eine erhebliche Überschätzung der Gewerkschaften, die auch durch französische und italienische Erfahrungen nicht zu erklären ist: Nirgendwo waren bisher die Gewerkschaften imstande, eine Strategie des permanenten Konflikts durchzuhalten; immer erwies sich die Bereitschaft der Arbeiter zum politischen Streik als relativ begrenzt, weil sie primär an greifbaren wirtschaftlichen Vorteilen interessiert waren und Verbesserungen von Löhnen und Arbeitsbedingungen in einem demokratischen Industriestaat leicht durchsetzen konnten. Gewiß mag es möglich sein, das Klassenbewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder durch Agitation und Aktion zu schärfen, nicht zuletzt deshalb, weil im Konflikt am schnellsten ein Solidaritätsgefühl entsteht. Die Motive einer radikalen Gewerkschaftspolitik müssen aber nicht nur den Arbeitern, sondern der Mehrheit der gesamten Gesellschaft klar und überzeugend erscheinen. Sonst könnte die Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität, die eine Konfliktstrategie unvermeidlich mit sich brächte, zur Aktivierung und Solidarisierung aller antisozialistischen Kräfte und zur Spaltung der Arbeiterbewegung führen.

In der Begründung der revolutionären Zielsetzung liegt denn auch der schwächste Punkt der Theorie von Gorz. Es dürfte ihm sehr schwer fallen, Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die "relative Unerträglichkeit" des gegenwärtigen Systems die Verschärfung des Klassenkampfes und die Gefährdung des auch von den Arbeitern geschätzten Wohlstandes erfordert. Könnten nicht die Schwächen des gegenwärtigen Systems, vor allem die "Verelendung" im Bereich der kollektiven Bedürfnisse, durch eine Strategie des begrenzten Konflikts auch im Rahmen einer reformistischen Politik korrigiert werden? Da die Antwort auf diese Frage keineswegs so eindeutig ist, wie die Revolutionäre glauben, laufen ihre Vorschläge letzten Endes darauf hinaus,

die Arbeiterschaft durch die künstliche Erzeugung von Konflikten in eine radikale Ideologie hineinzum manipulieren. Ob das nun sehr viel besser ist als die Manipulierung durch die gegenwärtig Herrschenden, und ob diese Strategie tatsächlich dazu beitragen kann, mündige demokratische Bürger zu erziehen, bleibt zu fragen.

Dieter Grosser

NEGT, Oskar: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung. - Frankfurt/M.: Europ. Verlagsanstalt 1968. 102 S. = Theorie und Praxis der Gewerkschaften. DM 7,-.

Wie jede Bildungsintention ist auch die Arbeiterbildung von dem Zeitpunkt an, da sie als theoretisches Problem formuliert wurde, in ihren Grundlagen und Voraussetzungen "fragwürdig" gewesen. Einen neuen, belebenden Akzent erhält die Diskussion, die in den letzten Jahren trotz beachtlicher Beiträge, etwa denen von Tietgens oder Hildegard Feidel-Mertz, doch recht esoterisch geführt worden ist, durch das zwar nicht überraschende, dennoch aber bemerkenswerte Phänomen, daß es kaum eine Kommunikation zwischen den Bestrebungen der radikalen linken Intelligenz und der Arbeiterschaft in der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation gibt.

Es ist gewiß ein fruchtbarer Ansatz, dieses Problem vom Bildungsaspekt her anzugehen, wie es der Frankfurter Soziologe Oskar Negt mit seinem Beitrag zur Theorie der Arbeiterbildung unternimmt. Negt stellt die Problematik der gegenüber ihrer Ausgangsbasis des materiellen Elends im Frühkapitalismus "umstrukturierten" individuellen Konfliktsituation des Arbeiters in die von Widersprüchen gekennzeichnete Gesellschaft der fortgeschrittenen westlichen Industrieländer hinein. Er vertritt hier eine Position dialektischer Reflexion, die in einer Weiterentwicklung marxistischer Methode das Bewußtsein auf die konkrete Totalität der Gesellschaft bezieht, die ihr politikwissenschaftliches Pendant in Wolfgang Abendroths Marburger Institut hat, womit freilich ein Gegensatz zu einer empirisch-analytischen Soziologie, die auf Auflösung der Totalität der Erfahrungsobjekte ausgerichtet ist, impliziert wird.

Auch für den, der diese wissenschaftstheoretische Ausgangsbasis nicht zu akzeptieren vermag, sind die gesellschaftspolitischen und pädagogischen Konsequenzen Negts durchaus diskussionswürdig. Aus der Stellung der Gewerkschaften als einer mächtigen gesellschaftlichen Organisation mit der verpflichtenden Aufgabe autonomer Politik leitet der Vf. die politische Aufklärungsfunktion der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ab. Dies setzt eine Neuformulierung des exemplarischen Lernprinzips voraus, das aus der didaktischen Beengtheit einer bloßen Stoffreduktion zur spezifischen Methode der Arbeiterbildung erweitert wird, in der es um Erziehung zu soziologischer Denkweise geht, auf die es als Orientierungshilfe mehr ankommt als auf einzelne, mehr oder weniger praktikable Informationen. Die Umsetzung analytisch-wissenschaftlicher Sachverhalte in anschauliche außerwissenschaftliche Denk- und Sprachformen, das Spannungsverhältnis von "formaler" und "öffentlicher" Sprache, von Negt als "Kardinalproblem der exemplarischen Bildung der Arbeiter" bezeichnet, führt unmittelbar in die aktuelle gesellschaftspoli-

tische Problematik hinein, allerdings nicht nur als Artikulationsproblem radikaler Minderheiten, sondern als eine der existentiellen Voraussetzungen für eine funktionierende demokratische Gesellschaft zur wirksamen Kontrolle und zur Formulierung von Alternativen im politischen Entscheidungsprozeß.

Gerhard Wuthe

VOLKMANN, Heinrich: Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848 - 1869. - Berlin: Duncker & Humblot 1968. 218 S. = Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd 13. DM 39,60.

Diese bei Richard Dietrich entstandene Berliner Dissertation betritt nicht nur thematisch Neuland und füllt die Lücke auf, die in der Erforschung der preußischen Sozialpolitik vor Bismarck bestand; sie löst sich auch von den bisherigen - ideengeschichtlichen und biographischen - methodischen Zugängen und sucht in einem der Zentren sozialpolitischer Entscheidungen in Preußen, dem Abgeordnetenhaus, vor allem die aus Interessenlagen und parteipolitischer Opportunität entstehenden Motive für die damalige Sozialpolitik zu fassen. "Parlamentarische Alltagsarbeit der Parteien" rangiert in dieser Studie vor den in ihrer konkreten Durchschlagskraft angezweifelte "Parteigrundsätzen". Um diese Zwecke zu erreichen, erschien es dem Vf. sinnvoll, die Studie auf die die Industriearbeiter betreffenden sozialpolitischen Regelungen zu beschränken und damit die Reaktion eines damals neuen politischen Entscheidungsträgers, des Parlaments, auf eine neue, in dieser Zeit der Industrialisierung erst entstehende soziale Schicht darzustellen.

Die Studie setzt 1848 ein und sucht die Bedeutungslosigkeit der Arbeiterpolitik im parlamentarischen Bereich während dieser keineswegs rein bürgerlichen Revolution dadurch zu erklären, daß die industrielle Arbeiterschaft in den damaligen Parlamenten kaum vertreten war, den damaligen Parlamentariern aber von der Interessenlage, von der liberalen Ablehnung staatlicher Intervention und von der Sachinformation her die Voraussetzungen fehlten, um die Arbeiterfrage zu regeln (S. 29 ff.). Die Beteiligung der Industriearbeiter an der Revolution scheint dem Vf. erst in der Reaktionszeit wirksam geworden zu sein - freilich nur als "Reaktion", denn hinter den sozialpolitischen Regelungen dieser Zeit, der Gewerbe-, Kinderschutz-, Armenrechtsnovelle und Kassengesetzgebung, stand nicht primär die Absicht, die Lage der industriellen Arbeiterschaft zu verbessern. Sie entstanden aus unterschiedlichen Motiven, und der Vf. versteht sie als "Politik der Furcht", als "Interessenpolitik der Arrivierten zum Schutz der bestehenden Ordnung vor den unten nachdrängenden Bevölkerungsschichten". Die "Neue Ära" bot hier keine neuen Ansätze. Erst in der Konfliktzeit schlug die Entstehung der Arbeiterbewegung in neue sozialpolitische Versuche liberaler und konservativer Provenienz um, die letzten Endes auf eine innenpolitische Lösung des Verfassungskonflikts abzielten. Die Sozialpolitik geriet unter den Einfluß der Wahlpolitik. Die daraus entstandenen sachfremden Entscheidungen sind für den Vf. ein wichtiger Faktor für das Entstehen einer revolutionären Arbeiterbewegung (S. 141 f.). Mit dem Verfall der Fortschrittspartei 1866 war die Chance einer linksliberalen Arbeiterbewegung und damit die wohl wichtigste Alternative zur sozialistischen Arbeiterpolitik vorüber (S. 184 f.).

Hartmut Kaelble

JAEGER, Hans: Unternehmer in der deutschen Politik (1890-1918). - Bonn: Ludwig Röhrscheid Verl. 1967. 383 S. = Bonner Historische Forschungen, Bd 30. DM 45,-.

Die vorliegende Arbeit, die als Dissertation bei dem Sozial- und Wirtschaftshistoriker Wolfgang Zorn entstand, hebt sich von anderen Teilanalysen des deutschen Imperialismus vor allem durch ihre Fragestellung ab. Der Vf. sucht den politischen Unternehmer dieser Epoche "in Form einer vorsichtigen Wirksamkeits- und Verursachungsrechnung von den Faktoren Wirtschaft und Unternehmung her" zu fassen (S. 13). Methodisch wohl angeregt und mitgeprägt von den typologischen Untersuchungen Zorns zum frühindustriellen Unternehmer, beschreitet der Vf. dazu drei Wege: erstens den ihm am wichtigsten erscheinenden Weg der biographischen Materialsammlung und Fragestellung; zweitens den Weg der gruppenstatistischen Analyse, der Korrelation ökonomischer Interessen- und politischer Verhaltensmerkmale; drittens schließlich den Weg, über die für die Wilhelminische Ära typischen Verhaltensweisen zu zeitbedingten Verhaltensmerkmalen, zur "Zeitgestalt" des damaligen Unternehmers im politischen Bereich zu gelangen. Der Vf. diskutiert zwar Elemente von Modellen wie etwa des Schumpeterschen oder Leninschen, es kommt ihm jedoch wesentlich darauf an, auf induktive Weise "plausible Typen zu gewinnen, bei denen politischer Aktivitäts-Vordergrund und wirtschaftlicher Existenzhintergrund zusammenstimmen" (S. 10). Von dieser Fragestellung aus kritisiert er nicht nur die soziale und ökonomische Ansätze vernachlässigende allgemeine politische Geschichtsschreibung und die auf "den Raum zwischen Fabrikmauer und Handelskammerpräsidenten begrenzte" Wirtschaftsgeschichte. Er stellt sich auch die Frage, ob die typologischen Versuche Redlichs und Schumpeters zum politischen Unternehmer nicht allzusehr auf ein charismatisches Grundbild festgelegt sind.

Die vor allem auf gedruckten Materialien verschiedenster Kategorien beruhende Studie besteht aus drei Teilen. In einem ersten Teil behandelt der Vf. die Instrumentarien politischen Einflusses der damaligen Unternehmer. Er schildert ihre Stellung in Parlamenten und Parteien, in politischen und Wirtschaftsverbänden und schließlich ihre außerinstitutionellen Einflußmöglichkeiten. In einem zweiten Teil stellt er die Haltung der Unternehmer zu verschiedenen Bereichen der Politik, zur Kolonial- und Rüstungspolitik, zur Kriegswirtschaft und Kriegszielfrage und zu einigen Aspekten der Innenpolitik dar. In einem dritten, analytischen Teil schließlich versucht der Vf. auf der Grundlage der vorhergehenden empirischen Teile zu einer Typologie des politischen Unternehmers der Wilhelminischen Ära zu gelangen. Als Grundergebnis seiner Studie stellt er am Ende fest, daß die Wilhelminische Ära zwar durch "eine stärkere Verschränkung wirtschaftlicher und rein politischer Denkweisen" geprägt war, daß die Mehrzahl der damaligen Unternehmer jedoch keine eigenständigen politischen Konzeptionen entwickelte und die Unternehmer als Gruppe daher weder positiv noch negativ für die Katastrophe von 1914 einen grundlegend entscheidenden Faktor darstellten. - Hinzuweisen wäre noch auf eine an anderer Stelle veröffentlichte Zusammenfassung der vorliegenden Studie, die man sich hier als abschließendes Kapitel gewünscht hätte (Hans Jaeger, Unternehmer und Politik im Wilhelminischen Deutschland, in: Tradition 12 [1968], S. 1 ff.).

Hartmut Kaelble

RYDER, A. J. : The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt. - London: Cambridge Univers. Press 1967. XV, 303 S. 63 s .

Mit hohen Erwartungen nimmt man das hier anzuzeigende Buch in die Hand: Der Titel verspricht neue Erkenntnisse und Analysen, die Ausstattung des Buches ist vorzüglich, so besonders die große Zahl von Bildern und Faksimiledrucken, die man sonst nur in repräsentativen Jubiläumsschriften findet. Doch schon bald stellt der Leser enttäuscht fest, daß weder eine neue, noch eine wenigstens in Teilbereichen originelle Interpretation der Novemberrevolution und der deutschen Arbeiterbewegung vor ihm liegt, sondern daß auf altbekannte Weise die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie während des Weltkrieges beschrieben wird. Dabei ist anzuerkennen, daß es sich um eine saubere, durchaus ausgewogene Deskription handelt. Nur müssen wir uns fragen, ob beim jetzigen Stand der Forschung nicht neue Fragestellungen und andere methodologische Ansätze, die die Untersuchung sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Strukturen ermöglichen, von Bedeutung wären. Uns liegen wichtige Forschungsergebnisse zur Geschichte der Novemberrevolution und der deutschen Arbeiterbewegung während des Weltkrieges vor. Gleichwohl sind bestimmte Teilbereiche der Wirtschafts- und Sozialgeschichte bisher so gut wie unerschlossen, und es ist daher einfach verfrüht, schon heute eine die ganze Breite des historischen Prozesses umfassende Analyse der Novemberrevolution versuchen zu wollen.

So bietet das Buch Ryders keine neuen Forschungsergebnisse, und angesichts des unübersichtlichen und keineswegs abgeschlossenen Forschungsstandes gerät die Darstellung des Autors oft zu stromlinienförmig; Thesen werden undifferenziert vorgetragen und mögen beim Laien den Eindruck erwecken, als handle es sich hier um den gesicherten Forschungsstand. Ryder vertritt immer noch die These, daß es eine ungebrochene Kontinuität zwischen Reformisten und MSPD, zwischen Parteizentrum und USPD, zwischen Linksradikalen und Spartakusbund/KPD gegeben habe. Die MSPD habe die reformistischen und nationalistischen Elemente der deutschen Arbeiterbewegung zusammengefaßt, die USPD habe dagegen die revolutionären und internationalistischen Prinzipien des Sozialismus trotz widriger Umstände vertreten. Uns ist heute aber bekannt, daß es nicht nur ständig einen personellen Wechsel zwischen den Flügeln und Parteien der deutschen Arbeiterbewegung gegeben hat, sondern wir haben auch gelernt, sehr genau innerhalb der Flügel und Parteien so zu differenzieren, daß wir es heute nicht mehr wagen können, mit der einprägsamen Formel des kleinsten gemeinsamen Nenners zu argumentieren. Ein anderer, methodologischer Einwand muß vorgebracht werden: Ryder wirft der deutschen Revolution vor, daß es ihr an "Genialität" (genuineness) gemangelt habe, daß den Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung die brillante und charismatische Führung gefehlt habe. Dies alles mag man als richtig gelten lassen - doch sollte der Autor dann wenigstens klarzumachen versuchen, welche Rolle er der Persönlichkeit wenigstens potentiell in der Novemberrevolution zugesprochen hätte. Mir scheint, daß Ryder die sozial- und wirtschaftspolitischen, aber auch die außenpolitischen Faktoren und Bedingungen zu wenig beachtet hat. Wie könnte er sonst behaupten, daß der Weltkrieg die politische und soziale Struktur stärker verändert hätte als die Französische Revolution.

Das Ergebnis des Buches bleibt hinter unseren Erwartungen zurück. Als Nachschlagewerk mag es dennoch recht nützlich sein. So ist auf wenigen Seiten die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands 1917 zusammengefaßt (S. 84 ff.); der Ablauf der Revolution in den verschiedenen Staaten und Städten des Reiches (S. 142 ff.); die Berliner Ereignisse am 9. und 10. November 1918 (S. 149 ff.); die Diskussionen auf dem ersten Rätekongreß (S. 177 ff.). In der Zusammenfassung kommt der Autor zu der nicht gerade originellen, aber um so unverbindlicheren These, daß die Revolution das Ergebnis Bismarckscher Politik und marxistischer Theorie sei. Leider hat der Vf. einen ganzen Stapel wichtiger Veröffentlichungen nicht beachtet. Hierzu gehören die deutschen Dissertationen von Richard Bünemann, Theo Eberle, Helmut Neubauer und Hans Schieck und die Arbeiten von Richard A. Comfort, Kurt Koszyk, Richard Löwenthal und Gerhard A. Ritter.

Peter Lösche

BEUTLER, Lutz: Zentralismus und Föderalismus bei den Arbeiter- und Soldatenräten unter besonderer Berücksichtigung des Zentralrats. - Staatsexamensarbeit FU Berlin 1968. Masch. schriftl. II, 117 S.

Die Mitte Juni 1968 abgeschlossene Arbeit beruht ausschließlich auf gedruckten Quellen. Sie untersucht das Thema in zwei Richtungen: Zum einen steht die staatsrechtliche Problematik im Vordergrund, d.h. die Frage, wie Arbeiter- und Soldatenräte das Verhältnis Reich - Länder nach der Novemberrevolution 1918/19 beurteilten und gestaltet sehen wollten. Zum anderen werden die Beziehungen lokaler Räte zu ihren Spitzenorganisationen und umgekehrt analysiert. Von den Berliner Reichsinstanzen sind neben dem (ersten) Zentralrat (ZR) auch der Rat der Volksbeauftragten (RdV), der Vollzugsrat (VR) und die beiden Rätekongresse (RK) behandelt. Bei den Ländern setzen den quellenbedingten Schwerpunkt die Stadtstaaten Bremen und Hamburg, ferner für Süddeutschland Bayern. Das größte Land, Preußen, ist nur durch das ZR-Material vertreten, während die ostelbischen Provinzen vernachlässigt werden mußten.

Die Arbeit zeigt zum ersten Problemkreis, daß die 1918 entstandenen Räte keine staatsrechtlichen Vorstellungen zum Verhältnis Reich - Länder besaßen. Ihre bloße Einheitsstaat-Forderung entbehrte aller praktikablen Überlegungen zur nötigen Kompetenzaufteilung zwischen Ganzem und Gliedern. Ungeachtet der zentralistischen Maxime beeilten sich Berliner und Länderinstanzen, das von der Revolution nicht angetastete Bundesstaatsgefüge für die jeweils eigenen Ziele zu nutzen. RdV und VR taten sich in ihrem Wettlauf um die Macht hierin besonders hervor. Allerdings bediente sich der RdV, der von Anbeginn die tragfähigere Machtbasis besaß, als erster konsequent des Mittels. Er erkannte mit und auf der von ihm berufenen ersten Reichsstaatenkonferenz am 25.11.1918 den Ländern das ~~Recht auf~~ weitere Existenz zu. Als Gegenleistung bestätigten die Ländervertreter den RdV nicht nur in seiner Stellung, sondern begrenzten mit ihrer Zustimmung zur Einberufung einer Nationalversammlung das Bestehen der Räte als politische Organe auf die Übergangszeit bis zum Zusammentritt der Konstituante. Der VR hatte dem Votum nichts entgegenzusetzen, obwohl auch er gegen Ende seines kurzen Daseins bundesstaatliche Überlegungen zur Stärkung der eigenen Position

herausstrich. Das Mittel versagte beim zweiten Aufguß. Der ZR, sowieso dem RdV meist ergeben, erbte bereits die konsolidierten Länder. Wie die beiden RKe forderte zwar auch er die Schaffung des deutschen Einheitsstaates, doch verkehrten alle Beteiligten ihren Standpunkt ins Gegenteil, sobald eigene Machtansprüche tangiert wurden. So verweigerte der erste RK unter faden-scheinigen Vorwänden die Aussetzung der Wahlen zu den Landesversammlungen, und der ZR konnte nicht zu einer Aufteilung Preußens gewonnen werden. Gerade die ZR-Protokolle zeigen eklatante Beispiele des föderalistischen Mittel-zum-Zweck-Denkens. Je nach tagespolitischer Interessenlage kehrte man den Zentralisten oder Föderalisten hervor.

Die Länder verfolgten prinzipiell die gleiche Politik, zeigten aber zwei Tendenzen. Im radikalen Norden forderten die Räte den Einheitsstaat und fühlten sich als Liquidatoren der überlebten Bundesstaatsstruktur. Im gemäßigten Süden pochten die MSPD-Räte auf die bestehende Rechtskontinuität, um einerseits den geerbten politischen und territorialen Besitzstand zu wahren und andererseits der angeblichen Radikalisierung in Berlin Einhalt zu gebieten oder sie wenigstens den eigenen Grenzen fernzuhalten. Nach der Legitimierung durch den RdV am 25.11. konzentrierten sich die gemäßigten Föderalisten auf die alten Reservatrechte, vor allem die Beteiligung an der Reichswillensbildung. Die norddeutschen Räte entdeckten den Föderalismus erst, als ihnen die gesamtpolitische Entwicklung im Reich mißfiel. Ihre Bemühungen richteten sie auf einen Punkt: Verfassungsautonomie. Sie wollten im bewußten Gegensatz zum Reich mit seiner parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ihre rätedemokratischen Errungenschaften behalten. Die Räterepubliken sollten Reservate der Revolution sein, so wie sich vorher die anderen Länder als Hüter gegen die Ausbreitung der radikalen Spielart der Revolution verstanden hatten. Bayern nahm eine - hier nicht näher auszuführende - Sonderstellung ein.

Zum zweiten Problemkreis - also innerhalb der Räterebewegung - trifft die Arbeit wegen der Quellenlage sehr viel weniger Aussagen. Immerhin kann sie zunächst das Fehlen jeder durchdachten Rätetheorie nachweisen, die alle Zuständigkeiten zwischen Zentrale und unterer Einheit sinnvoll aufgeteilt hätte. Außerdem dokumentiert sie, daß die Spitzenorganisationen der deutschen Räte entweder nicht fähig - VR - oder nicht willens - ZR - waren, Kommunikationen zu den regionalen/lokalen Räten aufzunehmen und ein Rätensystem zu institutionalisieren. Umgekehrt bezogen die örtlichen Räte Extrempositionen. Sie ignorierten alle Anweisungen politisch nicht genehmer Spitzenräte. Sie sortierten die Richtlinien oder Anordnungen nicht etwa nach ihrer Brauchbarkeit, um von Fall zu Fall zu entscheiden, sondern schritten zur strikten Insubordination. Das widerfuhr dem VR seitens der MSPD-Räte, dem Schicksal verfiel der ZR durch die USPD-Spartakusräte.

Warum die Frage nach Zentralismus und Föderalismus weder auf staatsrechtlichem Gebiet noch innerhalb der Rätebewegung systematisch behandelt und beantwortet wurde, ist auf das Selbstverständnis der Räte und die rätefeindliche Politik ihrer Kontrahenten zurückzuführen. Getreu der selbstgewählten Funktion als Notbrücke zur Demokratie übertrug die erdrückende Mehrheit der Räte die Klärung aller verfassungspolitischen Fragen unter Ablehnung eines politischen Rätensystems der Nationalversammlung. Da man einzig den reibungslosen Übergang zur erstrebten parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ermöglichen wollte, fehlte jeglicher Anlaß zu weitergehenden Überlegungen. Die von anderen grundsätzlichen Vorstellungen gepräg-

ten radikalen Räte fanden unter der anfänglichen Flut der drängenden Tagesaufgaben und dem Druck, später ständig ums eigene Dasein kämpfen zu müssen, keine Gelegenheit, konkrete Konzeptionen zu entwickeln. Was man vor der Revolution versäumt hatte, vermochte man danach nicht mehr zu korrigieren. Der entscheidende Grund der Nichtdurchführung eines Rätessystems lag aber in der Haltung der Mehrheit des deutschen Volkes gegen die mit Bolschewismus und Anarchie gleichgesetzten rätedemokratischen Experimente. Die einen stießen sich an der Formel "Räte"; sie verlangten die repräsentative Demokratie. Anderen mißfiel der Ausdruck "Demokratie" überhaupt; ihnen galt die Beseitigung der Räte als ein erster Schritt zur Konterrevolution und damit zur Abschaffung der Demokratie an sich. Trotz der unterschiedlichen Motive trafen sich beide Seiten im erfolgreichen Kampf gegen alle politischen Räte.

Autorreferat

KORSCH, Karl: Arbeitsrecht für Betriebsräte (1922). Hrsg. und mit e. Vorwort von Erich Gerlach. Eingel. von Dieter Schneider. - Frankfurt/M., Wien: Europ. Verlagsanstalt u. Europa Verl. 1968. 156 S. = Politische Texte, Kart. DM 12,-, Ln. DM 18,-.

Die vorliegende Neuauflage ist um den Teil gekürzt, "in dem lediglich ein Kommentar zum Reichsbetriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 gegeben wird" (Einleitung, S. 20). Diese Kürzung ist verständlich und vertretbar, obwohl sie eine gewisse Akzentverlagerung von der konkreten Analyse zur allgemeinen Theorie des Arbeitsrechts zur Folge hat. Immerhin wäre es wünschenswert, wenn in einer Neuauflage auch Korsch's Vorwort von 1922 abgedruckt würde.

Methodischer Ansatz ist bei Korsch die Unterscheidung von Arbeitsvertrag und Arbeitsverfassung als konkurrierende, einander aber tendenziell ausschließende klassenspezifische Auffassungen des Arbeitsrechts (§ 1 und S. 144 ff.). "Freier Arbeitsvertrag" als juristische Begründung und ideologische Verschleierung der uneingeschränkten Herrschaft der Bourgeoisie steht der "Arbeitsverfassung" als der Summe der vom Proletariat erkämpften legalen Einschränkungen dieser Herrschaft gegenüber. Im (schematischen) Vergleich mit der Geschichte des politischen Emanzipationskampfes des Bürgertums wird dies Verhältnis dynamisiert. Wie dessen Ergebnisse schrittweise als konstitutionelle Zugeständnisse objektiviert wurden, so erscheinen die vom Proletariat erzwungenen Einschränkungen subjektiv als dessen "Mitwirkungsrechte" bei der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses (§§ 2-3). Der Vergleich bezeichnet zugleich auch schon die Grenze dieser Rechte: Nur nach der Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie erscheinen die verschiedenen Konzessionen als Etappen eines Weges. Nur angesichts des Ziels einer proletarischen Revolution, die die industrielle Demokratie verwirklicht, fungieren die Mitwirkungsrechte nicht als Stabilisatoren der Herrschaft, sondern als "Stützpunkte zur Vorbereitung des Endkampfes" (S. 57).

Diese dialektische Beziehung zwischen Reform und Revolution begleitet den geschichtlichen Abriß der Entwicklung der Mitwirkungsrechte (§§ 4-6), die Korsch schon vorher (S. 45-51) nach politischen, gewerkschaftlichen und

betrieblichen unterschieden hat. Der Akzent liegt auf letzteren und leitet über zur Analyse der Situation, die durch die Niederlage der Rätebewegung entstanden ist (§§ 7-9). Fand in den Räten die Forderung der Arbeiterklasse nach einer "direkten Form der Selbstbestimmung ihrer Arbeitsverhältnisse, die zugleich ihre Lebensverhältnisse sind" (S. 110), eine konkret revolutionäre Gestalt, so wurde diese durch den "großen Betrug" der "Verankerung des Räteystems in die Reichsverfassung" in ihr Gegenteil - die "Arbeitsgemeinschaft" zwischen Kapital und Arbeit - verkehrt (S. 120-124). Zugleich aber wurden im so entstandenen neuen Arbeitsrecht - hier wendet sich Korsch speziell dem Betriebsrätegesetz von 1920 zu - die Widersprüche zwischen beiden Auffassungen des Arbeitsrechts so verschärft, daß es sich für "eine Revolutionierung mit theoretischen Mitteln" (S. 151) anbietet (§ 10). Dies am Beispiel des Betriebsrätegesetzes im einzelnen durchzuführen und damit seine expansive praktische Anwendung im Klassenkampf zu erleichtern, versuchte Korsch 1922 in den hier weggelassenen §§ 11-20 seiner Schrift.

Götz Langkau

NIEKISCH, Ernst: Die Legende von der Weimarer Republik. Mit e. einleitenden Essay von Bodo Scheurig. - Köln: Verl. Wissenschaft und Politik 1968. 240 S. DM 20,-.

Ernst Niekisch hält an seinem bekannten Interpretationsschema der Weimarer Republik auch in diesem Buch geradezu monomanisch fest. Das infame "Großbürgertum" powerte in erbarmungslosem Klassenkampf mittels seiner Helfershelfer von der SPD bis zur NSDAP die dumbe Arbeiterschaft aus. Führer dieses Großbürgertums, das unermüdlich perhorresziert wird, ist natürlich Stinnes, dem jedes Mittel recht gewesen sei, um nicht nur den Achtstundentag wieder abzuschaffen, sondern auch die Arbeiterschaft vom europäischen "Beefsteakstandard" zum japanischen "Reisstandard" hinunterzudrücken. Auch die von ihm provozierte Ruhrbesetzung durch die Franzosen sei nur Mittel zu diesem Zweck gewesen, ebenso wie die Ankurbelung der Inflation. Ja, Niekisch traut "weitsichtigen Schwerindustriellen" sogar zu, das mittlere Bürgertum durch die Inflation bewußt ruiniert und proletarisiert zu haben, um in den deklassierten Kleinbürgern gegen die sozialistische Arbeiterschaft und die Republik manipulierbare Heerscharen zur Verfügung zu haben.

Mit dem Anspruch der Analyse polemisiert Niekisch erbarmungslos und undifferenziert gegen den weltanschaulichen Gegner. Die Sozialdemokratie wird zum masochistischen Henkersknecht. Hitler zum Laufburschen des Großbürgertums. Zitiert sei nur das Fazit der Brüning-Ära: "Die wenigen sozialdemokratischen Länderminister waren bloße Attrappen; sie handelten nicht mehr nach ihrem Programm, sondern nach den Anweisungen des Großbürgertums; sie hatten jeweils nur immer die zweckmäßigste Form zu finden, in der den Lebensinteressen der Arbeiterschaft Schaden zugefügt wurde. Die Befehlsvorhältnisse im deutschen Staat waren geklärt; die autoritäre Regierung errichtete die Autorität des Bürgers über den Arbeiter. Die große Koalition, in der sich die Sozialdemokratie als dienstfertige Kreatur des fremden und einheimischen kapitalistischen Bürgertums bewährt hatte, hatte den Staat an den Bettelstab gebracht; nunmehr machte ihn das Großbürgertum zu seinem

ausschließlichen Hausknecht" (S. 226). Lediglich die Brillanz, mit der Niekisch häufig seine Halbwahrheiten darbietet, versöhnt dann und wann mit seiner Eingleisigkeit: "Die Arbeiterschaft hatte die ganze monarchisch eingespielte Bürokratie zu schlucken; mit diesem Brocken im Magen machte sie keine revolutionären Sprünge mehr" (S. 60).

Die clauvinistischen Elemente im "Nationalbolschewismus" Niekischs treten in seinem letzten Buch deutlich in den Hintergrund. Zwar ist für ihn die Westorientierung Stresemanns noch immer ein Verrat an den wahren Interessen Deutschlands, aber er setzt dem doch nicht mehr die mythische Achse Sparta-Potsdam-Moskau entgegen, und in seinem Kapitel über den Nationalbolschewismus versucht er die frühere Ineinsetzung von "Reußentum und Sozialismus als rein taktisches Moment abzutun.

Niekisch hat sich zweifellos Verdienste darin erworben, die die Weimarer Republik beherrschenden bürgerlichen Tendenzen und die Hilflosigkeit der Sozialdemokratie herausgearbeitet zu haben. Gemessen an den auf den methodischen Grundlagen und Erkenntnissen Rosenbergs fußenden neueren Studien wirkt seine Betrachtungsweise jedoch erschreckend grobmaschig und undifferenziert. So erscheint die Veröffentlichung dieses Manuskripts aus dem Nachlaß Niekischs als ein recht überflüssiger Rückgriff auf ein Gespenst aus dem Kuriositätenkabinett der Weimarer Republik. Denn die neun (!) Anmerkungen des Bdes belegen nur eins: daß Niekisch die Bemühungen und Ergebnisse der neueren Geschichtsforschung nicht kannte bzw. ignorierte. Daran ändert auch der Versuch Bodo Scheurigs nichts, in seinem einleitenden Essay Niekisch hochzustilisieren als einen, der die irregeleitete Forschung "wiederum auf den Boden vergangener Tatsachen und Stimmungen" zurückhole, weil er selbst dem ihm unbekannten Rosenberg "mit seinem Erfahrungsreichtum und seinen pragmatischen Einsichten ... voraus" gewesen sei.

Hans H. Biegert

Exilliteratur 1933-1945. Eine Ausstellung aus Beständen der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main (Sammlung Exil-Literatur). Ausstellung und Katalog: Werner Berthold unter Mitarbeit von Christa Wilhelmi und Gudrun Anschütz. 3., erw. u. verb. Aufl. - Frankfurt/M.: Deutsche Bibliothek 1967. 352 S. u. 40 Abb. = Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek, Nr. 1. DM 8,40.

Das Exil ist keine Erfindung unserer Tage. Was jedoch nach 1933 geschah, war neu, schon allein von der Tatsache her, daß die Mehrzahl der Schriftsteller das Land ihrer Sprache verließ. Mit diesem Exodus von Literaten war gleichzeitig ein Exodus von Künstlern, Wissenschaftlern und Politikern verbunden. Ihnen und ihrer Literatur ist die Ausstellung und der zur Besprechung vorliegende Ausstellungskatalog gewidmet.

1965 erstmals in den Räumen der Deutschen Bibliothek gezeigt, fand diese Ausstellung einen nicht vorhersehbaren Widerhall. In vielen Städten des In- und Auslandes war sie zu sehen. Ebenso wie die Ausstellung selbst fand auch der Katalog große Beachtung, so daß mittlerweile die 3. Auflage vorliegt. Ausstellung wie Katalog vermögen nur einen kleinen Einblick in die für die Bundesrepublik einzigartige Sammlung von Druckschriften der Emigration

zu geben.¹ Faßt man diese Druckschriften unter dem Begriff "Exil-Literatur" zusammen, so täuscht man, wie zutreffend im Katalog bemerkt wird, eine "Einheitlichkeit", eine "Gemeinsamkeit" vor, die in Wirklichkeit gar nicht bestand. Da die einzige Gemeinsamkeit eben durch die Tatsache des Exils gegeben war, sahen sich Ausstellung und Katalog der Schwierigkeit gegenüber, einen adäquaten Überblick über die geistige Vielfalt der deutschen Emigration zu geben. Zu Beginn der Ausstellung hat man den Nationalsozialismus mit einigen Veröffentlichungen der politischen Abwehrfront der deutschen Emigration voran- und gegenübergestellt. Diese Abwehrfront, dieser "Gegenangriff der Emigration", übernahm die Aufgabe der im Reich zerschlagenen Opposition. Schicksal und Entwicklung der politischen Parteien und Splittergruppen ist ein weiteres Kapitel der Ausstellung, an das sich die Diskussion über den Sinn der Emigration unter den Exilanten sowie die Teilnahme der Schriftsteller im Kampf gegen Hitler anschließen. Außerdem werden behandelt: die schöne Literatur, die bildenden Künste und die Wissenschaft. Die Bedeutung der literarischen und kulturpolitischen Zeitschriften wird durch ein besonderes Kapitel unterstrichen. Der Hinweis, sie seien "als Quellenschriften für das geistige und politische Wirken der deutschen Emigranten noch zu wenig ausgeschöpft worden", gilt nicht nur für diesen Kreis der Zeitschriften, sondern ebenso für die politischen, insbesondere aber gewerkschaftspolitischen Periodika.

Viele der in der Ausstellung gezeigten Werke werden im Katalog durch kennzeichnende Zitate vorgestellt. Für die Autoren sind Kurzbiographien, für Parteien und andere Gruppen knappe Charakteristiken angefertigt worden. Mehrere Register erschließen den Katalog, dem auch ein Abbildungsteil beigegeben wurde. Sowohl Ausstellung wie auch Katalog, von Werner Berthold und seinen Mitarbeiterinnen von der Deutschen Bibliothek mit größter Sorgfalt zusammengestellt, verdeutlichen, daß die deutsche Geschichte weder 1933 aufgehört noch erst 1945 begonnen hat. Wenn heute noch - insbesondere in Wahlkämpfen - die latent vorhandenen nazistischen Vorurteile gegenüber Emigranten hochgespielt werden können, so ist dies ein Zeichen dafür, daß diese Ausstellung gerade in Deutschland bisher nur einen kleinen, besonders interessierten Kreis ansprechen konnte. Möge sie deshalb in Deutschland intensiver vorgestellt werden und damit der Ausarbeitung einer neuen Dolchstoßlegende als Entschuldigung für die Nazi-Niederlage, der sich einige Faktenfälscher zugewandt haben, entgegenwirken.

Jürgen Reimer

v. NELL-BREUNING, Oswald: Mitbestimmung. - Frankfurt/M.: Europ. Verlagsanstalt 1968. 157 S. = Theorie und Praxis der Gewerkschaften. DM 9,-.

Oswald v. Nell-Breuning gehört zum Kreis derer, die sich seit vielen Jahren theoretisch mit dem Problem der Mitbestimmung befassen. Der vorliegende Bd faßt Veröffentlichungen des Autors zu diesem Thema zusammen, denen eine Einleitung und ein Abschnitt zur Begriffsdefinition vorangestellt wurden. Insgesamt ergeben die zu verschiedenen Zeiten und Gelegenheiten entstandenen Teile ein in sich geschlossenes Buch, das sich auch als Einführung in die erneut aktuelle Diskussion um die Mitbestimmung eignet.

¹ Vgl. hierzu den Bericht von Werner Berthold in IWK, Heft 6, S. 95 f.

Im einzelnen beschäftigt sich Nell-Breuning mit den Fragen des Verhältnisses von wirtschaftlicher Mitbestimmung und Eigentumsrecht einerseits, Lohnarbeit andererseits, mit der Gestaltung der Unternehmensverfassung und mit der ordnungspolitischen Bedeutung der Mitbestimmung. Dem Buch sind Namens- und Sachverzeichnis beigegeben.

Nell-Breuning unterscheidet zwischen Betriebsebene, Unternehmensebene und überbetrieblichen Ebenen. Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist im wesentlichen die Unternehmensebene, in der nach Nell-Breuning die wirtschaftliche Mitbestimmung ihren Platz hat, denn dort stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln ist für Nell-Breuning aus technologischen Gründen unaufhebbar, "unabwendbares Schicksal". Die deutschen Gewerkschaften haben sich daher für den Weg der Partnerschaft, d.h. für die Organisation der Unternehmen nach dem Prinzip gemeinsamer, gleichberechtigter Leitung durch "Kapital" und "Arbeit" entschieden. Koordination soll also die bisherige Subordination ablösen.

Nell-Breuning entwirft ein eigenes Modell, das über die bisherige Regelung hinausgeht und in dem versucht wird, aufgetretene Mängel zu beseitigen, ohne die Mitbestimmung einzuschränken und ohne das bestehende Eigentumsrecht abzuschaffen. Er kritisiert das Montan-Mitbestimmungsgesetz als Fehlkonstruktion, da es verschiedene Rechtsprinzipien im Unternehmen nebeneinander bestehen lasse. Insbesondere meint er damit die Tatsache, daß die Hauptversammlung der Aktiengesellschaften unangetastet bleibt. Zudem sei die bisherige Form der Montan-Mitbestimmung nicht auf jede Rechtsform von Unternehmen anwendbar. Der Vf. schlägt für alle der Mitbestimmung zu unterwerfenden Unternehmungen, unabhängig von ihrer Rechtsform, eine klare Gliederung in Unternehmensversammlung, Unternehmensrat und Unternehmensleitung vor. Die Unternehmensversammlung soll zu gleichen Teilen von Vertretern des "Eigentums" und der "Arbeit" sowie einigen Vertretern "der Interessen der Allgemeinheit" besetzt werden. Der Unternehmensrat soll mit qualifizierter Mehrheit von der Unternehmensversammlung gewählt werden. Aus dem Unternehmensrat geht dann die Unternehmensleitung hervor. In bezug auf die ordnungspolitischen Aspekte vertritt Nell-Breuning die Meinung, daß erst eine konsequent angewandte Mitbestimmung die Marktwirtschaft zu einer "sozialen" machen kann.

Nils Diederich

GERHARDSON, Roland: Christen und Kommunisten. - Köln: Verl. Wissenschaft u. Politik 1966. 112 S. = Schriftenreihe des Studienkollegs für zeitgeschichtliche Fragen, Bd 2. DM 6,50.

Die vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland herausgegebene Broschüre will einen Überblick über die Entwicklung und einen Einblick in Struktur und Eigenart der Prager Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens (1958-1965) vermitteln. Sie gelangt dabei außer knappen lexikalischen Informationen über Organisationsformen, personelle Zusammensetzungen und Tagungsorte sowie -zeiten bisher abgehaltener Konferenzen nicht bis an den thematischen Kernpunkt der CFK-Arbeit, der darin besteht, das christliche Friedensgebot aus der individualisierenden Beschränkung auf den persönlichen Lebens- und Gewissensbereich zu befreien und zu primärer politisch-sozialer Relevanz führen

zu helfen. Wenn die theologische Problematik der CFK mit dem anekdotischen Hinweis (S. 8 u. S. 91) auf einige polemische Bemerkungen von Bischof Dibelius abgetan wird, so darf es nicht wundernehmen, daß die kirchengeschichtliche Bedeutung der CFK, die in den Jahren 1958-1961 den orthodoxen Kirchen den "Weg nach Genf" zum Eintritt in die Weltkirchenbewegung von beiden Seiten her ebnet half, nicht einmal ansatzweise gewürdigt wird. Wo geistig-geistlich der Blick getrübt ist, da schleichen sich fast automatisch auch lexikalische Datenfehler ein: So führte etwa Prof. Dietrich Goldschmidt nie den Vorsitz des Westberliner CFK-Arbeits-(nicht Regional-)Ausschusses, sondern seit seiner Konstituierung 1964 der Zehlendorfer Gemeindepfarrer und Bonhoeffer-Schüler Joachim Kanitz (S. 53).

Klaus Ehrler

MAMPEL, Siegfried: Herrschaftssystem und Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland. Die formelle und die materielle Rechtsverfassung der DDR. - Köln: Verl. Wissenschaft u. Politik 1968. 157 S. = Abhandlungen zum Ostrecht, Bd V. DM 28, --.

Der Vf. dieses Buches ist durch zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen über das Staatsrecht der DDR als gründlicher Kenner dieses Fachgebiets wohlbekannt. Er hat in mehreren Büchern, in einer Reihe von Zeitschriften und in einem wertvollen Kommentar zur Verfassung der DDR von 1949 die Verfassungsentwicklung, das Verfassungsrecht und die Verfassungswirklichkeit in Mitteldeutschland und in Ostberlin ausführlich dargestellt und durch seine kritischen Untersuchungen hervorragende Beiträge zur Erforschung des Herrschaftssystems und der Verfassungsstruktur in dem kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands geliefert.

Einer Darstellung des Herrschaftssystems und der Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsgeschichtlichen Grundlagen und der Verfassungswirklichkeit ist auch das vorliegende Buch gewidmet. Allem Anschein nach ist aber das Hauptanliegen des Vf.s in diesem Buch nicht die Darstellung der Verfassungsentwicklung, des Verfassungsrechts und der Verfassungswirklichkeit in Mitteldeutschland, sondern die Untersuchung der Frage, wie sich die Institutionen des Herrschaftssystems und der Verfassungsstruktur des DDR-Staates in den vom Vf. konstruierten und im ersten Teil seines Buches dargestellten theoretischen Bezugsrahmen einordnen lassen. Dieser theoretische Bezugsrahmen beruht vor allem auf der begriffstheoretischen Gegenüberstellung der drei staatstheoretischen Grundbegriffe: formelle Rechtsverfassung, materielle Rechtsverfassung und politische Gesamtverfassung, also einer Gegenüberstellung, die von Hermann Heller in seiner Staatslehre entwickelt und später in Anlehnung an Hermann Heller von Boris Meissner in seiner Darstellung der Verfassungsentwicklung Rußlands übernommen worden ist. Es mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben, ob diese Gegenüberstellung die für eine wissenschaftliche Analyse des Verfassungsrechts und der Verfassungswirklichkeit kommunistischer Staaten zweckmäßigste Methode ist und ob es nicht für eine Deutung kommunistischer Staatssysteme geeignetere Methoden gibt, wie etwa eine solche, die nicht die obengenannten unscharfen Begriffe, sondern die wesentlich eindeutigeren Begriffe des Verfassungsrechts und der Verfassungswirklichkeit einander gegenüberstellt.

Während sich das vorliegende Buch sehr gründlich mit der Frage beschäftigt, wie die Institutionen des Verfassungsrechts und der Verfassungswirklichkeit des DDR-Systems in den vom Vf. in Anlehnung an Heller und Meissner konstruierten theoretischen Bezugsrahmen einzuordnen sind, ist die Untersuchung der Frage zu kurz gekommen, ob und in welchem Umfang dieser von Vertretern der bürgerlichen Staatslehre entwickelte theoretische Bezugsrahmen für die Deutung und Analyse des Herrschaftssystems und der Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland nach dem Selbstverständnis der kommunistischen Staats- und Rechtstheorie überhaupt verwendbar ist und in welchen theoretischen Bezugsrahmen die Institutionen eines kommunistisch beherrschten Landes nach dem Selbstverständnis der kommunistischen Staats- und Rechtstheorie einzuordnen wären. Ein Verfasser, der sich nicht darauf beschränkt, die Institutionen des Verfassungsrechts und der Verfassungswirklichkeit eines kommunistisch beherrschten Landes nach verfassungsgeschichtlichen oder rechtssystematischen Gesichtspunkten darzustellen, sondern auch nach dem theoretischen Bezugsrahmen dieser Institutionen fragt, sollte nicht nur den von ihm selbst konstruierten theoretischen Bezugsrahmen in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen stellen, sondern auch den theoretischen Bezugsrahmen, der nach dem Selbstverständnis der kommunistischen Staats- und Rechtstheorie dem System immanent ist, sogar dann und gerade dann stärker berücksichtigen, wenn er das von ihm dargestellte politische System und den systemimmanenten theoretischen Bezugsrahmen dieses Systems politisch ablehnt.

Durch diesen kritischen Hinweis bleibt jedoch die Tatsache unberührt, daß auch die vorliegende neueste Veröffentlichung des Vf.s einen wertvollen Beitrag nicht nur zu Fragen des Staatsrechts der DDR, sondern auch zu Fragen der allgemeinen Staatstheorie darstellt und daß diese Untersuchung geeignet ist, der wissenschaftlichen Diskussion über die begriffstheoretischen Grundlagen des Herrschaftssystems und der Verfassungsstruktur in Mitteldeutschland neue Impulse zu geben.

Walter Meder

SCHEU, Friedrich: Die Emigrationspresse der Sozialisten 1938-1945. - Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verl. 1968. 44 S. = Monographien zur Zeitgeschichte. DM 2,80.

Zum Publikationsprogramm des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in Wien gehören u. a. die "Monographien zur Zeitgeschichte", preiswerte kleinere Ausgaben, die sich an die interessierte Öffentlichkeit wenden. Das hier anzuzeigende Bändchen widmet sich der sozialistischen Emigrationspresse der Hitlerzeit, die im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin in den Jahren des Austrofaschismus ihre Leserschaft fast ausschließlich unter den Emigranten hatte, da eine Verbreitung im Inland so gut wie unmöglich geworden war. Friedrich Scheu, der selbst in der sozialistischen Emigrationspresse in London tätig war, stellt in knapper, übersichtlicher Form die Zentren des sozialistischen Exils in England, den USA und Schweden vor und schildert ihre teilweise recht differenzierten Vorstellungen und Probleme, die sich in den Druckerzeugnissen widerspiegeln, wie etwa die Beurteilung der Entwicklung im Inland, die Einstellung zur Unabhängigkeit Österreichs, die Zusammenarbeit mit anderen Exilgruppen, das Verhältnis zum Gastland.

Wertvoll für den Fachhistoriker sind die detaillierten bibliographischen und Standortangaben zu den einzelnen sozialistischen Emigrationszeitschriften, durch die Scheu die in der Monographie von A. C. Breycha-Vauthier (Die Zeitschriften der österreichischen Emigration, Wien 1960) enthaltenen Hinweise ergänzt und vervollständigt.

Rita Klunkert

Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Hrsg. von Karl C. Thalheim und Hans-Hermann Höhmann. - Köln: Verl. Wissenschaft u. Politik 1968. 312 S. DM 32,-.

Die neuere Entwicklung in der Tschechoslowakei hat das Wirtschaftssystem der osteuropäischen Staaten und die damit verknüpften Probleme in den Blickpunkt einer breiteren Öffentlichkeit rücken lassen. Ein zu diesem Zeitpunkt erscheinendes Buch über die Wirtschaftsreformen in diesen Ländern kann daher wohl auf eine etwas größere Beachtung rechnen, als sie im allgemeinen einer wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Arbeit zuteil wird, zumal wenn sie sich mit einem so speziellen Gebiet befaßt. Im Falle des vorliegenden Bdes wäre dies besonders zu begrüßen, denn er rührt ganz zentrale Fragen der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung an. Das Suchen nach besseren Planungs- und Verwaltungstechniken ist ja nur eine Seite dieser Reformen; die andere, wesentlichere ist das Infragestellen von Grundsätzen, die bis heute das äußere und innere Bild des sozialistischen Staates prägen. Es dürfte wenige Beispiele geben, an denen die divergierende Entwicklung in den osteuropäischen Staaten so deutlich zum Ausdruck kommt, wie gerade auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Planung und Lenkung, auch wenn sich die Reformer in allen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Staaten über gewisse Grundsätze eines sozialistischen Wirtschaftssystems durchaus einig sind.

Es wäre verfehlt, wollte man zu einem Zeitpunkt, da die Reformbewegung sich in der Entwicklung befindet, von den Autoren des Buches ein Urteil über Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestrebungen erwarten oder wollte man von ihnen eine sichere Prognose für die zukünftige Struktur und Organisation der osteuropäischen Volkswirtschaften verlangen. Der Wert dieser Veröffentlichung ist vielmehr darin zu sehen, daß es hier gelungen ist, ein gut überschaubares und doch hinreichend vollständiges Bild von den Hintergründen und dem Verlauf der vielfältigen Reformversuche zu geben, die teilweise erregten und widerspruchsvollen Debatten um ihre Verwirklichung und die damit verfolgten Ziele deutlich zu machen und die möglichen Konsequenzen aufzuzeigen. Damit wird für den deutschen Leser der Zugang zu einem Kreis von Fragen erschlossen, die weit über den Bereich der Wirtschaft und über die Grenzen der osteuropäischen Staaten hinausgreifen.

Wir verdanken der Initiative der Hrsg. eine umfassende und zugleich präzise Darstellung und Bewertung der Reformbestrebungen in den osteuropäischen Volkswirtschaften, wie sie für ein so komplexes und sprödes Thema besser kaum denkbar ist. Dies setzt die Mitarbeit so ausgezeichneten Fachkenner voraus, wie sie die Autoren der Einzelbeiträge sämtlich sind. In neun Kapiteln wird die schwierige Aufgabe bewältigt, ausgehend von Aufbau und Funktionsweise des nun schon klassischen sowjetischen Systems zentraler Wirtschaftsplanung das Entstehen und die Verwirklichung der unterschiedli-

chen Reformbemühungen in jedem der osteuropäischen Staaten darzustellen. Zwei der Beiträge sind der Sowjetunion gewidmet: "Die sowjetische Wirtschaftsreform vom Herbst 1965 - Ausmaß und Bedeutung der institutionellen Veränderungen" von Hans-Hermann Höhmann (Köln) und "Die sowjetische Wirtschaftsreform in der Praxis - Erste Ergebnisse und Probleme" von Hans Bernhard Sand. Gert Leptin (Berlin) beschreibt "Das 'Neue ökonomische System' Mitteldeutschlands", Kurt Wessely (Wien) die "Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei", Ernst Schmidt-Papp "Die ökonomische Reformbewegung in Ungarn und der 'Neue Wirtschaftsmechanismus'", Claus-Dieter Rohleder "Die rumänische Wirtschaftsentwicklung - Beginn einer neuen Phase", Wolfgang Eggers (Bonn) "Wirtschaftsreformen in Bulgarien" und "Die jugoslawischen Wirtschaftsreformen und das jugoslawische System". Als besonders glücklich erweist sich, daß an den Beginn und an das Ende des Buches, die bisher genannten Beiträge gleichsam umrahmend, zwei umfassende Aufsätze gestellt werden konnten, die in ihrer Thematik den gesamten hier angesprochenen Raum Osteuropa umschließen. Das einleitende Kapitel "Modellvorstellungen der Reformer" von Alfred Zauberman (London) befaßt sich zwar vornehmlich mit der sowjetischen Wirtschaftsreform, setzt sich dabei aber mit grundsätzlichen theoretischen Fragen des sozialistischen Wirtschaftssystems auseinander, die zum Verständnis aller nachfolgenden Beiträge wichtig sind. Den Abschluß bildet schließlich eine zusammenfassende Wertung der Reformbestrebungen aus der Feder von Gregory Grossman (Berkeley): "Die osteuropäischen Wirtschaftsreformen - eine Zwischenbilanz".

Selbstverständlich heben sich in einem Sammelband wie dem vorliegenden die einzelnen Beiträge nicht nur im Aufbau und in der Diktion, sondern auch im Urteil voneinander ab. Der allen Autoren eigene nüchterne Stil aber läßt in Verbindung mit der Präzision ihrer Darstellung, der Beschränkung auf die wesentliche Aussage sowie der sorgfältigen Dokumentation ein in sich geschlossenes Werk entstehen, das nahezu die Bezeichnung eines Handbuches verdient. Daß es sich dabei nur um den ersten Teil eines solchen handeln kann, ergibt sich aus der fortwährenden Weiterentwicklung der hier angeschnittenen Probleme. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in einigen Jahren ein ähnlich konzipierter Bd die Darstellung weiterführen könnte.

Eberhard Schinke

HAUPT, Georges: Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914. Aus dem Französischen von Karin Königseder. - Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verl. 1967. 320 S. = Europäische Perspektiven. DM 19,80.

Das Thema "die Internationale und der 1. Weltkrieg" hat unter den verschiedenen sozialistischen Parteien und Richtungen eine langanhaltende Polemik hervorgerufen. Das scheinbar widerstandslose Einschwenken der sozialistischen Parteien auf den nationalen Kurs des Burgfriedens bzw. der Union sacrée und der Bewilligung der Kriegskredite Anfang August 1914 gehört zu den tiefen Brüchen in der sozialistischen Bewegung.

Georges Haupt von der Sorbonne hat Zugang zum Archiv des Internationalen Sozialistischen Bureaus (I. S. B.) erhalten und die Dokumente vom "Krieg dem Kriege" der Internationale ausgewertet. Dieses Quellenmaterial

bringt keine grundlegend neuen Tatsachen ans Licht. Aber besonders das bisher unveröffentlichte Protokoll der letzten Sitzung des I. S. B. vom 29./30. Juli 1914 trägt wesentlich dazu bei, das Verhalten der führenden Sozialisten bei Ausbruch des Krieges in ihren theoretischen Beweggründen und aus dem psychologischen Klima heraus zu erklären.

Wenn sich die Sozialistische Internationale vor dem August 1914 als den energischsten und entscheidendsten Garanten des Friedens betrachtete, so weil sie glaubte, jederzeit fünf Millionen organisierter Arbeiter im Kampf für den Frieden bis zum allgemeinen Generalstreik mobilisieren zu können. Seit 1867 waren auf allen Kongressen der I. und II. Internationale Resolutionen gegen den Militarismus und für gemeinsame Aktionen gegen den Krieg angenommen worden. Den Höhepunkt in dieser Entwicklung stellte der außerordentliche Kongreß in Basel im November 1912 dar, der einberufen wurde, als das europäische Pulverfaß wegen des Balkankrieges zu explodieren drohte. Parallel zum Baseler Kongreß und dem begeistert aufgenommenen dramatischen Wortlaut des Manifests der Internationale gegen den Krieg fanden in den Hauptstädten Europas riesige Demonstrationen für den Frieden statt, die die öffentliche Meinung stark beeinflussten. Damals konnte der Parteivorsitzende Hugo Haase noch schreiben: "Ist ein Krieg unpopulär gemacht, ... so hüten sich die Regierenden vor ihm; denn zum Siegen gehört Hurra-Stimmung ... Wir sind deshalb unablässig tätig, um eine solche Stimmung nicht aufkommen zu lassen." (S. 67 f.)

Aber das Baseler Manifest zeigte auch die Schwäche der Internationale, indem es sich auf Deklamationen beschränkte und keinerlei konkrete Maßnahmen für den Kriegsfall androhte. Das war Ausdruck der Uneinigkeit der verschiedenen nationalen Sektionen, die sich in der Haltung der französischen Sozialisten um Jaurès und Vaillant und der deutschen um Bebel und Molkenbuhr polarisierte. Die Franzosen drängten in allen politischen Krisen das I. S. B. zu Sitzungen und Aktionen und versuchten auf sämtlichen Kongressen Anträge durchzubringen, die für den Fall eines Krieges den Generalstreik forderten. In beidem wurden sie in ihrem Aktivismus regelmäßig von Bebel, dem "Papst der Internationale", und Victor Adler, dem fast ebenso angesehenen Führer der österreichischen Sozialdemokratie, gestoppt. Allerdings wird die Darstellung Haupts aus dem Blickwinkel des I. S. B. und Jaurès' "der halbfatalistischen Position und dem untätigen Pazifismus" des deutschen Parteivorstandes nicht ganz gerecht, weil die Gründe für seine wahl- und parteitaktisch bedingte Abstinenz nicht voll ausgeleuchtet werden. Nachdem der revisionistische Gewerkschaftsflügel unter Legien dekretiert hatte, "Generalstreik ist Generalunsinn", und damit auf dem Parteitag durchgekommen war, blieb die neuerliche Diskussion des Generalstreiks in der Internationale für den Parteivorstand der SPD einfach inopportun und überdies akademisch, weil seine Durchsetzung gegen den Willen der Gewerkschaften unmöglich erschien.

Die zunehmende Zurückhaltung des Parteivorstandes der SPD gegenüber Aktionen der Internationale beruhte zudem in zweierlei Hinsicht auf gewissermaßen wilhelminischen Tendenzen in Partei und Wählerschaft. Seit dem Rückschlag, den die Partei bei den "Hottentottenwahlen" hinnehmen mußte, fürchtete man allzu internationalistisch zu erscheinen - soweit man es noch war - und wurde auch zunehmend selbstgefällig. So schob Bebel auf dem Essener Parteitag 1907 das Problem der Maßnahmen gegen den Krieg auf die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg: "Es würde traurig sein,

wenn die Sozialdemokraten heutzutage nicht imstande wären, in jedem Falle mit der nötigen Gewißheit zu bestimmen, ob ein Angriffs- oder ein Verteidigungskrieg vorliegt" (S. 29). Alle Krisen vor dem 1. Weltkrieg zeigen jedoch, daß sowohl die nationalen Sektionen der Internationale als auch das I. S. B. über die diplomatische Lage und die Absichten ihrer Regierungen völlig im Dunkeln tappten und sich auf die Spekulationen der Presse verlassen mußten. Noch am 30. Juli 1914, auf der letzten Sitzung des I. S. B., als die Mobilmachung Rußlands schon bekannt war, betonten die Weisen der Internationale reihum den Friedenswillen ihrer Regierungen und überließen Maßnahmen gegen den Krieg dem auf den 9. August einberufenen Kongreß in Paris. Die Tatsache, daß die Internationale alle Entscheidungen dem "souveränen Kongreß" überließ und es im Laufe ihrer Geschichte nicht fertigbrachte, sich ein reaktionsschnelles Exekutivorgan zu schaffen, das viel mehr war als ein "Briefkasten", beweist einerseits die Verkennung des Charakters solcher internationalen Krisen und andererseits die leere Rhetorik der Friedensdeklationen der Internationale. Die letzte Sitzung des I. S. B. zeigt deutlich, daß es den Parteien unter dem drohenden Ausnahmezustand wichtiger erschien, ihre Organisationen als den Frieden zu retten.

Zwei Aspekte der Darstellung Haupts verdienen besonders hervorgehoben zu werden: die Analyse der Annäherung zwischen den deutschen und französischen Sozialisten in den beiden Jahren vor dem Krieg und der Nachweis, daß der Wandel in der Imperialismusdeutung einen direkten Einfluß auf den nachlassenden "Krieg dem Kriege" der Internationale hatte. Die verschiedenen Marokko- und Balkankrisen haben in der Internationale nicht zu einer erhöhten Wachsamkeit geführt, sondern umgekehrt zu dem Glauben an die permanente Lösbarkeit solcher Krisen, die im Interesse der sich immer enger verzahnenden imperialistischen Wirtschaft liege. Diese Auffassung wird von Haupt zwingend anhand der für den geplanten Kongreß im August 1914 vorbereiteten Referate belegt.

Haupts flüssige, gelegentlich eloquente Darstellung der Problematik, die manchmal etwas einseitig am Leitfaden des sicherlich bewundernswürdigen Jaurès orientiert erscheint, ist als Standardwerk zur Haltung der II. Internationale in der Kriegsfrage vor dem 1. Weltkrieg anzusehen.

Hans H. Biegert

KURZANZEIGEN

BAHNE, Siegfried: Von der Internationalen Arbeiter-Assoziation zur Kommunistischen Internationale, in: Neue politische Literatur 13 (1968), Heft 2, S. 242-249.

Das Interesse an der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Internationalen ist in den letzten Jahren gestiegen. Der Vf. bespricht in seinem Literaturbericht neuere Publikationen, u.a. The Revolutionary Internationals, 1864-1943, ed. by Milorad M. Drachkovitch, Stanford 1966; Hermann Weber, Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966; Contributions à l'Histoire du Comintern, publiées sous la direction de J. Freymond, Genf 1965; George D. Jackson, Comintern and Peasant in East Europe, 1919-1930, New York und London 1966.

CRAMER, Johann: Der rote November 1918. Revolution in Wilhelmshaven. - Wilhelmshaven: Verl. Paul Hug & Co. 1968. 64 S. DM 2,90.

Zusammenstellung von Dokumenten und Augenzeugenberichten über die revolutionären Ereignisse in Wilhelmshaven vom November 1918 bis zum Februar 1919. Besonders wertvoll durch Fotos aus dem Privatbesitz des Vf.s.

DANDOIS, Bernard: Vingt lettres sur l'Association Internationale des Travailleurs en Belgique (1865-1872), in: Le Mouvement Social, Jg. 1968, Heft 62, S. 49 - 98.

Die Geschichte der belgischen Sektion der I. Internationale ist kaum bekannt und erforscht. Dandois veröffentlicht z.T. bisher unbekannte Briefe von Mitgliedern der belgischen Sektion untereinander und an und von Marx.

Fünfundsiebzig Jahre SPD Stadtverband Trier (1890-1965). Hrsg. vom Stadtverband Trier der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus Anlaß seines 75-jährigen Bestehens. - Trier 1966. 62 S. DM 3,-.

Überblick über die Geschichte der Trierer SPD von Heinz Monz: Gründung der Partei in Trier - Die Trierer SPD während der Weimarer Zeit - Die Trierer SPD nach dem zweiten Weltkrieg. Im Anhang: Bericht des Oberbürgermeisters der Stadt Trier, de Nys, über die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Trier vom 21.11.1890. Die Broschüre ist durch einige Fotos und Faksimiles illustriert, der Bericht wird durch zwei Wahlstatistiken ergänzt.

GOLLNICK, Heinz und Heinz-Dietrich ORTLIEB: In memoriam Eduard Heimann - Sozialökonom, Sozialist und Christ. - Hamburg: Selbstverlag der Univ. Hamburg 1968. 36 S.

Gedenkvorträge in der Universität Hamburg anläßlich des Todes von Eduard Heimann, Sohn des sozialdemokratischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Hugo Heimann und emeritierter Ordinarius der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Hamburg. Lebensweg und Werk Heimanns, der besonders durch seine sozialpolitischen und gewerkschaftstheoretischen Arbeiten hervortrat, werden geschildert und analysiert: 1919 Generalsekretär der Sozialisierungskommission - 1922 Habilitation in Köln - 1925 Ordinarius

in Hamburg - 1928 "Sozialismus aus dem Glauben" - 1933 Emigration und Lehr- und Forschungstätigkeit an der New School for Social Research in New York.

GROH, Dieter: The 'Unpatriotic Socialists' and the State, in: Journal of Contemporary History I (1966), Heft 4, S. 151 - 177.

Auszug aus der Untersuchung des Vf.s über "Die 'vaterlandslosen Gesellen' und das Vaterland". Unter der Fragestellung 'deutsche Sozialdemokratie und Staat' wird die Vorgeschichte der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion seit der russischen Revolution von 1905 untersucht.

GROH, Dieter: Der Umsturz von 1918 im Erlebnis der Zeitgenossen, in: Zeitgeist im Wandel, Bd II: Zeitgeist der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Joachim Schoeps, S. 7 - 32. - Stuttgart: Klett 1968.

Der Vf. schreibt einleitend, daß die "Antwort auf die Frage, wie die Zeitgenossen die Novemberrevolution erlebten", sowohl die Stärke der Feinde als auch die Schwäche der Freunde der Weimarer Republik erklären helfen könne. Betrachte man die Spiegelung der Ereignisse der Novemberrevolution im Erlebnis der Beteiligten, "so drängt sich der Eindruck des Durcheinanders, der falschen und ungenügenden Information selbst der politischen und militärischen Akteure geradezu auf". Es werden Stimmen der Zeitgenossen zitiert und referiert, so die von Molkenbuhr, Ebert, Erzberger, Max Weber, Rathenau, Scheüch, Westarp.

HIRSCH, Helmut: Une lettre inconnue de Laura Lafargue, in: Économies et Sociétés - Cahiers de marxologie. Cahiers de l'I.S.E.A. II (1968), Heft 12, S. 2533 - 2538.

Edition eines Briefes von Laura Lafargue an Luise Kautsky, die zweite Frau Karl Kautskys, vom 3.6.1901.

Les Horizons Socialistes de la Science. Rapport No 1. Hrsg. vom Institut Emile Vandervelde, Brüssel. IV, 45 S.

Erster Bericht der vom Institut Emile Vandervelde 1967 eingesetzten "Commission de la Politique Scientifique". Entwickelt Vorstellungen für eine sozialistische Wissenschaftspolitik in Belgien.

HÜSER, Fritz: Von der Arbeiterdichtung zur neuen Industriedichtung der Dortmunder Gruppe 61. Abriß und Bibliographie. - Dortmund 1967. 40 S. = Beiträge und Studien zur Arbeiterdichtung und Sozialen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts, Folge 1.

Skizze der Entwicklung der Arbeiterdichtung in Deutschland und Darstellung der Arbeiterdichtung in der Bundesrepublik und der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg (Schwerpunkt Ruhrgebiet). Auswahlbibliographie der Neuen Industriedichtung und der Dortmunder Gruppe 61.

KROPOTKIN, Peter: Gesetz und Autorität. - Nova Press reprint 1968. 24 S. = Anarchistische Bibliothek, No 1. DM 1,50. (Auslieferung durch Menningen & Co., 62 Wiesbaden 2, Postfach 2868.)

Nachdruck der bekannten Schrift Kropotkins, einem Sonderdruck aus der

Zeitschrift "Der individualistische Anarchist", die sich in der Weimarer Republik an die Syndikalisten wandte und heute an Schüler, Studenten und Lehrlinge der "antiautoritären Bewegung" gerichtet ist. Weitere Nachdrucke von Schriften bekannter Anarchisten sind vorgesehen.

RATZ, Ursula: Briefe zum Erscheinen von Karl Kautskys "Weg zur Macht", in: International Review of Social History XII (1967), Heft 3, S. 432 - 477.

Der Druck der im Januar 1909 im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Schrift Kautskys wurde kurz nach Erscheinen der Broschüre vom Parteivorstand der SPD aus angeblich juristischen Gründen verboten. Die dadurch ausgelöste Auseinandersetzung zwischen Kautsky und dem Vorstand, an der Mitglieder der Parteispitze und der Kontrollkommission beteiligt waren, hatte das Ergebnis, daß Anfang April 1909 die Broschüre wieder zum Druck im Parteiverlag freigegeben wurde. Ratz veröffentlicht den diesbezüglichen Briefwechsel Kautskys mit Hugo Haase, den er sich zum Rechtsbeistand genommen hatte, und Clara Zetkin, die Mitglied der Kontrollkommission war (insgesamt 28 Briefe).

RITTER, Gerhard A.: "Direkte Demokratie" und Rätewesen in Geschichte und Theorie, in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft - eine kritische Untersuchung der "Neuen Linken" und ihrer Dogmen, hrsg. von Erwin K. Scheuch, S. 188 - 216. - Köln: Markus Verl. 1968.

Die theoretische Grundlegung der direkten und der repräsentativen Demokratie durch Jean Jacques Rousseau und in den "Federalist Papers". Räteemodelle in der Geschichte: die Pariser Kommune, die russischen Räte, Räte in der deutschen Novemberrevolution. Parlamentarische Regierungsform und direkt-demokratisches politisches Rätssystem sind, wie auch die Neue Linke anerkennt, unvereinbar. Der Angriff der Außerparlamentarischen Opposition auf das bestehende Regierungssystem der Bundesrepublik hat "starke Berührungspunkte mit der wohl am klarsten von Carl Schmitt formulierten Kritik der Rechten an der westlichen Demokratie".

SCHULZ, Ursula: Wilhelm Levysohn (1815 - 1871). Ein schlesischer Verleger und Politiker, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd XIV (1969), S. 75 - 137. - Würzburg: Holzner-Verl. 1969.

Beiträge zu einer Biographie des freisinnigen Politikers Wilhelm Levysohn unter Benutzung seines Nachlasses im Bundesarchiv: Briefwechsel zwischen Bettine von Arnim und Wilhelm Levysohn - Bücher aus den Verlagen W. Levysohn und Levysohn & Siebert - Zeitungen und Zeitschriften aus dem Verlag W. Levysohn (Bibliographie).

STEINER, Helmut: Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland. - [Ost-] Berlin: Dietz 1967. 270 S. DM 12,-.

Überarbeitete Dissertation, die nützliches Material zu einer Angestelltensoziologie enthält. In der Darstellung allerdings von oft unerträglicher Langeweile, nicht zuletzt wegen der meist fruchtlosen Auseinandersetzungen mit "bürgerlichen" Soziologen, und in Prämissen und Schlußfolgerungen orthodox marxistisch.

VUILLEUMIER, Marc: La Première Internationale en Suisse, in: La Première Internationale - L'institution, l'implantation, le rayonnement. Colloque International Paris, 16-18 Novembre 1964, S. 231 - 251. - Paris: Éditions du Centre National de la Recherche Scientifique 1968.

Darstellung der Entwicklung der Schweizer Sektion der I. Internationale unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung mit den Jura-Föderalisten und mit Bakunin.

WEBER, Hermann: Vor fünfzig Jahren Gründung der KPD, in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik 1 (1968), Heft 9, S. 916 - 932.

Aufsatz zum 50. Jahrestag des Gründungsparteitages der KPD am 31.12.1918/1.1.1919: Die Entstehung der KPD - Der Gründungsparteitag - Von der Sekte zur Massenpartei - Die KPD und die Komintern - Die Stalinisierung der KPD - Die KPD und die Krise 1929-1933 - Die KPD und die Weimarer Republik.

WEBER, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" 2/69. 56 S.

Vorabdruck von Teilen des demnächst unter gleichem Titel erscheinenden Buches. Analyse der Entwicklung und Struktur des Stalinisierungsprozesses der KPD: Organisationsaufbau in der Praxis - Politische Meinungs- und Willensbildung in der KPD - Mitglieder, Funktionäre und Apparat - Die Struktur der Komintern - Die Abhängigkeit des deutschen Apparats - Ideologischer Terror: Das Vorbild Sowjetunion - Revolutionäre Politik in einer nichtrevolutionären Zeit - KPD und Parlamentarismus - Exkurs: Die SED-Geschichtsschreibung und die Veränderung der innerparteilichen Struktur der KPD 1924 - 1929.

